

Preußische Allgemeine

Nr. 22 · 3. Juni 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Eigentlich wollte die „Ampel“
mehr Fortschritt wagen.
Stattdessen plagen sie nun ganz
elementare Nöte – allen
voran die Sorge vor der Inflation
Seiten 3 und 8

Der Realitätsschock



Im Gespräch Der Berliner
Freie-Wähler-Politiker
Marcel Luthe **Seite 5**



Geschichte Konflikte, die
das Selbstverständnis der
Ukrainer prägen **Seite 11**

FOTOS: RTIMAGES/ALAMY STOCK PHOTO (2), SHUTTERSTOCK (2) (MONTAGE), IMAGO, PA

AUFGEFALLEN

Was der Bahn wichtig ist

Vor wenigen Tagen startete die Deutsche Bahn AG einen ganz besonderen Zug – den „Female ICE“ von München nach Berlin. Mit dieser Aktion will das Netzwerk „Frauen bei der Bahn“ anderen Damen „Mut machen, Jobs in vermeintlichen Männerdomänen und Führungspositionen zu erobern“.

Das Besondere am „Female ICE“: Das gesamte Bordpersonal von der Triebfahrzeugführerin bis zur Schaffnerin besteht aus Frauen. Bei der Jungfernfahrt wurde der Zug „entlang der Strecke, an Bahnhöfen, Betriebszentralen, Baustellen und Stellwerken“ zudem von mehr als 500 Kolleginnen unterstützt. Und zur besseren Sichtbarkeit wurde auf die Wagen das Logo des Frauennetzwerks sowie der dicke Schriftzug „Female ICE“ gedruckt.

Im Grunde ist gegen die Aktion nichts einzuwenden. Junge Frauen zu ermutigen, in neue Berufe vorzudringen, ist ein wichtiges Anliegen, nicht nur gesellschaftlich, sondern auch für ein Unternehmen, das ständig neue qualifizierte Mitarbeiter braucht.

Und doch fällt gerade mit Aktionen wie dieser auf, womit Unternehmen wie die Bahn heute nicht mehr werben – mit ihrer Leistung. Strich die Bundesbahn früher mit Slogans wie „Alle reden vom Wetter. Wir nicht“ oder „Wir fahren immer, sicher und schnell“ ihre Zuverlässigkeit als Transportmittel heraus, verkündet sie heute, für die Gleichstellung der Geschlechter zu stehen oder mit dem korrekten Energiemix („100 Prozent Ökostrom“) zu fahren. Ob die Züge pünktlich sind – oder gar die Kunden zufrieden – scheint keine Rolle mehr zu spielen. *neh*

SICHERHEITSPOLITIK

Nun fehlt nur noch das richtige Personal

Das „Sondervermögen“ Bundeswehr ist auf den Weg gebracht. Doch was ist mit den Verantwortlichen für die Gestaltung der „Zeitenwende“?

VON RENÉ NEHRING

Zu Wochenbeginn haben sich die Parteien der Ampelkoalition mit der Union auf die Grundzüge des von Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar angekündigten „Sondervermögens“ für die Bundeswehr geeinigt. Die Beteiligung der größten Oppositionspartei war notwendig, da das Ausstattungsvolumen von 100 Milliarden Euro im Rahmen der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse nicht möglich gewesen wäre, und das „Sondervermögen“ – das keineswegs ein Vermögen darstellt, sondern neue Schulden bedeutet – deshalb im Grundgesetz verankert werden soll.

Mit dem historischen Betrag, der als sichtbarstes Zeichen der vom Kanzler zu Beginn des Ukrainekriegs verkündeten „Zeitenwende“ gilt, soll in den kommenden Jahren der reguläre Verteidigungsetat von rund 50 Milliarden Euro deutlich aufgestockt werden. Dass diese Ausgaben trotz ihrer enormen Höhe angesichts der jahrelangen Vernachlässigung der Bundeswehr nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, hat diese Zeitung in den vergangenen Wochen wiederholt thematisiert. Immerhin hat die Regierung gezeigt, dass sie willens und in der Lage ist, ihren Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen.

Zu den Notwendigkeiten einer neuen Zeit gehört nicht nur mehr Geld, sondern auch die Frage, ob unser Land in den rele-

vanten Positionen über ein der veränderten Lage angemessenes Personal verfügt. Konkret betrifft dies Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, die seit Wochen für peinliche Schlagzeilen in Serie sorgt: Am Tag nach dem Beginn des Ukrainekriegs besuchte sie ein Nagelstudio, ein andermal erschien sie in Pumps vor Soldaten, fast immer wird ihr Auftreten in der Truppe und in den Medien als arrogant und desinteressiert gewertet. Geradezu verheerend waren die Enthüllungen über zweifelhafte Hubschrauberflüge der Ministerin – mit ihrem Sohn an Bord – zu relativ unbedeutenden Bundeswehrstandorten, die praktischsweise in der Nähe attraktiver Urlaubsziele lagen.

Fragwürdige Besetzungskriterien

Frau Lambrecht wurde beim Start der neuen Bundesregierung im Dezember 2021 vom Kanzler nicht etwa deshalb in ihr Amt berufen, weil er sie für eine fähige Verteidigungspolitiklerin hielt, sondern weil sie eine Frau ist. Denn im Wahlkampf hatte Scholz versprochen, im Falle eines Wahlsiegs sein Kabinett zu gleichen Teilen mit Damen und Herren zu besetzen. Schon zu Friedenszeiten war dieses Vorgehen eine Zumutung, handelt es sich doch beim Verteidigungsminister nicht um irgendeinen gut dotierten Besoldungsposten, sondern um den Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt (IBuK) über die deutschen Streitkräfte.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine, deren Westgrenze weniger als 750 Kilometer von Görlitz entfernt verläuft, hat sich die Lage noch einmal dramatisch verändert. Wenn vor unserer Haustür ein Krieg tobt, ist es nicht mehr hinnehmbar, dass die Verantwortung für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes in den Händen einer Politikerin liegt, die laufend den Eindruck vermittelt, als ob ihr alles egal sei. Und ein Kanzler, der eine sicherheitspolitische „Zeitenwende“ ausruft, sollte nicht hinnehmen, dass das wichtigste Amt zur Umsetzung dieser Zeitenwende mit einer Person besetzt ist, die der Herausforderung nicht gewachsen ist, sondern schleunigst nach einem fähigen Ersatz suchen.

In Hans-Peter Bartels zum Beispiel, dem ehemaligen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, hätten die Sozialdemokraten – denen laut Koalitionsvertrag das Verteidigungsressort zusteht – durchaus einen fähigen Ersatzmann, der tief in der Materie Bundeswehr steckt und weithin ein hohes Ansehen genießt.

Geld allein macht nicht glücklich, weiß seit jeher der Volksmund. Geld allein macht noch keine Zeitenwende, könnte man aktuell ergänzen. Im Gegenteil: Wenn die 100 Milliarden Euro in die Hände von unfähigen oder unmotivierten Politikern geraten, könnte aus dem angestrebten historischen Aufbruch schnell ein historischer Reinfall werden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie radikale Klimaaktivisten die parlamentarische Demokratie bedrohen
Seite 4

Kultur

Die Klassik-Festivals im Norden wollen an Vor-Corona-Zeiten anknüpfen
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Neidenburg fand das Frühlingsseminar für die mittlere Generation statt
Seite 13

Reise

Zu Besuch in Bruchsal, der früheren Residenz der Fürstbischöfe von Speyer
Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer
Webseite **paz.de**



4 191814 303404 22
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Gesundheit Seit Tagen sorgen Berichte über den Ausbruch von Affenpocken weltweit für Unruhe. Obwohl es derzeit nicht danach aussieht, als ob der Welt eine neue Pandemie bevorsteht, ist Vorsicht geboten

Eine Gefahr ist durchaus gegeben

Experten geben bislang Entwarnung, doch zwei westliche Länder haben bereits Vakzine geordert

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unmittelbar vor der Ausrufung der Corona-Pandemie im März 2020 hieß es noch, das SARS-CoV-2-Virus sei für die Normalbevölkerung ungefährlich und werde sich nur sehr begrenzt weiterverbreiten. Und genau so lauten jetzt auch viele offizielle Verlautbarungen bezüglich des plötzlich stark zunehmenden Auftretens der von dem Monkeypox virus (MPXV) ausgelösten Affenpocken.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hält die auffällige Häufung von Neuerkrankungen zwar für besorgniserregend, sieht aber dennoch kein ernsthaftes Risiko für die öffentliche Gesundheit. Angesichts der zunächst niedrigen dreistelligen Zahl von Fällen in rund zwei Dutzend Ländern rund um den Globus, darunter auch Deutschland, meinte die WHO-Expertin Maria Van Kerkhove: „Das ist eine beherrschbare Situation.“ Ganz ähnlich äußerte sich die Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), Andrea Ammon.

Bislang überwiegend milde Verläufe

Und tatsächlich verursachte das MPXV seit seinem ersten Auftreten beim Menschen im Jahre 1970 zumeist nur relativ milde Symptome: Fieber, Kopf- und Rückenschmerzen sowie Lymphknotenschwellungen – dazu kommt ein charakteristischer Ausschlag. Gleichzeitig erfolgt die Übertragung des Virus üblicherweise nicht wie bei Corona durch Aerosole, sondern nur im Rahmen von sehr engen physischen Kontakten zwischen Menschen sowie beim Austausch von Körperflüssigkeiten. Deshalb fanden die meisten dokumentierten Ansteckungen der letzten Zeit im Umfeld von Veranstaltungen der spanischen und belgischen Schwulenszene beziehungsweise unter männlichen Homosexuellen statt. Dass Menschen sich nur relativ schwer mit dem MPXV infizieren, resultiert wahrscheinlich daraus, dass sie genau wie die Affen lediglich Zufallswirte für das Virus sind, welches im Normalfall vor allem Nagetiere befällt.

Allerdings ist der Erreger keineswegs so harmlos und so wenig „pandemietauglich“, wie jetzt noch vielfach behauptet

wird. So beträgt die Inkubationszeit bei den Affenpocken bis zu 21 Tage, und es sind analog zu COVID-19 auch asymptomatische Verläufe möglich.

Das erleichtert die Weitergabe der Krankheit durch Personen, die das Virus bereits in sich tragen. Hierin liegt vermutlich die Ursache der derzeit ungewöhnlich dynamischen Verbreitung von MPXV-Infektionen, die einige Experten beunruhigt. Möglicherweise sind die Affenpocken schon seit Längerem außerhalb ihrer afrikanischen Ursprungsgebiete im Umlauf.

Ein Planspiel mit verheerenden Auswirkungen

Darüber hinaus gibt es mindestens zwei MPXV-Varianten, nämlich den westafrikanischen und den zentralafrikanischen Typ, wobei die Sterblichkeit im Falle des Letzteren immerhin bei bis zu zehn Prozent liegen soll, wohingegen die Letalität des Ersteren als sehr viel geringer einge-

schätzt wird. Momentan dominiert der westafrikanische Typ, weshalb es außerhalb von Afrika auch noch zu keinen Todesfällen kam, doch kann sich dies angesichts der Mobilität der Menschen heute durchaus schnell ändern.

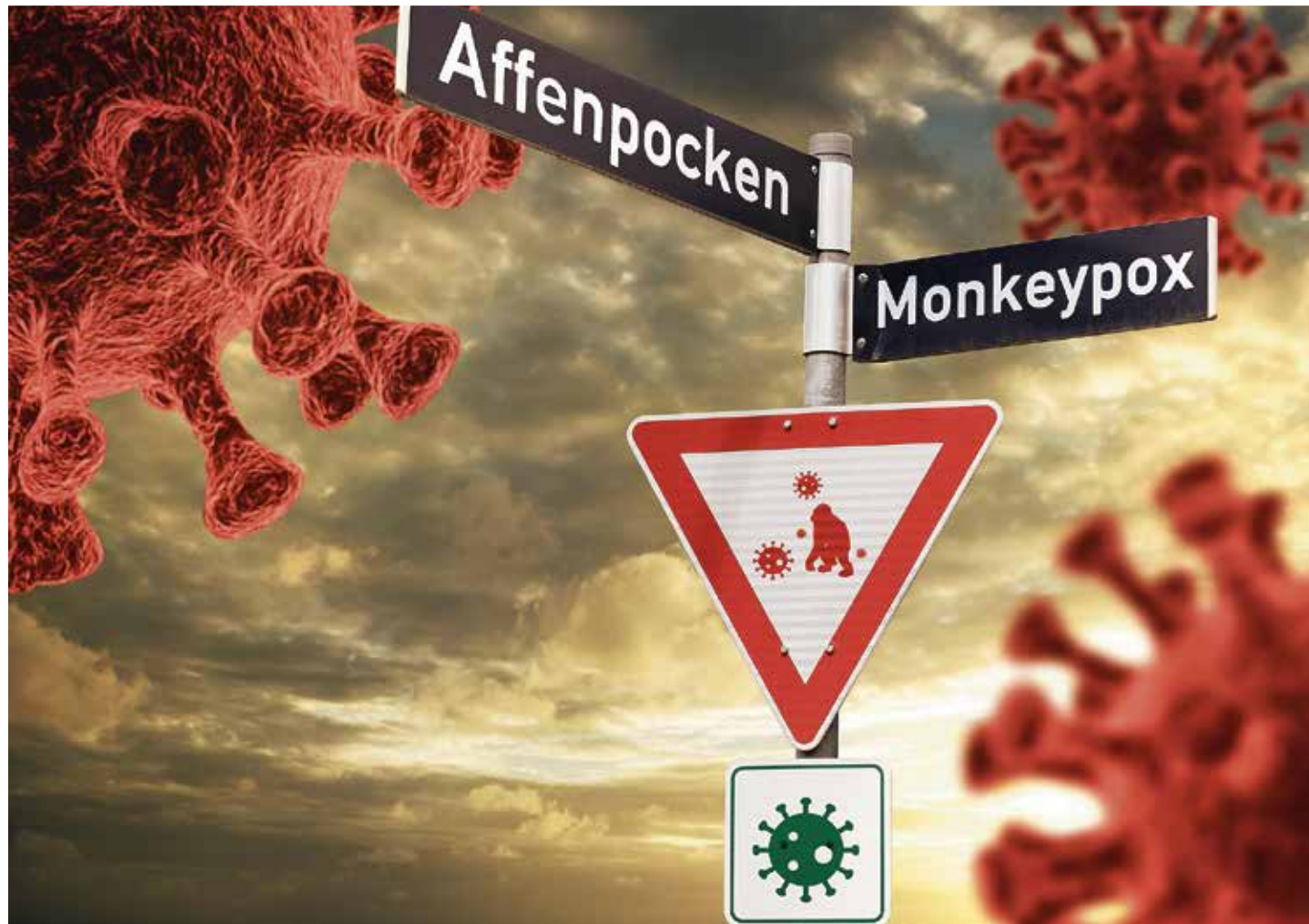
Wohl mit Blick hierauf veranstaltete die Nuclear Threat Initiative zusammen mit der Münchner Sicherheitskonferenz im März 2021 ein Planspiel „zur Reduzierung schwerwiegender biologischer Bedrohungen“. In diesem ging es um „eine tödliche, globale Pandemie mit einem ungewöhnlichen Stamm des Affenpockenvirus, der zuerst in der fiktiven Nation Brinia auftauchte und sich über 18 Monate weltweit ausbreitete.“ Am Ende dieser Simulation gab es dann mehr als drei Milliarden Erkrankte und 270 Millionen Tote.

Ein erstes Vakzin liegt bereits vor

Möglicherweise hat der fatale Ausgang des Planspiels, an dem auch die Bill & Melinda Gates Foundation und Vertreter von Phar-

ma-Firmen wie Johnson & Johnson sowie des eng mit der Pharma-Industrie vernetzten britischen Wellcome Trust mitwirkten, die Biden-Administration dazu bewogen, anlässlich des Publikwerdens des ersten Falles von Affenpocken in den USA am 18. Mai mehrere Millionen Dosen eines Pockenimpfstoffes im Wert von 119 Millionen Dollar zu bestellen. Produzent des also bereits verfügbaren, aber noch nicht umfassend klinisch getesteten Vakzins mit den Handelsnamen „Jynneos“ beziehungsweise „Imvanex“ ist das dänisch-deutsche Biotech-Unternehmen Bavarian Nordic. Zudem wurde inzwischen bekannt, dass auch die Bundesrepublik 240.000 Dosen des Vakzins geordert hat.

Es gibt also bereits zwei westliche Regierungen, die in puncto Affenpocken doch von einer Gefahr für größere Teile der Bevölkerung ausgehen. Insofern können die nächsten Wochen und Monate noch einige böse Überraschungen mit sich bringen.



Unsichere Lage: Bislang breitete sich das Affenpockenvirus nur lokal begrenzt oder innerhalb einzelner sozialer Gruppen aus. Doch eine hohe Inkubationszeit und asymptomatische Krankheitsverläufe mahnen zur Vorsicht Foto: pa

GAIN-OF-FUNCTION

Und wieder wird Wuhan genannt

Wie mittlerweile feststeht, beschäftigt sich das von der US-Gesundheitsbehörde National Institutes of Health (NIH) mitfinanzierte Wuhan Institute of Virology (WIV) der Chinesischen Akademie der Wissenschaften unter anderem mit Corona-Viren. Wobei der Sinn der dabei angewandten Gain-of-function-Techniken darin bestand, harmlose natürlich vorkommende Fledermaus-Coronaviren in für Menschen gefährliche Krankheitserreger zu verwandeln, welche globale Pandemien verursachen können.

Weniger bekannt ist, dass am WIV auch mit dem Affenpocken-Virus MPXV experimentiert wurde oder womöglich noch immer wird. Das geht aus einem Artikel in der Fachzeitschrift „Virologica sinica“ vom Februar 2022 hervor. Darin beschreiben Yun Wang und acht weitere WIV-Virologen die „Effiziente Zusammenstellung eines großen Fragments des Affenpockenvirus-Genoms als qPCR-Vorlage mittels dual-selektionsbasierter transformationsassoziierter Rekombination.“ Mit anderen Worten: Die chinesischen Forscher produzierten MPXV-Genmaterial, um mit dessen Hilfe einen PCR-Test zum Nachweis des Affenpocken-Virus zu entwickeln. Dabei wollen sie allerdings keine kompletten Erreger zusammengebastelt haben, sondern nur nicht vermehrfähige Genom-Abschnitte, welche ungefähr ein Drittel des gesamten Virus ausmachen. Mit der beschriebenen Methode wäre es dem Team um Yun Wang jedoch auch möglich gewesen, vollständige MPXV zu schaffen.

Ansonsten stellt sich die Frage, wozu diese Forschungsarbeit überhaupt nötig war, denn die chinesischen Virologen hatten in der Vergangenheit definitiv Wichtigeres zu tun, als einen Test zum Nachweis der bislang vor allem in Afrika vorkommenden und als selten geltenden Affenpocken zu kreieren. Das nährt den Verdacht, dass der ebenfalls für Gain-of-function-Experimente benötigt wird, bei denen es darum geht, den relativ harmlosen MPXV-Erreger so zu modifizieren, dass er als Biowaffe taugt. W.K.

HINTERGRUND

Mutation oder Folge der Vernachlässigung der Pockenimpfung?

Über die Ursachen des vermehrten Affenpockenausbruchs herrscht derzeit noch Unklarheit

Das Affenpockenvirus MPXV, das erstmals 1958 im Körper von Laboraffen in Dänemark nachgewiesen wurde, gehört zu den DNA-Viren und mutiert dadurch sehr viel weniger als RNA-Viren, zu denen unter anderem der Corona-Erreger zählt. Trotzdem könnte es sich in den letzten Jahrzehnten verändert und damit besser an den Menschen angepasst haben. Immerhin registrierte man allein zwischen 1980 und 2007 eine Verzwanzigfachung der Zahl der Affenpockenfälle in der Demokratischen Republik Kongo.

Zudem tritt der Erreger neuerdings auch vermehrt in west- und zentralafrikanischen Staaten auf. Darüber hinaus steigt die Zahl der Erkrankten pro Ausbruch,

was auf eine bessere Übertragbarkeit hindeutet. So gab es in einer einzigen betroffenen Region Nigerias gleich um die 500 MPXV-Infizierte. Außerdem traten die Affenpocken in der Vergangenheit praktisch nicht außerhalb Afrikas auf – mit einigen wenigen Ausnahmen wie 2003, als aus Ghana importierte Kleinsäuger erst Präriehunde und über diese dann auch Menschen in den USA ansteckten.

Sollte das Virus also mutiert und damit deutlich infektiöser geworden sein, dann könnte dies vor allem aus zwei Ursachen resultieren: Zum Ersten dringen die Menschen in Afrika durch das Bevölkerungswachstum immer tiefer in bisher noch unberührte Lebensräume der afri-

kanischen Fauna vor, womit es zwangsläufig zu mehr Kontakten zwischen Tier und Mensch und somit auch zwischen Mensch und Virus kommt – vor allem, wenn Wildtiere gejagt und verzehrt werden. Zum Zweiten könnte sich der MPXV-Erreger neue Wirte gesucht haben. In Frage kommen hier vor allem Haustiere wie Schweine.

Genauso oder parallel dazu besteht aber auch die Möglichkeit, dass das Affenpocken-Virus dabei ist, jene ökologische und immunologische Nische zu besetzen, die früher das mittlerweile durch die globalen Impfkampagnen ausgerottete Variola-Virus einnahm, das die oftmals tödlichen „Echten Pocken“ verursachte. Das

Es besteht die Möglichkeit, dass das Affenpocken-Virus jene Nische besetzt, die früher das Variola-Virus einnahm, das die „Echten Pocken“ verursachte

vermuteten Forscher unter der Leitung von Malachy Ifeanyi Okeke von der American University of Nigeria bereits 2020 in einem Artikel im Fachblatt „Viruses“.

Sollte dies der Fall sein, wäre es die Folge des nachlassenden Impfschutzes in der Bevölkerung. Die bis Anfang der 1980er Jahre verabreichten Pocken-Impfungen wirkten nicht nur gegen das Variola-Virus, sondern auch gegen MPXV. Zwar lag die durch die Vakzine erzeugte Kreuzimmunität statt bei 100 nur bei 85 Prozent, aber das reichte wohl aus, um die Affenpocken in Schach zu halten. Inzwischen ist der Anteil der jüngeren Menschen ohne jegliche Pockenimpfung jedoch kontinuierlich gestiegen. W.K.

Die guten Jahre sind vorbei

Nach Corona-Pandemie und Ukrainekrieg nun die Inflation – die Zeitenwende kommt bei den Deutschen an. Notizen aus einem Alltag, der so ganz anders ist, als es sich die neue Regierung bei ihrem Start noch vor wenigen Monaten ausgemalt hatte

VON REINHARD MOHR

Zu allen Zeiten haben frisch gebackene Regierungen mehr versprochen, als sie halten konnten. Unvergessen Willy Brandts berühmte Worte in der Regierungserklärung von 1969, noch unter dem Eindruck der 68er-Revolution: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Doch die Realität ist rauer, gemeiner und gnadenloser als jede schöne Utopie von Frieden und Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand – vor allem aber hält sie unschöne Überraschungen bereit für jene, die sich aufmachen, das Land zu verändern. So war etwa die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer gleich mit zwei Großkatastrophen konfrontiert, dem Kosovokrieg 1999 und den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Wachsende Existenzängste

Nun also die noch nicht ganz gebändigte Pandemie, der Angriffskrieg Wladimir Putins gegen die Ukraine, die ukrainischen Flüchtlingsströme und eine jahrzehntelang nicht dagewesene Inflationsrate von derzeit acht Prozent, aus der sich neue Armutsrisiken und womöglich Lebensmittelknappheit, gar eine Rezession ergeben können: Die frohgemut gestartete neue Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP wird mit geradezu archaischen Realitäten konfrontiert. Plötzlich geht es nicht mehr vorrangig darum, die vollständige „Gleichstellung von Frauen und Männern“, was immer das genau heißen soll, binnen zehn Jahren zu erreichen, wie es im Koalitionsvertrag heißt, sondern erst einmal dafür zu sorgen, dass Brot, Butter und Milch, Gas, Strom und Benzin für die große Mehrheit der Bevölkerung erschwinglich bleiben. Inzwischen sorgt sich laut Schufa jeder Dritte um seinen Lebensunterhalt.

In den Supermärkten wird wieder gehamstert, und auch die gutverdienende Osteopathin von nebenan achtet jetzt auf die Sonderangebote, die sie früher souverän ignoriert hatte. Plötzlich sind existentielle Probleme zurück. Man versucht, das Geld zusammenzuhalten, so gut es geht. Nicht wenige Bürger geraten in Zahlungsschwierigkeiten bei Miete, Strom und Sprit, und das neue E-Auto rückt in genauso weite Ferne wie der eigentlich geplante nächste Sommerurlaub. Nicht nur Winzer und Spargelhöfe melden dramatische Umsatzeinbußen, auch der Einzelhandel fürchtet nach Corona den nächsten Schlag ins Kontor.

Kein Zweifel: Die fetten Jahre sind vorbei. Das westliche Modell von freiheitlicher Demokratie und sozial ausgestalteter Marktwirtschaft steht innen- wie außenpolitisch unter Druck. So geeint das freie Europa auf Putins Angriffskrieg reagiert hat, so schwierig wird es sein, die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Folgen zu meistern. Und die Populisten an den Rändern warten nur darauf, die Früchte von Angst, Unzufriedenheit und Desorientierung zu ernten. Die militanten Proteste der französischen „Gelbwesten“ von 2018 waren ein Vorzeichen auf das, was kommen könnte, wenn sich soziale Spannungen verschärfen und die handelnden Regierungen an Glaubwürdigkeit und Autorität verlieren.

Sorgen vor dem Verlust des Geldwerts

Gerade das Thema Inflation ist in Deutschland angesichts der ungeheuren Geldentwertung vor fast 100 Jahren, anno 1923, eine sehr prekäre Angelegenheit. Umso mehr, da der Geldwert seit vielen Jahren stabil geblieben ist, ähnlich wie die Nullzinsen. Noch vor Kurzem versicherten die Währungsexperten der EZB hoch und heilig, die steigende Inflation werde bald zurückgehen. Nun ist das genaue Gegenteil eingetreten. Und es war die EZB,



Leere Regale, steigende Preise: Ein Symbolbild für die aktuelle Lage im Land

Foto: imago/Martin Wagner

die seit Jahren Hunderte Milliarden Euro in die Finanzmärkte gepumpt hat und durch den massenhaften Ankauf von Staatsanleihen *de facto* illegale Staatsfinanzierung betrieb.

„Unter ihrer Präsidentin Christine Lagarde wurde die Inflation systematisch bagatellisiert“, kritisiert die „Neue Zürcher Zeitung“. „Während die Teuerungsraten im Euro-Raum bereits steil in die Höhe schossen, drängte Lagarde stets auf weitere Daten. Mit solcher Verzögerungspolitik nährte die frühere französische Finanzministerin den Verdacht, ihr seien günstige Zinsen für überschuldete Euro-Staaten weit wichtiger als niedrige Inflationsraten.“

Stefan Zweig schrieb in seinem 1942 postum erschienenen Buch „Die Welt von gestern“: „Nichts hat das deutsche Volk – dies muss immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden – so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht wie die Inflation.“ Das Volk habe sich deshalb „beschmutzt, betrogen und erniedrigt“ gefühlt. Ein Trauma, das bis heute nachwirkt.

Rot-grüne Träume verblassen

Die „Zeitenwende“, die Kanzler Scholz anlässlich des Ukrainekrieges annoncierte, hat den Alltag der Menschen erreicht. Schmerzhaft Wohlstandsverluste drohen ebenso wie eine perspektivische Verdüsterung der nahen Zukunft, die nur noch aus Risiken und Gefahren zu bestehen scheint. Und das in jenem Augenblick, da die über zwei Jahre andauernde Corona-Depression sich gerade zu lockern begann.

All die schönen Pläne des regierungsamtlichen Zeitgeists verblassen vor dieser Wirklichkeit – ob es um das Demokratiefördergesetz geht, das omnipräsente Nachhaltigkeits- und Verkehrswendemantra, Queerness-, Gendergerechtigkeit oder Antidiskriminierungspostulate, Paritätsgebote und Transmenschen-Wokeness. Nicht einmal eine gestandene „Fachpromoterin für Empowerment und interkulturelle Öffnung“, Talkgast beim 102. Katholischen Kirchentags in Stuttgart, kann daran etwas ändern.

In weiten Teilen der Republik wächst die Unsicherheit darüber, wohin die Reise geht. Schon der tägliche Blick ins „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF verschiebt die gewohnte Eigen-Wahrnehmung der wohlstandsverwöhnten Republik, die eben noch gehofft hatte, die alte Normalität werde bald zurückkehren.

Die Regierung bleibt sprachlos

Kein Wunder, dass sich die materiellen Sorgen der Bevölkerung in Wahlergebnissen und Umfragen spiegeln. Die spektakulären Niederlagen der SPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind ein ebenso klares Zeichen für eine politische Entfremdung zwischen großen Teilen der Bevölkerung und der politischen Elite wie die sinkende Wahlbeteiligung und die Umfragewerte des Bundeskanzlers, der nicht nur im Kampf gegen die russische Aggression zögerlich, ja regelrecht kleinmütig und verdrückt erscheint, in merkwürdiger Kombination mit einer Arroganz, deren Quelle sich nicht wirklich ausfindig machen lässt. Da sowohl sein rhetorisches als auch sein kommunikatives Vermögen insgesamt recht überschaubar sind, werden mangelnde Klarheit und wortreich untermalte Intransparenz zu echten Hindernissen für entschlossenes politisches Handeln.

Die Trümmerlandschaften in der Ostukraine sind derweil zur Folie einer längst vergangen geglaubten Bedrohung geworden, die die Zukunftsängste noch verstärkt. Die diffuse Kommunikation des Bundeskanzlers verschärft die Ungewissheit dort, wo Klarheit das Gebot der Stunde wäre. War schon bei Angela Merkel die klare Ansage Mangelware, so setzt sich die Unfähigkeit zum ergebnisoffenen Gespräch mit den Bürgern des Landes fort.

Geschenke als Politikersatz

So kommt es zu ebenso verschwenderischen wie symbolischen Ersatzhandlungen, die der stets apostrophierten nachhaltigen Wirkung geradezu Hohn sprechen. Ein typisches Beispiel ist das „9-Euro-Ticket“. Der gnädige

Die „Zeitenwende“, die Kanzler Scholz anlässlich des Ukrainekrieges annoncierte, hat den Alltag der Menschen erreicht. Schmerzhaft Wohlstandsverluste drohen ebenso wie eine perspektivische Verdüsterung der nahen Zukunft, die nur noch aus Risiken und Gefahren zu bestehen scheint

Staat wirft dem Volk ein Geschenk zu, freilich auf drei Monate befristet, das ein wenig an hochprozentiges „Feuerwasser“ und jene Glasperlen erinnert, die man einst den Indiern im Wilden Westen zukommen ließ, um sie zu besänftigen.

Dabei werden große Teile der Bürger wie die Landbevölkerung mangels öffentlicher Verkehrsanbindung kaum davon profitieren – während großstädtische E-Bike-Bataillone, Kegelveine und mit Dosenbier bewaffnete Jungmännerhorden sich um die Plätze in den überfüllten Regionalzügen balgen werden, von Fußballfans und anderen Abenteuerlustigen einmal abgesehen, die ausprobieren wollen, ob man für so gut wie umsonst von Frankfurt nach Berchtesgaden kommt oder von Braunschweig nach Kampen auf Sylt.

Schon gibt es „Notfallpläne“ für die Bahnhöfe, wie der stellvertretende EVG-Bahngewerkschaftsvorsitzende Martin Burkert mitteilt: „Wenn sich zu viele Menschen auf einem Bahnsteig befinden, wird dieser von der Bundespolizei geräumt, damit Züge gefahrlos einfahren können“, sagte er. „Wenn einem ganzen Bahnhof die Überfüllung droht, wird er geschlossen. Und wenn Züge zu voll sind, müssen sie geräumt werden.“

Rund drei Milliarden Euro kostet der Spaß die Steuerzahler – eine Summe, die blitzschnell verpuffen wird und der überforderten Infrastruktur der Bahn an anderer Stelle fehlt. Motto: Kurzfristig konsumieren statt langfristig investieren.

Sozialstaat an der Belastungsgrenze

So versucht die Politik, nicht nur, auf gut Wetter zu machen angesichts all der Krisen und Unwägbarkeiten – sie vermittelt auch den Eindruck, fast alle Lebensrisiken staatlich abfedern zu können. Immer neue Subventions- und Ausgleichspakete werden auf den Weg gebracht, darunter – neben dem notorischen 9-Euro-Ticket – Tankrabatte, Kinderbonus, Energiepauschale, Wegfall der EEG-Umlage und ein „soziales Klimageld“, das zum Ausgleich des erhöhten CO₂-Preises zwar schon geplant war, nun aber weitere Milliarden verschlingen wird. DIW-Chef Marcel Fratzscher verlangt gar noch höhere Subventionen für die unteren Einkommensklassen. Wie das alles ohne eine dauerhaft exorbitante Verschuldung finanziert werden soll, weiß niemand.

Gerade hat der Bundesrechnungshof eine unmissverständliche Warnung ausgesprochen. In den kommenden Jahren werde die Finanzierung der drei großen Sozialversicherungssysteme – Rente, Krankenversicherung, Pflege – Beitragszahler und Steuerzahler immer stärker belasten, sagt ein aktueller Sachstandsbericht, aus dem die „Welt“ zitiert. Die traditionsreiche Behörde prophezeit, dass der Sozialbeitragssatz von derzeit knapp 40 Prozent auf 53,3 Prozent im Jahr 2060 steigen könnte, wenn die Politik nicht rasch Gegenmaßnahmen ergreife. Der Bundeszuschuss drohe, sich auf 454 Milliarden Euro nahezu zu vervierfachen und damit künftigen Finanzministern jeglichen Handlungsspielraum zu nehmen. Nur durch höhere Sozialversicherungsbeiträge und durch Leistungsminderungen, ergänzt durch Bundeszuschüsse, könnten die Sozialversicherungen „zukunftsfest“ gemacht werden.

Zeitenwende, wohin man schaut. Und die Zeit drängt tatsächlich. Das angemessene Motto einer Regierungserklärung müsste jetzt lauten: „Wir wollen mehr Entschlusskraft wagen!“

● **Reinhard Mohr** war von 1996 bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Zuletzt erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag 2021). www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

Kaum Vorsorge für Notfälle

London/Hamburg – Mehr als zwei Drittel der Deutschen haben sich bisher trotz der ausdrücklichen Empfehlungen der Bundesregierung weder Lebensmittelvorräte zugelegt noch anderweitig Vorkehrungen für Notsituationen wie längere Blackouts getroffen. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur hervor. 22 Prozent der befragten Erwachsenen gaben an, nicht für Notfälle gewappnet zu sein und keinerlei Vorräte zu besitzen. Weitere 47 Prozent fühlen sich zwar vorbereitet, haben aber nichts Konkretes unternommen. Von den 24 Prozent, die über Vorräte verfügen, zeigten sich 16 Prozent beruhigt und die restlichen acht Prozent beunruhigt, was das Ausreichen ihrer Vorsichtsmaßnahmen betrifft. Der Rest machte keine Angaben. Der Frage, warum viele Menschen nach wie vor nicht vorsorgen, obwohl ihnen dies dringend nahegelegt wird, wurde in dieser Meinungsumfrage nicht nachgegangen. **W.K.**

Ursachen der Gewalt

Berlin – 2021 registrierten die Innenministerien und Kriminalämter der Bundesländer insgesamt 161.000 vorwiegend weibliche „Opfer von Gewalt durch Partner oder Ex-Partner“. Das Online-Fachportal „Migazin“ hat nach Auswertung seiner eigenen statistischen Erhebungen gemeldet, dass zwei von drei Frauen, die sich wegen häuslicher Gewalt in ein Frauenhaus flüchten müssen, nicht aus der Bundesrepublik stammten und ausländische Partner hätten. Diese Meldung in Kombination mit der vergleichsweise geringen Zunahme von Gewalt durch Partner oder Ex-Partner während der letzten zwei Jahre – 2021 betrug sie beispielsweise nur 1,3 Prozent – lässt vermuten, dass die derzeit ausgeübte häusliche Gewalt weniger aus den Corona-Maßnahmen resultiert, wie verbreitet vermutet wird, als vielmehr aus dem ethnisch-kulturellen oder religiösen Hintergrund der Täter. **W.K.**

Zustimmung sinkt

Cottbus/Bautzen – Der Lausitz-Monitor, eine regelmäßige Bevölkerungsumfrage zum Strukturwandel in der Region, hat in diesem Jahr eine sinkende Akzeptanz der Energiewende festgestellt. Wie eine Umfrage im Februar unter 1000 Personen aus der Nieder- und Oberlausitz ergab, ist der Anteil der Befürworter der Energiewende um 13 Prozentpunkte auf 44 Prozent gesunken. Die Akzeptanz des Kohleausstiegs sank unter den Befragten in diesem Jahr auf einen Anteil von 39 Prozent. Vergangenes Jahr hatte dieser Anteil noch bei 45 Prozent gelegen. 65 Prozent der Befragten gaben an, sie hielten einen grundsätzlichen tiefen Strukturwandel in der Lausitz für notwendig. Nach Ansicht von 53 Prozent hat bisher noch gar kein Strukturwandel begonnen. Vor zwei Jahren waren lediglich 38 Prozent der Befragten dieser Ansicht gewesen. **N.H.**



Der „Spiegel“ publizierte seinen Sabotage- und Sachbeschädigungsaufwurf ohne jede kritische Distanzierung: Der schwedische Marxist und Klimaaktivist Andreas Malm

KLIMABEWEGUNG

Kommt eine „grüne RAF“?

Radikale Klimaaktivisten rufen zu Gewalttaten auf

VON ROBERT MÜHLBAUER

Teile der Klimabewegung radikalisierten sich, sie rufen zu Gewalt und Sabotageakten auf und werden dabei noch von etablierten Medien unterstützt. So durfte jüngst im „Spiegel“ der schwedische Marxist und Klimaaktivist Andreas Malm ein mehrseitiges Pamphlet veröffentlichen, in dem er für militante Aktionen warb. Angesichts der fortschreitenden Erderwärmung seien demokratisch-rechtsstaatliche Protestformen nicht mehr ausreichend. „Wir brauchen keine großen Konzepte, um zu erkennen, dass jetzt nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen. Es sind das fossile Kapital selbst und die von ihm geschaffenen Realitäten, die uns dazu bringen“, schreibt der vom „Spiegel“ wohlwollend als „Vordenker einer radikalen Klimabewegung“ präsentierte Autor.

Die ersten gewaltsamen Aktionen gab es schon: Malm erinnert an „Ende Gelände“, die einen Tagebau gewaltsam besetzen wollten, an „Fridays for Sabotage“, die Gasinfrastruktur beschädigten, oder das Luftablassen aus Reifen von SUV-Fahrzeugen. Als Fanal des Klimakampfes sieht Malm einen Angriff verummter anonymen Aktivisten auf eine westkanadi-

sche Pipelinebaustelle am Fluss Wedzin Kwa in British Columbia im Februar. „Sie brachen Bulldozer und Lastwagen auf und zertrümmerten damit andere Maschinen, Generatoren, schweres Gerät und Anhänger.“ Der Sachschaden betrug mehrere Millionen Dollar. Malm fordert völlig unverhohlen seine Freunde zu mehr solchen Sabotageakten auf.

Sabotage und Sachbeschädigung

Die AfD-Vizevorsitzende Beatrix von Storch hat angekündigt, gegen den „Klima-Extremisten“ eine Strafanzeige wegen Aufforderung zu Straftaten (Paragraph 111 Strafgesetzbuch) zu erstatten. Dass der „Spiegel“ Malms Sabotage- und Sachbeschädigungsaufwurf ohne jede kritische Distanzierung publiziert, kann man als Billigung ansehen. Das linksliberale Nachrichtenmagazin hatte auch früher wenig Skrupel, extremistische Pamphlete zu drucken. 1970 publizierte das Hamburger Magazin den berüchtigten Aufsatz von Ulrike Meinhof mit dem Titel „Natürlich kann geschossen werden“, der die weiteren RAF-Taten begründete. Meinhof steigerte sich in einen Hassrausch mit Aussagen wie „Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm

auseinanderzusetzen.“ Es sei falsch, mit den „Bullen“ überhaupt zu reden, man könne nur noch schießen.

Zwar bemüht sich der schwedische Linksradikale, dem der „Spiegel“ jetzt die große Bühne gibt, um eine formelle Distanzierung von Personenschäden. Es dürften keine Menschen angegriffen werden. Aber einige Aktivisten in der radikalen Klimabewegung haben diese Grenze schon überschritten. Bei Auseinandersetzungen von Tagebau- oder Waldbesetzern griffen sie Polizisten an. Malm selbst erinnert an den deutschen Klimaaktivisten Tazio Müller, der – ebenfalls im „Spiegel“ – voriges Jahr prophezeite, Teile der Klimajugend seien dabei, sich so stark zu radikalisieren, dass sie eine „grüne RAF“ gründen könnten. „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF. Oder Klimapartisanen“, so der langjährige Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Vermeintlich im Notstand

Die meisten Vordenker der extremen Klimabewegung geben sich bemüht, eine Parallele mit der Entwicklung hin zur terroristischen RAF-Gewalt gegen Menschen zu vermeiden. Die RAF entmenslichte Polizisten, Wirtschaftsführer oder Politiker, die sie als Repräsentanten für „das

System“ zum Abschuss freigab. „Menschen sind nicht das Problem“, schreibt Malm nun gönnerhaft im „Spiegel“. Es würde „dem Klimakampf schweren Schaden zufügen, wenn Aktivisten diese Grenze überschritten – etwa indem sie Kohlebergleute angreifen oder Ölmanager ermorden“. Die Frage ist, ob alle so denken.

Völlig aufgehetzte und verblendete Klimaaktivisten, die in wahnhaften apokalyptischen Vorstellungen gefangen sind, könnten irgendwann diese Grenze überschreiten. Von demokratisch-rechtsstaatlichen Methoden haben sich viele ohnehin schon verabschiedet. Wenn sie mit demokratischem Protest nicht weiterkommen, faseln sie von „Systemwandel“ – so die „Fridays for Future“-Aktivistin Luisa Neubauer, die auch schon mal Sympathien dafür äußerte, wie das kommunistisch-planwirtschaftliche China seine Wirtschaft und Energieversorgung angeblich viel schneller und effizienter umbau als der Westen. Die Aktivisten, die permanent den Weltuntergang durch Klimawandel beschwören, meinen, daraus eine Art Rechtfertigung für Gesetzesübertretungen zu beziehen. Die Erde stehe in Flammen, Klimanot kenne kein Gebot. Sie wähen sich in einem Notstand, der Gesetzesbrüche erforderlich macht.

DIE LINKE

„Lebensversicherung für das Überleben“

Die Partei ist sich weder in der Analyse ihrer Lage noch in der Frage der nötigen Konsequenzen einig

Waren die 2,6 Prozent im Saarland und der Austritt von Parteigründer Oskar Lafontaine noch ein mediales Großereignis, so stellte der Absturz auf 1,7 Prozent in Schleswig-Holstein keine Überraschung mehr dar. Und dann nur noch 2,1 Prozent bei der diesjährigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo wurde der desolate Zustand der Linkspartei so deutlich wie in der Herzkammer der deutschen Arbeiterschaft. Vier Prozent in einem Essener Wahlkreis, knappe fünf irgendwo in Recklinghausen – das waren die Hochburgen der regelrecht pulverisierten Sozialisten.

Die Partei, die sich vor eineinhalb Jahrzehnten anschickte, die SPD als linkes Korrektiv in der Parteienlandschaft abzulösen, ist im Westen heillos zerstritten. Die Zu-

standsbeschreibungen fallen entsprechend unterschiedlich aus. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender im Bundestag, sieht die Partei an der Schwelle zum Abgrund. Die ihr zugeschriebene Bedeutungslosigkeit habe die Linke noch nicht erreicht, sagte hingegen der Ostbeauftragte der Fraktion, Sören Pellmann, der Deutschen Presse-Agentur. Die Partei sei in vier Landesregierungen und stabil in den Landtagen in Mitteldeutschland vertreten.

Doch zuletzt gab es sogar in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bittere Wahlniederlagen. Bis auf den Ausreißer von Thüringen mit 31 Prozent, der allerdings wohl der Popularität Bodo Ramelow zuzurechnen ist, und den stabilen 14 Prozent von Berlin kämpft die Partei mittlerweile selbst in den Hochburgen

darum, nicht unter die Zehn-Prozent-Marke zu rutschen.

Die Thüringerin Susanne Hennig-Wellsow, eine der beiden Parteivorsitzenden, die im vergangenen Jahr angetreten waren, um eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, warf im April hin. Janine Wissler aus Hessen, die übrig gebliebene Doppelspitzenhälfte, hat lange überlegt, ob sie ihr Amt auf dem Bundesparteitag in wenigen Wochen ebenfalls zur Verfügung stellt. In ihrem Landesverband wird gerade ein unappetitlicher Sex-Skandal ausgefochten. Nun will sie doch antreten, ihre Wiederwahl gilt aber nicht als sicher, die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Heidi Reichinnek will gegen sie antreten.

Ramelow, einziger Ministerpräsident der Partei, kämpft in Thüringen um sein

Amt und hat dem Vernehmen nach keine Lust, sich auf Bundesebene eine blutige Nase zu holen. Denn der Linken fehlt ein einheitliches ideologisches Fundament. Im Westen balgen linke Antifas, militante Ökos und frustrierte Ex-Sozis um die Macht. In den stabilen Ostverbänden gibt man sich dagegen bürgerlich beziehungsweise volksnah. In der Bundestagsfraktion prallen beide Pole aufeinander. Die Folge ist eine komplette Lähmung. Nun will man wohl zurück zu den Wurzeln. „Der Osten kann die Lebensversicherung für das Überleben der Linken bundesweit sein“, sagt Pellmann, der im Juni eine Kampfkandidatur gegen den EU-Abgeordneten Martin Schirdewan um den Parteivorsitz anstrebt. Es wäre aber das Ende der gesamtdeutschen Linken. **Peter Entinger**

LANDESPOLITIK

„Dieser Senat ist nicht legitimiert“

Der ehemalige Berliner FDP-Politiker Marcel Luthe, heute Freie Wähler, im Gespräch

Marcel Luthe war lange das bundesweit bekannteste Gesicht der Berliner FDP. Er holte bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 das beste Erst- und Zweitstimmenergebnis für seine Partei. Beim Aufdecken politischer Skandale machte er sich einen Namen. Mittlerweile zu den Freien Wählern gewechselt, kämpft er derzeit für die Wiederholung der Bundes- und Landtagswahl vom vergangenen September im Land Berlin, nachdem erhebliche Verstöße gegen das Wahlgesetz bekannt geworden sind. Mit Luthe sprach PAZ-Mitarbeiter Klaus Gröbig.

Sie haben die FDP im Oktober 2020 verlassen und sich den Freien Wählern (FW) angeschlossen. Nun sitzen die Liberalen in der Bundesregierung, während Ihre eigene Partei den Einzug in den Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus klar verpasst hat. War Ihr Schritt ein Fehler?

Keinesfalls. Ich konnte nicht länger ver-antworten, dass Menschen, die meine Politik richtig finden, damit irrtümlich Marco Buschmann oder Joachim Stamp unterstützen. Es war ein Fehler der FDP, rot-grün zur Regierungsmehrheit zu verhelfen. Ausgetreten bin ich, weil die FDP über die letzten zwei Jahrzehnte sich so sehr verändert hat, dass ich meine Partei nicht wiedererkannt habe, sie völlig beliebig geworden ist. In Berlin stimmt man sogar mit der SED – neben SPD und Grünen – für Verfassungsänderungen.

Generell fällt die Bilanz der FW bislang durchwachsen aus, sie sind nur in einige Landtage eingezogen. Was bedeutet das für den weiteren Weg Ihrer Partei?

Ich habe auf Bitten der Freien Wähler hier in Berlin die Spitzenkandidatur zur Abgeordnetenhauswahl übernommen und einen optisch, inhaltlich und personell eigenständigen Weg beschritten. Wir haben mit dem ehemals ranghöchsten Polizeibeamten Berlins, Professor Michael Knappe, einen absoluten Sicherheitsfachmann, mit Carsten Stahl den bekanntesten Kinderschützer weltweit, und welches Ergebnis das in Berlin wirklich gebracht hat, werden wir sehen, wenn über meine Anfechtung der Berliner Wahlen entschieden wurde.



Als erster alle Berliner Wahlen angefochten: Marcel Luthe (Freie Wähler)

Foto: imago/Christian Ditsch

Welche Wählergruppen wollen Sie künftig ansprechen?

Meine Partei wird all diejenigen erreichen, die es leid sind, eine Wundertüte zu wählen. Es ist eine Verhöhnung des Staatsbürgers, wenn er alle vier Jahre mal nach seinem Willen gefragt wird, ohne dass er wirklich noch einen bestimmten Kurs entscheiden kann. Schauen Sie sich die aktuelle Lage an: Die Union versteht sich als liberale Partei knapp schräglinks der Mitte, die FDP macht eine bestenfalls grüne Politik, die SPD hat überhaupt keine wahrnehmbare Position mehr und die Grünen wollen plötzlich in Kriegen agieren.

Und auch die AfD schwankt zwischen wenigen intelligenten Demokraten und überzeugungslosen Extremisten. Wer also wählt, meist Figuren ohne Rückgrat, der kann nicht wissen, was er vier Jahre lang damit bekommt. Politik muss von Menschen mit Überzeugungen betrieben werden, die nicht beim ersten Wind umfallen. Dann gewinnen wir auch die größte Gruppe und damit jede Wahl: die Nichtwähler.

In diesem Zusammenhang ist es spannend, dass Sie eine unabhängige Gewerkschaft gegründet haben. Warum

wird ein Wirtschaftsliberaler zum Gewerkschaftsführer?

Der Liberalismus stand doch an der Wiege der Gewerkschaften: Mit Max Hirsch als Begründer der ersten liberalen Gewerkschaftsverbände, die im 19. Jahrhundert auf die Eigenständigkeit der Arbeiter und deren Selbstbestimmung setzte, hat unser Wirken als Good Governance Gewerkschaft – nicht umsonst als GG-Gewerkschaft abgekürzt – eine viel fundiertere historische Grundlage als die sich heute vor allem als linke Wahl- und Agitationsvereine verstehenden Gewerkschaften im DGB.

Die Werteordnung des Grundgesetzes setzt den souveränen Staatsbürger voraus, der selbst sein Schicksal in die Hand nimmt und informiert entscheidet. Schauen Sie sich doch nur an, wie viel staatliche Bevormundung überall, aber besonders am Arbeitsplatz in der sogenannten Corona-Krise plötzlich widerspruchlos eingeführt werden konnte. Wir brauchen Gewerkschaften, die dieser freien Werteordnung – dem Kern des Grundgesetzes – wieder Durchschlagskraft verleihen. Und die Resonanz – deutlich vierstellig nach drei Monaten – gibt uns Recht.

Bundeswahlleiter Georg Thiel hat gerade empfohlen, die Bundestagswahl und die Abgeordnetenhauswahl in Berlin zu wiederholen. Wie stehen Sie zu dem Thema?

Während Herr Thiel auf zwei Seiten die Bundestagswahl in Berlin angefochten hat, ohne auch nur die Niederschriften aus den Wahllokalen und damit die Gesamtsituation zu kennen, habe ich auf über 400 Seiten haarklein – auch und besonders für die Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen – die Gründe der Anfechtung dargelegt und als Erster alle Berliner Wahlen angefochten. Wir haben mit einem Team aus freiwilligen Helfern und unglaublich engagierten jungen Journalisten aktuell 25.000 Seiten Protokolle ausgewertet, und ich kann Ihnen sagen: Dieses Abgeordnetenhaus – und damit dieser Senat – ist nicht aus Wahlen im Sinne des Art. 38 GG hervorgegangen und hat daher keine demokratische Legitimation.

Es steht für mich außer Frage, dass diese Wahl wiederholt werden muss – und damit auch das vorherige Abgeordnetenhaus bis dahin im Amt ist. Denn ein Parlament ist erst dann aufgelöst, wenn sich das neue legal konstituiert. Das ist aber bis heute nicht passiert – eben wegen der Wahlmängel.

INNERE SICHERHEIT

Der Verfassungsschutz wandelt auf schmalem Grat

Berliner Landesamt nimmt in seinem Jahresbericht 2021 Corona-Maßnahmen-Kritiker ins Visier

Dem Beispiel des Bundesamts für Verfassungsschutz folgend, widmet sich auch Berlins Inlandsgeheimdienst verstärkt einem neuen Phänomenbereich namens „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Im neu vorgelegten Jahresbericht 2021 nimmt das Kapitel „Bestrebungen zur Delegitimierung und Destabilisierung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ eine zentrale Stellung ein. „Ausgehend von Demonstrationen in Berlin und Stuttgart“, so der Berliner Verfassungsschutz, „wurden ab dem Frühjahr 2020 Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bundesweit sichtbar.“

Nach Ansicht der Verfassungsschützer hat sich „aus Teilen des zunächst diffusen und heterogenen Protests gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine gefestigte Szene“

von „Staatsdelegitimierern“ entwickelt. Der Verfassungsschutz, der Innensenatorin Iris Spranger (SPD) unterstellt ist, macht in seinem Bericht deutlich, welche Gratwanderung das Thema „Staatsdelegitimierung“ darstellt. „Nach wie vor gilt es dabei zu differenzieren“, so der Dienst. Demnach könnten die Corona-Proteste nicht in Gänze als verfassungsfeindliche Bestrebung bewertet werden. Allerdings gebe es Einzelpersonen oder Gruppen, deren Vorgehen mit legitimem Protest nichts mehr zu tun hätten, sondern die der Verfassungsschutz als Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung sieht.

Anders als beim Verfassungsschutz fehlt in Äußerungen von Politikern und der Berichterstattung vieler Medien diese Differenzierung mittlerweile häufig, mitunter war sie nie vorhanden. Unter Schlagworten wie „Corona-Leugner“

oder „Impfgegner“ wird oftmals jegliche Kritik an staatlichen Pandemiemaßnahmen pauschal abgewertet.

Gerade den Verfassungsschützern müsste bewusst sein, dass sie mit dem Begriff „Staatsdelegitimierern“ auch in historischer Hinsicht ein heißes Eisen anfassen. In der DDR gehörte der Vorwurf der „staatsfeindlichen Hetze“ zu den Standardwerkzeugen von SED und Stasi, um jegliche Kritik kriminalisieren zu können.

Rolle eines Schiedsrichters

Ein ganzes Kapitel widmen die Verfassungsschützer dem Sonderthema „Journalistinnen und Journalisten im Fokus von Verfassungsfeinden“. Auch hierbei unternimmt der Verfassungsschutz eine Gratwanderung mit der Gefahr, dass künftig jegliche Kritik in die Nähe von Verfassungsfeindlichkeit gerückt wird.

Konstatiert wird in dem Bericht, „die Vielfalt unterschiedlicher Meinungen und ihrer Repräsentanz in der Öffentlichkeit sind zentrale Pfeiler eines demokratischen Gemeinwesens“.

Auf der anderen Seite sehen sich die Verfassungsschützer aber offenbar auch in der Rolle eines Schiedsrichters zwischen etablierten und alternativen Medien. Nach ihrer Meinung verberge sich beispielsweise hinter der Bezeichnung „Lügenpresse“ die Behauptungen, „etablierte Medien berichteten nur selektiv, würden bestimmte Entwicklungen verschweigen und nur einseitige Meinungen publizieren“.

Daraus schließen die Beamten weiter: „Mit diesen anhaltenden Attacken auf die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten soll das Vertrauen der Bevölkerung in etablierte Medien gezielt untergraben werden.“

Norman Hanert

KOLUMNE

AfD ist erst einmal aus dem Schneider

VON THEO MAASS

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin wird die Alternative für Deutschland (AfD) nicht erwähnt. Schon im vergangenen Jahr verhielt sich dies genauso. Das ist deswegen von Bedeutung, weil Verfassungsschutzämter in anderen Bundesländern die AfD in den Giftschränken der „Unberührbaren“ sperrt und sie als „völkisch-nationalistische Sammlungsbewegung“ diffamiert.

Auf diese Weise werden Beamte, und andere öffentlich Bedienstete, aber auch Selbstständige oder leitende Angestellte unter Druck gesetzt, der Partei nicht beizutreten oder sie im Falle einer bereits bestehenden Mitgliedschaft zu verlassen. Daher kommt oftmals Kritik auf, der Verfassungsschutz mache sich auf diese Weise zum Instrument der etablierten Parteien gegen eine lästige Opposition.

In Berlin nun also nicht. Im Visier der Schlapphüte steht insbesondere der offiziell aufgelöste „Flügel“, als dessen Galionsfigur Björn Höcke gilt. Tatsächlich ist die Zahl der Höcke-Anhänger in der Berliner AfD recht überschaubar. Das bietet der Partei eine einmalige Chance. Die Regierungspraxis der rot-grün-roten Rathauskoalition – von der Enteignungsdebatte bis zur „Verkehrswende“ – stößt viele Bürger ab.

Die Anbiederung der Berliner FDP an die Regierung – etwa ihre Unterstützung für das Vorhaben, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen – lässt die Liberalen als bürgerliche Alternative in fadem Licht erscheinen. Dass eine Partei rechts von der CDU chancenreich sein kann, hat vor mehr als 20 Jahren die Schill-Partei in Hamburg gezeigt. Die Berliner AfD muss allerdings aufpassen, dass die auch dort vorhandenen „Radikalinskas“ nicht zuviel Einfluss erlangen, und sie muss endlich Antworten auf soziale und wirtschaftliche Fragen geben. Es reicht nicht, nur in Sachen Ausländer- und Innenpolitik Kompetenz anzustreben.

MELDUNG

Spannung in Görlitz und Bautzen

Görlitz – In neun Landkreisen des Freistaats Sachsen finden am 12. Juni Landratswahlen statt, so auch im niederschlesischen Kreis Görlitz und im benachbarten Kreis Bautzen. Beide Kreise gelten als Hochburgen der AfD, weshalb die Wahl auch bundesweit Aufsehen erregen könnte. In Görlitz tritt der Polizeibeamte Sebastian Wippel für die Alternative für Deutschland an. Wippel hatte bereits 2019 für das Amt des Oberbürgermeisters von Görlitz kandidiert und war im zweiten Wahlgang seinem CDU-Konkurrenten Octavian Ursu mit 44,8 zu 55,2 Prozent unterlegen, nachdem sich ein – sogar international unterstütztes – Bündnis aller übrigen Parteien hinter Ursu gestellt hatte. Gewinne diesmal Wippel die Wahl, wäre er der erste Landrat seiner Partei.

H.H.

● MELDUNGEN

Pharmaeinfluss in Wissenschaft

Bethesda – Offenbar haben 1675 der insgesamt 20.262 Wissenschaftler der 27 Institute der National Institutes of Health (NIH), die dem Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste der Vereinigten Staaten (HHS) unterstehen, Zahlungen aus der Wirtschaft erhalten. Dies geht aus Unterlagen der NIH hervor, deren Freigabe die in einem Vorort von Chicago ansässige gemeinnützige Transparenzgruppe OpenTheBooks unter Berufung auf den Freedom of Information Act erzwang. Zwischen 2010 und 2020 sollen rund 350 Millionen US-Dollar geflossen sein, ein Großteil davon von Pharma-Konzernen. Der wegen seiner Corona-Forschungen umstrittene Immunologe und Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) innerhalb der NIH, Anthony Fauci, erhielt alleine bereits 23 Zuwendungen. Eine Stellungnahme der NIH zu den Enthüllungen von OpenTheBooks liegt nicht vor. W.K.

Deutsche Welle sehr gefragt

Berlin – Das Sprachrohr der Bundesrepublik in der Welt, die Deutsche Welle, verzeichnet laut Angaben ihres Intendanten Peter Limbourg in Russland seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs trotz der Internetsperren eine erhöhte Nachfrage. Vor allem das digital verbreitete Programm des Auslandssenders sei stark nachgefragt. Limbourg verwies auf gestiegene Kosten durch die Schließung des Studios in Moskau, für dessen Ersatz ein Studio in Lettlands Hauptstadt Riga eingerichtet wurde. Auch sei die Berichterstattung aus den Kriegsgebieten sehr teuer, betonte der Senderchef. Für das laufende Jahr wurden im Bundeshaushalt zusätzliche Mittel in Höhe von 13,5 Millionen Euro eingeplant. Bis 2025 will der Sender seine Reichweite von derzeit 289 Millionen auf 400 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte ausweiten. Der Sender verbreitet seine Programme in insgesamt 32 Sprachen weltweit. MRK

Zu viele Besucher

Berlin – Die nationalen Naturlandschaften haben laut Einschätzung von vier Sachverständigen während der Corona-Pandemie gelitten. Zwar sei es auf der einen Seite begrüßenswert, dass viele Menschen Urlaub in Naherholungsgebieten entdeckt haben, andererseits sei es zu einem Besucheransturm auf wenige beliebte Orte gekommen, die zu großen Problemen geführt hätten. Ausgelöst wurde der sogenannte Overtourism unter anderem durch Influencer, die in sozialen Medien Bilder von schönen Plätzen veröffentlichten, wodurch es in einzelnen Parks zu Massenansammlungen gekommen sei. Um dies zu verhindern, schlugen die Experten die Schaffung einer zentralen Plattform vor, um die Besucherlenkung und die Einhaltung der Naturschutzregeln zu vereinen. So könnten Touristen in weniger bekannte Regionen umgeleitet werden. Kooperation im Naturschutz gibt es bereits länderübergreifend mit Polen, Tschechien, den Niederlanden, Frankreich und Österreich. MRK

UKRAINEKRIEG

Hilfe von CIA & Co. bei Kriegführung

US-Dienste spüren feindliche Stellungen auf – Zahlreiche russische Generäle bereits getötet

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die USA haben der Ukraine bereits militärische Güter im Wert von rund zwei Milliarden Dollar geliefert oder zugesagt, darunter Hubschrauber, Patrouillenboote, Drohnen, Flug- und Panzerabwehrraketen, Granatwerfer, Maschinengewehre, Schutzwesten, Helme und jede Menge Munition. Der allerwichtigste Beitrag zur Kriegführung des angegriffenen Staates besteht aber darin, Geheimdienstinformationen weiterzugeben, die im Kampf gegen die russische Armee Gold wert sind.

So warnte die Central Intelligence Agency (CIA) die Ukraine zu Kriegsbeginn davor, dass der Antonow-Frachtflughafen bei Kiew besetzt werden und als Sprungbrett für die Eroberung der Stadt dienen sollte. Ebenso erhielten die ukrainischen Streitkräfte Hinweise bezüglich des effektiven Einsatzes ihrer Flugabwehrsysteme.

Darüber hinaus halfen die US-Dienste, Präsident Wolodymyr Selenskyj vor russischen Mordanschlägen zu schützen. Außerdem geht die spektakuläre Versenkung des Raketenkreuzers „Moskwa“ durch zwei ukrainische „Neptun“-Raketen zum Teil auf das Konto der Amerikaner: Diese spürten das Flaggschiff von Putins Schwarzmeerflotte südlich von Odessa auf.

CIA warnte Selenskyj

Zusätzlich erleichterten die Geheimdienstbericht nach Informationen der „New York Times“, die sich ihrerseits auf die Aussagen hochrangiger US-Regierungsvertreter berief, wohl auch die Tötung mehrerer russischer Generäle. Die nutzen oftmals unsichere Kommunikationskanäle, was die Feststellung ihres Standortes erleichterte. Bisher starben die Generalleutnante Andrej Mordwitschew und Jakow Resanzew sowie die Ge-

neralmajore Kanamat Botaschow, Wladimir Frolow, Andrej Suchowezki, Witali Gerassimow, Andrej Kolesnikow, Oleg Mitjajew und Andrej Simonow. Zudem wurde noch der Tod von Magomed Tuschajew gemeldet, des Oberkommandierenden der tschetschenischen Sondereinheiten in der Ukraine, die auf Seiten Russlands kämpften.

Einige der Militärs starben beim Abschuss ihrer Flugzeuge, während andere gezielten Bombenangriffen oder ukrainischen Scharfschützen zum Opfer fielen. Letztere wurden zumeist von Spezialisten der paramilitärischen Special Activities Division (SAD) der CIA ausgebildet. Der ungewöhnlich hohe Blutzoll unter den Kommandeuren Putins resultiert allerdings ebenso aus den starren Kommandostrukturen innerhalb der russischen Armee, die erfordern, dass sich die Generäle regelmäßig an die vorderste Front begeben, um die Lage dort zu sondieren.

Die geheimdienstliche Kooperation zwischen Washington und Kiew begann bereits 2014 nach der russischen Annexion der Krim. Unter anderem unterstützte die CIA die ukrainischen Dienste damals bei der Enttarnung von Spionen Moskaus. Dennoch hielten sich die USA nach dem Kriegsbeginn im Februar zunächst zurück, was Informationen betraf, welche Angriffe auf russische Ziele ermöglichten. Allerdings änderten sie ihre Haltung alsbald. „Wir haben die Schleusen geöffnet“, beschrieb der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, General Mark A. Milley, diese Wandlung bei einer Anhörung im Senat. Und Evelyn Farkas, die unter Präsident Obama als stellvertretende Pentagon-Chefin unter anderem für Russland zuständig war, fügte mit Blick auf die Ukrainer hinzu: „Wir stellen ihnen alles zur Verfügung, was sie für einen Sieg benötigen ... Wir werden uns nicht selber begrenzen.“

US-Regierung bestreitet Beteiligung

Gleichzeitig bestreitet die US-Regierung aber bis heute, dass sie Kiew mit geheimdienstlichen Erkenntnissen zur Ermöglichung der gezielten Liquidierung von russischen Generälen versorgt. Und auch an der Versenkung der „Moskwa“ will Washington nicht beteiligt gewesen sein. Zu diesen beiden Themen sagte der Pentagon-Sprecher Konteradmiral a. D. John Kirby: „Wir liefern keine Informationen über den Aufenthaltsort hochrangiger militärischer Führer auf dem Schlachtfeld und beteiligen uns nicht an den Zielentscheidungen des ukrainischen Militärs. Die Ukraine kombiniert Informationen, die wir und andere Partner zur Verfügung stellen, mit den Informationen, die sie selbst auf dem Schlachtfeld sammelt. Dann trifft sie ihre eigenen Entscheidungen und ergreift ihre eigenen Maßnahmen.“

Damit die Letzteren zum Erfolg führen, wollen die USA künftig noch mehr von den sogenannten Kamikaze-Drohnen vom Typ AeroVironment „Switchblade“ 300 und 600 an die Ukraine liefern. Diese sprengstoffbestückten, ferngesteuerten Mini-Fluggeräte mit zehn oder 40 Kilometern Reichweite erlauben es unter anderem, russische Kommandeure aus der Luft aufzuspiiren und zu attackieren.



US-Dienste halfen bei der Ortung des russischen Raketenkreuzers: Die sinkende „Moskwa“

Foto: Mauritius

MILITÄRHILFE

Warschau Hunger auf Kampfpanzer

Polen übergab alte Sowjet-Panzer an die Ukraine und erwartet von Deutschland neueste Modelle als Ersatz

Polen hat aus eigenen Beständen 240 Panzer sowjetischer Bauart an die Ukraine geliefert, die Deutschland durch die Lieferung von „Leopard“-Panzern ersetzen sollte. Der polnische Staatspräsident Andrzej Duda wirft der Bundesregierung inzwischen ganz offen einen Wortbruch bei diesem geplanten Ringtausch vor. Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos sagte Duda gegenüber der „Welt“: „Sie haben dieses Versprechen nicht erfüllt. Und offen gesagt: Wir sind sehr enttäuscht darüber.“

Als Ersatz für seine mittlerweile jahrzehntealten T-72 erwartet Polen offenbar die Lieferung des allermodernsten deutschen Kampfpanzers, des „Leopard“ 2 A7V. Tatsächlich ist fraglich, ob dies von deutscher Seite so versprochen wurde.

Bundeswehr muss selbst warten

Selbst die Bundeswehr muss sich nämlich gedulden, bis ihre Bestellung abgearbeitet

ist. Beim Hersteller Krauss-Maffei Wegmann wurden für die Bundeswehr insgesamt 104 „Leopard“ 2 A7V geordert. Davon hat das Panzerbataillon 393 bei Bad Frankenhausen vergangenes Jahr die ersten 44 Exemplare erhalten. Dem Panzerlehrbataillon 93 in Munster wurden im Februar weitere fünf Exemplare übergeben. Den Rest der Bestellung soll der Hersteller bis 2023 an die Bundeswehr ausliefern. Laut einem Bericht des „Spiegel“ heißt es aus dem Wehrressort, eine schnelle Lieferung von „Leopard“-Panzern auf dem letzten Baustand an Polen sei schlicht nicht möglich. Von Warschau abgelehnt wurden laut dem Bericht Angebote, zunächst etwas ältere „Leopard“-Modelle zu erhalten, die in den kommenden Jahren modernisiert oder durch neue Systeme ausgetauscht werden.

Nach Angaben von Staatspräsident Duda hat Polen durch Lieferung der 250 T-72 Panzer an die Ukraine seine eige-

nen militärischen Vorräte „aufgebraucht“ und sein militärisches Potential geschwächt. Tatsächlich verfügt die polnische Armee trotz der Lieferung an die Ukraine noch immer über ein großes Arsenal an Panzern. Seit 2002 hat Deutschland schon 247 modernisierte Leopard-Panzer an Polen geliefert. Dazu hatte die polnische Armee bis zum Ukrainekrieg auch 127 modernisierte sowjetische T-72 und 232PT „Twardy“ aus Eigenproduktion im Bestand. Der US-Hersteller General Dynamics wird dieses Jahr zudem mit der Auslieferung von 250M1 „Abrams“ beginnen. Insgesamt addiert sich dies auf 856 polnische Panzer auf. Die Armeen Deutschlands und Frankreichs kommen laut dem österreichischen Militärmagazin „militäraktuell“ zusammen nur auf 714 Panzer.

Warschau Beschaffungspolitik in Sachen Panzer wirft insgesamt Fragen auf. Die polnische Armee nutzt neben deut-

schen „Leopard“ auch modernisierte T-72 aus Sowjetzeiten und den in Polen produzierten PT-91 „Twardy“, der auf der Basis des sowjetischen T-72M1 entwickelt wurde.

Drei verschiedene Panzer-Modelle

Im Juli 2021 gab Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak bekannt, dass Polen auch noch 250 Panzer M1 „Abrams“ anschaffen will. Die polnische Armee wird damit vier unterschiedliche Panzermodelle in ihrem Arsenal haben. „Nach Ansicht von Experten würde das nicht nur die Logistik erschweren, sondern auch teuer werden“, so die Einschätzung durch „militäraktuell“. Obendrein liegt inzwischen auch noch ein Angebot des britischen Premiers Boris Johnson vor, der Polen als Kompensation für die an die Ukraine gelieferten T-72 Panzer den britischen Challenger 2 liefern will.

Norman Hanert

VON NORMAN HANERT

Zum 1. Juli dieses Jahres erhalten die Rentner die stärkste Erhöhung ihrer Altersbezüge seit Jahrzehnten. Im Westen des Landes steigen die Renten um 5,35 Prozent, in den östlichen Bundesländern sogar um 6,12 Prozent. Als der Bundestag im Mai die Renten Anpassung debattierte, sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil: „Die meisten Rentner in Deutschland leben nicht in Saus und Braus.“ Der SPD-Politiker wies dabei darauf hin, dass Agenturmeldungen über die geplante Rentenerhöhung oft mit Fotos bebildert wurden, die Rentner zeigen, die „entweder auf einer Parkbank sitzen und braungebrannt sind oder Golf spielen“. Tatsächlich geht es vielen Menschen im Ruhestand oft weit weniger gut, als dies solche Bilder suggerieren. Die monatliche Durchschnittsrente betrug nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung hierzulande im Jahr 2020 lediglich 989 Euro pro Monat. Von den rund 21 Millionen Menschen, die eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, bekommt nur ein Bruchteil pro Monat 2000 Euro oder mehr überwiesen.

Rund 18 Prozent der über 65-Jährigen in Deutschland gelten im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung sogar als arm. Da die Rente so niedrig ist, dass es zum Leben nicht ausreicht, erhalten rund 600.000 Senioren sogar eine zusätzlich Grundsicherung. Für immer mehr alte Menschen in Deutschland ist es damit inzwischen längst Realität, nach dem Rentenbeginn weiter arbeiten zu gehen. Nicht immer, aber doch häufig und in zunehmenden Maße, spielen dabei vor allem finanzielle Gründe eine Rolle.

Nach Angaben der Bundesregierung waren im vergangenen Jahr 1,05 Millionen Beschäftigte in Deutschland 67 Jahre oder älter. Davon waren 217.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und 835.000 hatten einen Minijob. Bekannt wurden diese Daten durch die Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linkspartei im Bundestag. Die Zahl von arbeitenden Rentnern hat damit in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2010 waren es nämlich deutschlandweit erst rund 685.000 Beschäftigte, die ein Lebensalter von 67 Jahre oder mehr hatten.

Besonders stark war der Anstieg im Ostteil der Bundesrepublik. Hier kletterte die Zahl der Berufstätigen im Rentenalter von etwa 90.500 im Jahr 2010 auf 162.000 im vergangenen Jahr. Zum Vergleich: In den westlichen Bundesländern stieg die Zahl der erwerbstätigen Rentner im selben Zeitraum von knapp 600.000 auf 890.000. In etwa 80 Prozent der Fälle handelte es sich dabei um einen sogenannten Minijob. Der hohe Anteil von Minijobbern liegt vor



Wenn die Rente nicht zum Leben ausreicht: Auch in körperlich anstrengenden Berufen, wie Kfz-Mechaniker, arbeiten viele länger

RENTENPOLITIK

In Rente, aber nicht im Ruhestand

Geplante Erhöhung der Altersbezüge reicht nicht aus, um die gestiegenen Kosten auszugleichen – Zudem werden viele Rentner steuerpflichtig

allein an der Hinzuverdienstgrenze: Alles, was die Rentner über diese Grenze hinaus verdienen, wird zum Teil wieder von der Rente abgezogen.

Auch die kräftige Rentenerhöhung zur Jahresmitte wird ein Teil der Senioren vermutlich nur mit sehr gemischten Gefühlen sehen. Geschätzt etwa 100.000 Rentner werden mit der Rentenerhöhung nämlich mit ihren Gesamteinkommen in die Steuerpflicht rutschen. Für die betroffenen Senioren kann die Rentenerhöhung bedeuten, dass sie einen Teil ihrer Rente künftig an das Finanzamt abgeben müssen. Laut Berichten der Zeitungen der Funke-Mediengruppe kann das Bundesfinanzministerium mit rund 730 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen durch Rentner rechnen.

Die zunehmende Steuerpflicht auf Renten, hohe Mietnebenkosten, steigende Energie- und Lebensmittelpreise könnten

bald noch mehr Senioren zwingen, sich nach einer Arbeit umzusehen, um über die Runden zu kommen.

Ausgerechnet die Rentner sollen nach den Plänen der Ampelkoalition nämlich

1,05

Millionen Beschäftigte in Deutschland sind 67 Jahre alt oder älter

nicht vom milliardenschweren Entlastungspaket profitieren. Um die gestiegenen Preise bei Benzin, Diesel, Gas und Öl für die deutschen Verbraucher abzufedern,

will die Regierung neben einem Tankrabbatt, einem Hartz-IV-Zuschuss, einem Neun-Euro-Ticket und einem Kindergeldbonus auch eine Energiepauschale von 300 Euro zahlen. Bereits im Mai warf der CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger SPD, Grünen und FDP vor, die Energiepreispause den Rentnern vorzuenthalten.

Trotz wochenlanger Kritik hält die Ampelkoalition bislang daran fest, die Energiepreispause nicht an Ruheständler zu zahlen. Bei der Pauschale berücksichtigt werden allerdings die Senioren, die steuerpflichtig erwerbstätig sind. Immerhin kündigte Arbeitsminister Hubertus Heil im Fall lange andauernder Preissteigerungen weitere Entlastungen an: „Wenn die Preissteigerungen ganz lange dauern werden, dann werden wir auch weitere Maßnahmen ergreifen, auch für Rentnerinnen und Rentner.“

WOHNUNGSBAU

Der Fehler liegt im Fördersystem

Bezahlbarer Wohnraum für Familien fehlt – Bauherren kassierten mehr für Single-Appartements

Die Bundesregierung wollte im vergangenen Jahr 400.000 Wohnungen bauen lassen. Doch die Zielmarke wurde deutlich verfehlt. Die Herrschenden machen externe Faktoren verantwortlich, vor allem die Ukraine-Krise und steigende Rohstoffpreise.

„Auf Lieferengpässe, Rohstoffknappheit und deutliche Preissteigerungen hat der deutsche Staat kaum Einfluss“, sagt Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) und will mit den Bundesländern bürokratische Einschränkungen abbauen: „Wir müssen Genehmigungs- und Planungsprozesse digitalisieren, die 16 Länderverordnungen sinnvoll harmonisieren und die Bedingungen für den seriellen Bau erleichtern.“ Mit 293.393 fertiggestellten Wohneinheiten lag die Zahl deutlich unter der Vorgabe der Politik. Nach Angaben des Statistischen

Bundesamtes handelt es sich um einen Rückgang von 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau. Und für das laufende Jahr sind die Aussichten kaum besser.

Deutlich zu wenig gebaut

Nun werden Sündenböcke gesucht. Die Politik schiebt den Schwarzen Peter der politischen Großwetterlage zu. Die Baubranche fordert neue, milliardenschwere Subventionen. Doch das ist bei näherem Hinsehen gelinde gesagt gewagt. Fast 850.000 Wohnungen sind bereits genehmigt, aber noch nicht fertig: 64 Milliarden Euro an unerledigten Aufträgen hatte die Baubranche zum Jahreswechsel laut Bundesverband der Bauindustrie in den Büchern. Das hat sicherlich mit gestiegenen Preisen zu tun, auch die Nachwirkungen

der Corona-Pandemie sind spürbar. Zahlreiche Firmen klagen über einen eklatanten Mangel an Arbeitern.

Doch der zentrale Fehler liegt im System. Vor allem in Ballungsgebieten sind neue Wohnungen entstanden, Zwei- bis Drei-Zimmer-Appartements für gut situierte Singles und Akademiker-Pärchen. Doch an bezahlbarem Wohnraum für Familien fehlt es. Der Immobilien-Spitzenverband ZIA zog eine vernichtende Bilanz. Der Bau-Boom des vergangenen Jahrzehnts ging in den Ballungsgebieten „ausschließlich auf kleinere Geschosswohnungen zurück – und damit an den Bedürfnissen der Familien völlig vorbei“, analysieren die sogenannten Immobilienweisen. Gemäß europäischer Definition muss ein Ein-Personen-Haushalt mindestens zwei Zim-

mer haben, damit die Wohnung nicht als überbelegt gilt.

Die Zuschuss-Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind mittlerweile ausgelaufen, durch die steigenden Preise könnten gerade kleinere Bauherren unter Druck geraten. Die haben jedoch in den vergangenen Jahren extrem vom System profitiert. Zuschüsse von der KfW gab es nämlich pro Wohneinheit und nicht pro Quadratmeter. Heißt: Der Bauherr, der fünf Single-Wohnungen gebaut hat, konnte fünfmal kassieren, während für eine Familien-Unterkunft nur eine Förderung floss. Nun steht die Branche vor einem Dilemma. Für den dringend nötigen Wohnraum für Familien fehlt es an Investitions-Kapital, Materialien und Arbeitern.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Amazon macht herbe Verluste

Seattle – Der Online-Gigant Amazon verbuchte im ersten Quartal dieses Jahres einen Nettoverlust von 3,8 Milliarden US-Dollar. Dieser resultierte unter anderem aus dem Umsatzrückgang im Internet-Handel in Höhe von drei Prozent aufgrund der verringerten Konsumneigung der Kunden angesichts der gestiegenen Inflationsrate. Gleichzeitig schlugen die hohen Kraftstoffkosten bei der Auslieferung über Amazon Logistics zu Buche. Darüber hinaus musste der Konzern eine bilanzielle Wertberichtigung in Höhe von 7,6 Milliarden Dollar aus der 20-Prozent-Beteiligung an dem Elektrofahrzeugbauer Rivian verkraften. Dass das Ergebnis nicht noch schlechter ausfiel, verdankte Amazon seiner Cloud-Sparte Amazon Web Services. Deren Umsatz stieg um 37 Prozent auf 18,4 Milliarden Dollar. Für das laufende Quartal rechnen manche Börsenanalysten mit einem erneuten Minus in Höhe von einer Milliarde Dollar, während andere von drei Milliarden Gewinn ausgehen. W.K.

Alstom baut Stellen ab

Görlitz/Bautzen – Nachdem der französische Zugbauer Alstom Ende vergangenen Jahres angekündigt hat, deutschlandweit bis zu 1300 Stellen abzubauen, bestätigte nun der Alstom-Deutschlandchef Müslüm Yakisan die Pläne. Gegenüber der Berliner Tageszeitung „Tagesspiegel“ kündigte Yakisan an, dass „900 bis 1300 Arbeitsplätze anders gestalten“ werden. Nach Angaben Alstoms soll bis zum Ende des Jahres mit den Sozialpartnern eine Lösung gefunden werden. Allein in den Oberlausitzer Werken Bautzen und Görlitz sollen möglicherweise 550 Arbeitsplätze wegfallen. Für das Waggonbauwerk in Görlitz kündigte Alstom die Streichung von bis zu 400 von derzeit 850 Stellen an. Alstom hat im vergangenen Jahr die Zugsparte des Bombardier-Konzerns übernommen. Mit der Übernahme waren auch die beiden Waggonbauwerke in Görlitz und Bautzen in das Eigentum des französischen Unternehmens übergegangen. N.H.

Bauern können nicht profitieren

Berlin – Trotz Warnungen vor einer globalen Nahrungsmittelknappheit haben sich die Aussichten für die deutsche Agrarwirtschaft eingetrübt. Gestiegenen Erzeugerpreisen, etwa für Getreide und Raps, steht ein extremer Anstieg der Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Futter, Dünger und Diesel gegenüber. Bereits im Januar 2021 hat das Statistische Bundesamt beim Index für die landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise einen neuen Höchststand von 109 Indexpunkten gemeldet. Die größten Kostentreiber für die Landwirte sind die Energiepreise. Dazu zählen die Preise für Treibstoffe, Heizöl und Strom. Mittlerweile hat die Kostenexplosion auch die Düngemittel, insbesondere auch Mineraldünger, sowie Investitionsgüter wie Landmaschinen und Produktionstechnik und alle anderen Vorprodukte und Betriebsmittel für die Agrarwirtschaft erreicht. N.H.

KOMMENTARE

Es trifft die kleinen Leute

HANS HECKEL

Jetzt sind es schon 7,9 Prozent, die Inflation trabt weiter und bricht jahrzehntealte Höchststände. Dabei ist sie mit den Raten der 1970er Jahre gar nicht vergleichbar, weil damals hohe Zinssätze zumindest das Ersparte weitgehend vor dem Geldwertverfall schützten.

Bizarrr erscheint es, dass vor allem links orientierte Ökonomen die Inflation für ein minder ernstes Problem halten und das Pochen auf Geldwertstabilität geradezu als konservativen Fetisch abtun. Denn gerade jene Teile des Volkes, um die sich Linke angeblich besonders sorgen, leiden überdurchschnittlich unter der derzeitigen Inflation, etwa Geringverdiener, Hartz-IV-Bezieher oder Kleinrentner.

Das liegt nicht allein daran, dass sie in der Regel nur einkaufen, was sie kaufen müssen. Waren und Dienstleistungen des Luxussegments können sie sich kaum leisten, „Lustkäufe“ sind ohnehin nicht drin. Daher haben solche Menschen auch kaum Spielräume, ihr Konsumverhalten durch Verzicht anzupassen, wenn alles plötzlich immer teurer wird. Wohlhabendere hingegen können flexibler reagieren.

Auch beziffert die amtliche Inflationsrate nur Durchschnittswerte, die aufgrund des alle fünf Jahre angepassten „Warenkorbs“ ermittelt werden. Darin machen Lebensmittel zur Zeit nur 9,7 Prozent aus, weil die Deutschen genau so viel ihres Einkommens für Nahrung ausgeben – im Schnitt! Bei den untersten Einkommensgruppen ist der Anteil weitaus höher. Nun beträgt die Teuerung bei Nahrungsmitteln aber nicht knapp acht, sondern mehr als elf Prozent. Somit trifft die aktuelle Inflationsrate die unteren Schichten spürbar härter als die oberen.

Und auch die Mittelschicht ist stärker betroffen als die Wohlhabenden. Denn während Wohlhabende ihr Vermögen zum Großteil in Sachwerten wie Immobilien, Aktien oder Edelmetallen speichern, die meist mit der Inflation mithalten, horten Mittelschichtler ihre Rücklagen überwiegend in Geldanlagen, die in der zinslosen Inflation schutzlos entwertet werden.

„Bitte nur Bargeld!“

RENÉ NEHRING

Seit Tagen schon erleben Bürger im ganzen Land beim Einkaufen ein Ärgernis: In zahlreichen Super- und Discountmärkten sowie in Tankstellen sind derzeit keine bargeldlosen Zahlungen mit Giro- oder Kreditkarten möglich. Grund dafür ist eine bundesweite Störung an Kartenzahlungsterminals des Typs Verifone H5000. Zwar gibt es inzwischen ein Update, das das Problem beheben soll, doch müssen sich die Kunden bis zu dessen flächendeckender Installation noch einige Zeit gedulden. Bis dahin können sie vielerorts nur mit Bargeld zahlen – oder gar nicht einkaufen.

Der Vorfall lenkt die Aufmerksamkeit auf ein grundlegendes Problem des digitalen Zeitalters – die zunehmende Abhängigkeit vom Funktionieren der IT-Systeme. Die Digitalisierung ermöglicht es, mit Freunden an anderen Enden der Welt zu plaudern, vom Sofa aus bequem alle denkbaren Waren einzu-

kaufen oder an den heimischen Geräten ein unbegrenztes Angebot an Radio- und Fernsehprogrammen sowie Kino-filmen, Hörspielen und Serien zu konsumieren. In der Wirtschaft gibt es praktisch kein Unternehmen mehr, das nicht an irgendeiner Stelle Software in seine Abläufe integriert hat.

Der aktuelle Vorfall um den defekten Zahlungsterminal mahnt gleichwohl daran, sich nicht allein auf die Digitalisierung zu verlassen – sondern auch den Störfall von grundsätzlich segensreichen Technologien in allen Planungen mitzudenken. Wobei „Störfall“ keineswegs nur Pannen meint, sondern auch gezielte Sabotage-Akte.

Zudem mahnt der aktuelle Vorfall daran, althergebrachte Systeme wie eben das Bargeld nicht ohne Not abzuschaffen. Wenn es – aus welchen Gründen auch immer – zu digitalen Störfällen kommt, ist es gut zu wissen, dass ein paar Relikte des analogen Zeitalters noch immer funktionieren.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Begründer eines einzigartigen Missionsgedankens: Die Pilgerväter der USA

Foto: imago images/Photo12

KOLUMNE

Sie wähnen sich erwählt

FLORIAN STUMFALL

Nach dem Selbstverständnis der politischen Elite der USA ist das Land dazu berufen, weltweit die westlichen Ordnungsprinzipien durchzusetzen. Abweichende Auffassungen und Traditionen werden abgelehnt und bekämpft, oder, je nach den militärischen Gegebenheiten, allenfalls mit Vorbehalt geduldet. Die Doktrin des Landes geht dahin, dass die USA den historischen Auftrag hätten, Freiheit, Demokratie und Menschenwürde über den Globus zu verbreiten, und sei es auch gegen den Willen anderer Völker. Diese Einstellung ist einer der Gründe dafür, dass die USA seit ihrem vergleichsweise kurzen Bestehen über 200 Kriege und Militäroperationen geführt sowie meist gewaltsame Regimewechsel („Regime Changes“) verursacht haben.

Während aber diese Militärgeschichte der USA jedermann offenliegen sollte, ist ihr gedankliches Herkommen weitgehend verborgen. Dabei sind die Quellen recht einfach aufzudecken. Da ist einmal der während der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Britannien entstandene Puritanismus. Er war gekennzeichnet von religiösem Dünkel, Selbstgefälligkeit, Intoleranz und der Überzeugung von der eigenen Erwähltheit. Sein politischer Exponent war Oliver Cromwell. Nach dem Bürgerkrieg und der Restauration durch Karl II. erfolgte eine große Auswanderungswelle hauptsächlich von Puritanern, die man später die Pilgerväter nannte, nach Neuengland, bis heute eine Legende aus der Frühzeit der USA, staatsbildend und unantastbar. Sie brachten ihre Einstellung und ihr Gedankengut nach Amerika.

Puritanismus und Illuminaten

Die zweite der beiden wichtigsten geistigen Strömungen, welche die USA geprägt haben, sind die Illuminaten. Sie wurden im Jahre 1776 im bayerischen Ingolstadt gegründet und strebten als aufklärerische Bewegung die sittliche Erhöhung jedenfalls ihrer Mitglieder und später der ganzen Welt an, und machten sich zu diesem Zweck alsbald daran, den Staat zu durchsetzen. Da sie großen Zulauf bekamen, wurde das für Bayern zur Gefahr, und der Kurfürst verbot den Geheimorden kurzerhand wegen Staatsgefährdung und Religionsfeindlichkeit. Inzwischen hatte er aber schon weit über Bayern hi-

naus ausgegriffen und auch in den USA Fuß gefasst.

In diesem Zusammenhang sind jene, die auch in all den anderen Belangen des öffentlichen Lebens damit befasst sind, die einzig gültige Meinung zu formulieren, vorzuschreiben und deren Missachtung mit Strafandrohung zu belegen, außerordentlich bemüht, jede Vorstellung von einem Weiterleben der Illuminaten in den USA in Abrede zu stellen. Man greift sogar zur schwersten Waffe, dem Vorwurf der Verschwörungstheorie, gegen alle, die ein solches Weiterleben für möglich halten.

Das Fortwirken alter Denkansätze

Fest steht indes, dass in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts ein gewisser William H. Russell in Deutschland Kontakt zu einer Nachfolgeorganisation der Illuminaten gefunden hatte, deren Kennzei-

Es geht den Vereinigten Staaten um eine Welt nach ihren Regeln

chen der Totenkopf mit gekreuzten Gebeinen war. Dieser Russel gründete später in den USA den Geheimbund „Skull and Bones“, dem heute noch ein außerordentlicher Einfluss auf das politische Leben in den USA zugeschrieben wird – so neben vielen anderen Alexandra Robbins in ihrem Buch „Bruderschaft des Todes“.

Dabei ist es völlig unerheblich, ob es die Illuminaten als Organisation noch immer gibt; entscheidend ist allein, wie weit ihre Gedanken und Ziele fortleben. Es gibt ja auch keine Pilgerväter mehr, aber ihre Grundsätze sind in den USA noch lebendig. Bezeichnend aber ist, dass sich im Jahre 1880 in München mehrere Meister des Freimaurer-Bundes zusammengetan haben, um den Orden der Illuminaten wieder aufleben zu lassen. Die Gemeinsamkeiten unter diesen beiden Bündnissen sind denn auch nicht zu übersehen. Es sind diese neben der Exklusivität und der Überzeugung von der Erwähltheit vor allem die Absicht, die Welt nach dem eigenen Muster zu verbessern.

Niederschlag finden diese Gedanken in der Politik der USA, um es in einem Wort auszudrücken, im Anspruch auf die so bezeichnete „Exzeptionalität“. Besonders Präsident Barack Obama hat sich gerne darauf berufen, wahrscheinlich um die Kriege zu rechtfertigen, die er begonnen hat. Gemeint ist damit eine unvergleichliche Ausnahmestellung der USA unter den Völkern und Staaten der Welt, die Amerika dazu berechtigt, wenn nicht gar verpflichtet, den anderen den Weg zum irdischen Glück zu weisen.

„Regelbasierte Weltordnung“

In diesem Zusammenhang ist oft von einer „regelbasierten Weltordnung“ die Rede. Das klingt gut, denn wer könnte nicht eine geregelte Ordnung unter den Völkern gutheißen – er wäre denn ein Anarchist. Doch was dahintersteckt, wird offenbar, wenn man sieht, was Thomas P. M. Barnett, dazu sagt, einer der einflussreichen Denker im Lande. Er versteht die Globalisierung als ein System von Sicherheitsregeln und nennt als die Aufgabe der USA den „Export von Sicherheit“. Doch die Geschäftsgrundlage ist: Niemand anders als die USA setzen die Regeln, nach welchen die Welt zu funktionieren hat. Barnett: „Es geht also nicht nur darum, dass Amerika sich im Recht sieht, für den ganzen Planeten darüber zu entscheiden, wie, wann, wo und warum Kriege geführt werden.“ Es geht um die Weltordnung überhaupt. Deshalb auch der Titel von Barnetts Buch: „Der Weg in die Weltdiktatur“.

Ohne den Anspruch auf Erwähltheit, die Exzeptionalität, den Sendungsauftrag durch das Schicksal und die Befugnis, über gut und böse zu richten, kann man derartige Strategien nicht entwickeln. Der Berater von vier US-Präsidenten; Zbigniew Brzezinski, Barnetts Vorläufer im Geiste, drückt sich zwar weniger kriegerisch aus, aber in demselben Grundton: „Amerika steht im Mittelpunkt eines ineinandergreifenden Universums, in dem Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und in dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, auch wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington D.C. ausgeht. Das ist auch der Ort, wo sich der Machtpoker abspielt, und zwar nach amerikanischen Regeln.“

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Wo im Sommer die erste Geige gespielt wird

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wollen bei ihren musikalischen Klassik-Festivals an Vor-Pandemie-Zeiten anknüpfen

VON HELGA SCHNEHAGEN

In den Jahren 2020 und 2021 konnten das Schleswig-Holstein Musik-Festival (SHMF) und die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern (FMV) wegen der Pandemie nur mit reduziertem Programm beziehungsweise digital den Kontakt zum Publikum aufrechterhalten. Doch schon in diesem Sommer peilt man wieder die Besucherrekorde von früheren Zeiten an. 2019 konnte das SHMF rund 193.000 Konzertkarten verkaufen und die FMV über 84.500.

„Lieben Sie Brahms?“ Zum Abschluss der seit 2014 bestehenden Reihe der Komponisten-Retrospektiven präsentiert das SHMF in diesem Sommer einen Querschnitt durch das Gesamtwerk des in Hamburg geborenen Komponisten und Klaviervirtuosen. Insgesamt 97-mal steht Brahms auf dem Programm, neben seinen großen Sinfonien und seiner Kammermusik auch mit modernen Adaptionen.

„Sein Œuvre“, so Festivalintendant Christian Kuhnt, „prägt die Konzertprogramme der Welt. Aber nach intensiven Diskussionen bemerkten wir, dass wir aus neuen Perspektiven auf das Schaffen und Leben von Brahms blicken können. Dabei entdeckten wir ganz neue Seiten und kreative Auseinandersetzungen mit seinem Werk.“

Einen neuen Blick präsentiert parallel auch die Ausstellung „Der junge Brahms – Zwischen Natur und Poesie“ in der Villa Brahms auf dem Jerusalemsberg in Lübeck. Fachkundige Expertise und neue Blickwinkel verspricht ebenso der festivaleigene Podcast an jedem Festival-Montag ab dem 4. Juli um 15 Uhr mit Wolfgang Sandberger, Leiter des Brahms-Instituts an der Musikhochschule Lübeck, im Gespräch mit Koryphäen der Brahms-Szene.

Als sogenannter Porträtkünstler kommt dieses Jahr erstmals ein Dirigent nach Schleswig-Holstein. Omer Meir Wellber, 1981 in Israel geboren, erster



Locker auf die Schulter genommen: Ein Musikfest auf dem Lande beim Schleswig-Holstein Musik-Festival

Foto: Axel Nickolaus

Gastdirigent der Semperoper Dresden, Chefdirigent des BBC Philharmonic, Musikdirektor des Teatro Massimo Palermo und ab September 2022 auch der Volksoper Wien, gehört zum Kreis der derzeit führenden Kapellmeister. Bei 14 Auftritten ist Wellber zudem am Akkordeon, Cembalo und Klavier zu erleben.

Zum Festival-Auftakt spielt ein weiterer Star, Igor Levit, zusammen mit dem NDR-Elbphilharmonie-Orchester laut Programm das Klavierkonzert Nr. 2 B-Dur op. 83 von Johannes Brahms und die Sinfonie „Die Harmonie der Welt“ von Paul Hindemith (2. und 3. Juli in der Musik- und Kongresshalle Lübeck). Politisch stark engagiert, hat sich der russisch-deutsche Pianist auf einem Klavierabend

Anfang März in Berlin bereits eindeutig zum gegenwärtigen Krieg geäußert. Er widmete sein Konzert den Opfern in der Ukraine und spielte die Nationalhymne.

„Klassik-Tjek“ mit Mozart-Geige

Nach altbewährtem Rezept geht es beim SHMF nicht immer ganz klassisch zu. Bei „Star Wars in Concert“ etwa begleitet das Festivalorchester den kompletten Filmklassiker „Das Imperium schlägt zurück“ (13. August, Wunderino-Arena Kiel). In der konzertanten Aufführung von Gershwins Erfolgsoper „Porgy and Bess“ setzen zum Finale erneut Stars, dieses Mal der New Yorker Metropolitan Opera, ein Ausrufezeichen (27. August, ebenfalls in der Wunderino-Arena Kiel).

Die Sommer-Festspiele im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern stellen als „Preisträger in Residence“ ebenfalls einen Dirigenten in den Mittelpunkt. Emmanuel Tjeknavorian, Sohn des armenischen Komponisten und Dirigenten Loris Tjeknavorian, wurde 1995 in Wien geboren. Der „Klassik-Tjek“, wie er genannt wird, ist zudem ein begnadeter Geiger. Seit 2017 darf er sogar auf Mozarts Geige spielen. Als besonderen Höhepunkt bringt er die 1764 von Pietro Antonio dalla Costa gebaute Mozart-Violine auf Schloss Ulrichshusen zum Klingen (15. bis 17. Juli).

Insgesamt wird Tjeknavorian mit 24 Konzerten und Veranstaltungen den Festivalsommer prägen. Gleich beim Eröffnungskonzert spielt Tjeknavorian in der

Konzertkirche Neubrandenburg zusammen mit der NDR-Radiophilharmonie die „erste“ Geige (18. Juni). Die Festspiele beschließen das NDR-Elbphilharmonie-Orchester und die schwedische Sopranistin Nina Stemme mit Wagners „Wesendonck-Liedern“ und der Sinfonie Nr. 15 A-Dur von Schostakowitsch (18. September in der St.-Georgen-Kirche Wismar).

Auch in Mecklenburg-Vorpommern vermischen sich Streichakkorde und rockigen Beats. Schon zum dritten Mal findet das dreitägige Detect Classic Festival statt. Irgendwo zwischen Klassik und Elektronik angesiedelt, zieht es vor allem junges Publikum an (29. bis 31. Juli auf Schloss Bröllin). Neu im Programm jenseits der Klassik ist das Format „Grenzgänge“ mit Talenten der jungen deutschen Jazzszene (15. Juli in Loitz, 11. September in Landsdorf und 15. September in Hagenow).

In Schleswig-Holstein hat sich die Szene mit JazzBaltica schon vor 30 Jahren etabliert. Als Teil des SHMF findet das Festival seit 2018 direkt am Meer rund um das Maritim-Hotel am Timmendorfer Strand statt (23. bis 26. Juni). Unter der bewährten künstlerischen Leitung des schwedischen Posaunisten Nils Landgren wird auch dieses Jahr mit fünf Bühnen, 37 Konzerten, Sessions und Talks ein facettenreiches Programm geboten, 21 Veranstaltungen sind eintrittsfrei.

Als Stargast feiert der brasilianische Sänger, Musiker und zeitweilige Kulturminister Gilberto Gil am 26. Juni mit einem Konzert zusammen mit seiner Familie und Freunden seinen 80. Geburtstag auf der JazzBaltica-Bühne. Auf das von der Ostsee-Gemeinde versprochene Geschenk an die Musik-Legende darf man gespannt sein.

● Programm und Kartenbuchungen

www.jazzbaltica.de, www.shmf.de und unter Telefon (0431) 237070; www.festspiele-mv.de und unter Telefon (0385) 5918585

OPERNFESTSPIELE HEIDENHEIM

„Aufpoppender“ Hitler-Attentäter

Beim Opernfest „OH!“ wird an Georg Elser erinnert und Wagner groß in Szene gesetzt

Nach zwei Jahren der pandemischen Einschränkungen spielen auch die Opernfestspiele Heidenheim (kurz OH!) wieder groß auf. Das größte Opernfestival des Landes Baden-Württemberg will vom 4. Juni bis zum 31. Juli wieder mit über 40 Veranstaltungen rund 20.000 Festspielgäste anlocken.

Im Mittelpunkt stehen mit Richard Wagners „Tannhäuser“ (Premiere am 1. Juli) und „I due Foscari“ von Giuseppe Verdi (Premiere am 21. Juli) wieder zwei große Neuinszenierungen, wobei „Tannhäuser“ im frisch erneuerten Rittersaal von Schloss Hellenstein gleich siebenmal zu erleben sein wird. Mit dem Österreicher Georg Schmiedleitner ist ein international renommierter Regisseur engagiert, der regelmäßig mit dem Dirigenten Marcus Bosch zusammenarbeitet und mit diesem unter anderem bei den Opernfestspielen Wagners „Der Fliegende Holländer“ auf die Bühne gebracht hat.

International für Aufsehen sorgt seit Jahren die Reihe der frühen Verdi-Opern, die in Heidenheim chronologisch aufgeführt werden. Nach dem „Ernani“ von

2019 steht dieses Mal mit „I due Foscari“ (Die beiden Foscari) eine Geschichte aus dem Venedig der Renaissance nach einer Vorlage von Lord Byron auf dem Programm. Die Operninszenierungen werden jährlich im Festspielhaus CCH auf die Bühne gebracht, live aufgezeichnet und im Deutschlandfunk Kultur übertragen. Bei den beiden Aufführungen am 21. und 23. Juli dirigiert Bosch das Cappella

Aquilella, dem Orchester der OH!, das 2022 den zehnten Geburtstag feiert.

Mit zwei weiteren Opernproduktionen gehen die Opernfestspiele ungewöhnliche Wege und richten sich an ein junges und spontanes Publikum: „Wurst“ ist eine Küchenoper, die nicht nur Kinder zum Opernzelt in den Brenzpark locken soll (Premiere am 22. Juni). Die vierte Produktion ist die Pop-up-Opera „Nau

bens hald I“, in der ein regionaler Stoff überregionale Bedeutung gewinnt: Erzählt wird die Geschichte des Hitler-Attentäters Georg Elser, der aus dem benachbarten Hermaringen stammte und in diesem Stück plötzlich im Heidenheimer Stadtraum „aufpoppt“.

Fünf große Konzerte gehören außerdem zum Programm der Opernfestspiele: Im Eröffnungskonzert „Frizzante“ verbreitet sich italienisches Flair mit der Deutschen Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern unter der Leitung von Christoph Poppen und dem Solisten Niek Baar (Violine). Mit Omar Sosa, Ernesto Simpson und der NDR Bigband erklingt Jazz. In zwei weiteren Orchesterkonzerten mit der Cappella Aquilella, der norwegischen Geigerin Eldbjørg Hemsing und den Stuttgarter Philharmonikern sowie einem Chorkonzert mit dem Tschechischen Philharmonischen Chor aus Brünn kommen die hauseigenen Klangkörper der Opernfestspiele zur Geltung. H. Tews

● Programm und Kartenbuchungen

www.opernfestspiele.de



Das Orchester der OH!: Cappella Aquilella

Foto: Hans-Georg Fischer

● MELDUNGEN

Abstraktion im Barberini

Potsdam – Vom 4. Juni bis 25. September zeigt das Museum Barberini die Ausstellung „Die Form der Freiheit. Internationale Abstraktion nach 1945“. Sie widmet sich den beiden wichtigsten Strömungen der Abstraktion nach Ende des Zweiten Weltkriegs: dem Abstrakten Expressionismus in den USA und der informellen Malerei in Westeuropa. Internet: www.museum-barberini.de tws

Geistiges Leben in Königsberg

Berlin – Das Deutsche Kulturforum östliches Europa veranstaltet am 4. Juni um 17 Uhr im Berliner Brecht-Haus, Chausseestraße 125, den Themenachmittag „Königsberg philosophisch & literarisch“. Im Zentrum zweier Vorträge stehen Kant und E.T.A. Hoffmann. Der Eintritt ist frei. Internet: www.kulturforum.info tws

URANBERGBAU

Möglicherweise eine „Ewigkeitsaufgabe“

Vor 75 Jahren wurde die Wismut AG gegründet – Ein Ende der Folgen ist nicht absehbar

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Rundblick von der Festung Königstein im Herzen des Elbsandsteingebirges wirkt nahezu perfekt. Nur im Südosten wird das Idyll durch einen Schandfleck gestört. Das ist die Halde im Schlüsselgrund, welche zu den Hinterlassenschaften des Uranbergbaus in der Region zählt.

Der begann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, weil die Sowjetunion dringend Uran für ihr Atombombenprogramm benötigte, aber noch keine Fördermöglichkeiten im eigenen Lande sah. Also schickte Moskau Suchtrupps nach Sachsen, wo der Freiburger Hüttenkundler Carl Schiffner zu Beginn des 20. Jahrhunderts vielversprechende Mineralvorkommen lokalisiert hatte. Und die Sowjetgeologen wurden auch bald fündig. Daraus resultierte ein Beschluss des Moskauer Ministerrates vom 29. Juli 1946 zur Umbenennung der sogenannten Gewinnungs- und Erkundungsgruppe in Sächsische Bergbauverwaltung des Ministeriums des Innern der UdSSR. Diese sorgte dafür, dass bis Ende 1946 bereits die ersten 15,7 Tonnen Uran aus der Region um Johanngeorgenstadt und Schneeberg nach Osten gingen.

Gesundheitliche Belastungen

Im Mai des folgenden Jahres befahl die sowjetische Militäradministration die Übergabe der sächsischen Bergbaubetriebe als Reparationsleistung. Daraufhin wurde am 4. Juni 1947 eine in Aue sitzende deutsche Zweiggesellschaft der in Moskau sitzenden staatlichen Aktiengesellschaft der Buntmetallindustrie namens „Wismut“ gegründet. Diese entwickelte sich schnell zum größten Uranlieferanten der Sowjetunion, die im August 1949 ihre erste eigene Atombombe zu zünden vermochte. Dafür waren vor allem zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen konnte der außergewöhnlich hohe Arbeitskräftebedarf der Wismut AG von ungefähr 200.000 Beschäftigten problemlos durch Zwangsverpflichtungen gemäß dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar 1946 gedeckt werden. Zum anderen erfolgte eine Ausdehnung der Bergbauaktivitäten des Unternehmens nach Thüringen und in andere Bereiche Sachsens.



Die UdSSR erhielt den Rohstoff, Deutschland blieb die Belastung: Uran-Abraum-Halden in Drosen bei Ronneburg

Foto: pa

Ende 1950 stammten sechs Zehntel des von der UdSSR benötigten Urans aus der nunmehrigen DDR. Der Rest kam aus der Tschechoslowakei, Polen, Bulgarien sowie nun auch der Sowjetunion selbst.

Zum 1. Januar 1954 wurde die Wismut AG in die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut umgewandelt, die bis zum 1. Januar 1991 existierte. In der Zeit ihres Bestehens ab 1947 lieferte die Aktiengesellschaft insgesamt 216.300 Tonnen hochkonzentriertes Uran, für die rund 200 Millionen Tonnen Erz zutage gefördert werden mussten.

Der Abbau des strategisch wichtigen Rohstoffes erfolgte vor allem an den Standorten Schneeberg, Schlema, Alberoda, Gera, Ronneburg, Königstein, Culmitzsch, Zobes, Bergen, Freital, Dresden-

Gittersee, Johanngeorgenstadt und Pöhl. Zur Weiterverarbeitung standen zwei große Aufbereitungsanlagen in Crossen und Seelingstedt zur Verfügung. Wirtschaftlich war das Ganze nie.

Finanzielle Belastungen

Das stellte eine schwere Belastung für die DDR dar, welche die Hälfte des Aktienkapitals der SDAG von zwei Milliarden Ostmark bereitzustellen hatte. Die Zuschüsse zur Sicherung des Betriebs der Gesellschaft beliefen sich auf weitere 25 Milliarden DDR-Mark.

Dazu kamen massive Umweltschäden durch die giftigen Rückstände der Uran-Aufbereitung. Die kontaminierten am Ende eine Fläche von rund 3700 Hektar. Des Weiteren hinterließ das Bergbauunter-

nehmen Schlammteiche mit einem Volumen von über 160 Millionen Kubikmetern und gigantische, landschaftsverunstaltende Abraumhalden aus 310 Millionen Kubikmetern totem Gestein. Außerdem verursachte der oberflächennahe Uranabbau folgenschwere Bodenabsenkungen. So sackten Teile von Schlema um zwölf Meter in die Tiefe, und das historische Zentrum von Johanngeorgenstadt wurde regelrecht verwüstet.

Von den vor allem in der Anfangszeit der Gesellschaft vielfach zwangsverpflichteten Bergleuten starben mindestens 772 bei Arbeitsunfällen. Gegen weitere 70 Beschäftigte erließ die Sowjetjustiz Todesurteile wegen angeblicher Spionage beziehungsweise Sabotage oder „Erzschmuggels“. Ansonsten litten 1989 über

20.000 ehemalige Wismut-Kumpel unter Silikose oder Lungenkrebs. Im Zeitraum von 1991 bis 2011 zahlte die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) an die Betroffenen eine Milliarde Euro an Entschädigungen.

Ökologische Belastungen

Dies resultierte daraus, dass die alleinige Verantwortung für die Gesellschaft und deren ehemalige Mitarbeiter sowie die ökologischen Altlasten des Uranbergbaus in Thüringen und Sachsen mit der Vereinigung auf die Bundesrepublik übergegangen war. So sah es ein deutsch-sowjetischer Staatsvertrag vom 16. Mai 1991 vor, der am 20. Dezember des Jahres in Kraft trat und die Übertragung der Aktienanteile der UdSSR an den deutschen Staat vorsah. Acht Tage zuvor hatte der Bundestag das „Wismut-Gesetz“ beschlossen, das die Umwandlung der SDAG in das bundeseigene Sanierungsunternehmen Wismut GmbH regelte. Um an den Wismut-Standorten wieder akzeptable Lebens- und Umweltverhältnisse zu schaffen, wendete der deutsche Staat bislang mehr als sieben Milliarden Euro auf.

Dem standen nur noch geringe Einnahmen aus dem Verkauf der restlichen Uran-Bestände sowie dem Entsorgungsbergbau gegenüber. Dessen Zweck war die Minimierung der Kontaktflächen zwischen den Erzgängen und dem Wasser zur finalen Flutung der Schächte. Die Wismut GmbH förderte noch einmal 3089 Tonnen Uran und erlöste damit etwa 67 Millionen Euro. Die letzte kommerzielle Uranlieferung verließ den Standort in Königstein am 1. Juni 2021. Sie ging an die tschechische Niederlassung der US-Firma Nuclear Fuels Corporation. Seither gehört Deutschland nicht mehr zum Kreis der Uran produzierenden Staaten.

Noch bis 2050 sind Finanzmittel für die Sanierung eingeplant. Allerdings wird das weltweit beispiellose Unterfangen der Wismut-Sanierung – so zum Beispiel auf dem Gebiet der Grundwassersicherung – wohl auch danach noch fortgesetzt werden müssen und den deutschen Steuerzahler weiter Geld kosten. Manche Experten, wie der Leiter des Museums für Uranerzbergbau in Bad Schlema, Hermann Meinel, sprechen hier sogar von einer „Ewigkeitsaufgabe“.

DEUTSCHER KOLONIAALKRIEGER-BUND

Als die Kolonien weg waren, kam der DKKB

Vor 75 Jahren wurde auf einer Kolonialkriegertagung in Halle der Bund mit Sitz in Leipzig aus der Taufe gehoben

Ab 1889 begann das Deutsche Reich zur Verteidigung seiner wenige Jahre zuvor erworbenen Kolonien außer Polizeikräften auch Schutztruppen zu errichten. Ab 1896 bildeten diese neben dem Heer und der Marine eine eigene dritte Teilstreitkraft. Veteranen aus deren Reihen gründeten im selben Jahr in Berlin einen ersten „Verein ehemaliger Kameraden der afrikanischen Schutztruppen“.

Bald folgten in Städten wie Düsseldorf, Hamburg oder Nürnberg weitere Vereine dieser Art, die jedoch zunächst unabhängig voneinander agierten. Erst ab 1907 kam es zu überregionalen Treffen und gemeinsamen Jahrestagungen der kolonialen Kriegervereine, die bis 1913 deutschlandweit auf 67 angewachsen waren. Im Jahr darauf brach der Erste Weltkrieg aus, sodass die Aktivitäten ruhten. Erst nach dessen Ende, das für das Deutsche Reich den Verlust seiner Kolonien

bedeutete, trafen sich im Juni 1921 Delegierte aus den verschiedenen Ortsverbänden mit dem Ziel, diese alsbald unter einem Dachverband zusammenzuschließen. Dreimal tagte ein diesbezüglicher vorbereitender Ausschuss, dann war es vor 100 Jahren so weit.

Kolonialkriegertagung in Halle

Für den 10. und 11. Juni 1922 wurde eine gemeinsame Kolonialkriegertagung in Halle anberaumt, und auf der wurde der Deutsche Kolonialkrieger-Bund (DKKB) mit Sitz in Leipzig aus der Taufe gehoben. Zum Präsidenten wurde Generalmajor a. D. Georg Maercker (1865–1924) gewählt, Vizepräsident wurde der eigentliche Initiator der Bewegung, Hauptmann a. D. Hermann Lowe (1879–1942), und Oberstleutnant a. D. Julius von Boemcken (1873–1958) wurde mit der Geschäftsführung betraut. Wenige Monate später, im Sep-

tember 1922, trat der DKKB der neu gegründeten Kolonialen Reichsarbeitsge-



Georg Maercker um 1920

FOTO: WIKIMEDIA

meinschaft (KORAG) bei, einem Zusammenschluss der kolonialen Vereine.

Die jährlichen Tagungen des DKKB erfolgten stets in einer anderen Stadt und berücksichtigten dabei alle Regionen des Deutschen Reiches. Bald gab es mehr als 100 Ortsverbände mit insgesamt über 5000 Mitgliedern. Dem schon zu Silvester 1924 verstorbenen Präsidenten Maercker folgte Generalleutnant a. D. Franz Ritter von Epp (1868–1947) im Amt nach. Dieser wurde 1933 Reichsstatthalter von Bayern und im Jahr darauf auch Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP.

Am 12. Mai 1936 wurde auch die Kolonialbewegung gleichgeschaltet. Alle bisherigen kolonialen Verbände lösten sich auf und wurden in einem nationalsozialistisch ausgerichteten Deutschen Reichskolonialbund (RKB) zusammengefasst, mit dessen Führung man Epp, seit 1935 General der Infanterie, beauf-

tragte. Lediglich der Deutsche Kolonialkrieger-Bund blieb innerhalb des neuen Bundes bestehen und konnte sich noch für einige Zeit eine gewisse Unabhängigkeit bewahren, ehe er im Oktober 1938 als Traditionsbund dem NS-Reichskriegerbund untergeordnet wurde. Epp blieb weiterhin Bundesführer des DKKB, der bisherige Bundesgeschäftsführer Boemcken fungierte jetzt als Stabsführer.

Am 26. Januar 1943 erging durch den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, ein Befehl Adolf Hitlers, bis zum 15. Februar des Jahres jede kriegsunwichtige Tätigkeit einzustellen. Das betraf auch den Reichskolonialbund. Die Verhandlungen zogen sich noch einige Wochen hin, aber am 1. April 1943 hatte auch der RKB und mit ihm der DKKB die längste Zeit existiert. Letzterer zählte am Ende 12.000 Mitglieder in 190 Ortsverbänden.

Wolfgang Reith

VON WOLFGANG
MÜLLER-MICHAELIS

Man sagt, Geschichte wiederhole sich nicht. Aber es gibt Konstellationen, die ähnlich gelagert zu gleichen Ergebnissen führen können. So hat der aktuelle Ukrainekrieg durchaus das Zeug zu einem Verlauf, den ganz ähnlich ein Waffengang vor hundert Jahren genommen hat, jener polnisch-russische Krieg von 1919 bis 1921, bei dem es ebenfalls um die Ukraine ging. In beiden Konflikten standen und stehen sich die Kontrahenten in einem David-Goliath-Verhältnis gegenüber. Und beide Male trumps David mit überraschender Kampfeskraft auf. 1921 besiegten die von Frankreich unterstützten Polen im „Wunder an der Weichsel“ die noch in die Nachwirren der Oktoberrevolution verstrickten Russen, dieses Jahr leisten die Ukrainer den Russen einen derart heftigen Widerstand, dass diese ihre Pläne eines raschen Durchmarsches aufgeben mussten.

Polnisch-Sowjetischer Krieg

Ist es das Aufbegehren des Kleineren gegen den Größeren, das den hundert Jahre zurückliegenden Krieg mit dem aktuellen verbindet, so unterscheiden sich beide darin, dass die Ukraine heute aktiv handelnde Kriegspartei ist, während sie 1919 bis 1921 Streitobjekt war, um das Polen und Russen miteinander in Schlachten rangen, an die keine der beiden Seiten gern erinnert werden mag, weshalb sie auch als der „vergessene Krieg“ in die Geschichte eingegangen sind.

De Gaulle und Stalin

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 waren für Polen zwei Jahrhunderte der Fremdherrschaft und der Teilungen zu Ende gegangen. Bei allem Stolz, mit dem die Gründung der Republik am 11. November 1918 gefeiert wurde, war der dadurch erweckte nationale Überschwang auf höhere Ziele gerichtet. Gegenüber allen Nachbarn im Westen, Süden und Osten zeichnete sich die junge Republik unter ihrem Staatschef General Józef Piłsudski durch aggressives Verhalten aus, was besonders die Deutschen und Tschechoslowaken, vor allem aber die Russen zu spüren bekamen, die sich nach dem Sturz des Zarenreiches auf dem Weg zur Sowjetunion befanden, die erst 1922 ihre Gründung erleben sollte. Der überraschende Sieg der Polen über die Russen, der im sogenannten Rigaer Frieden besiegelt wurde, war auch einem Geheimabkommen Polens mit Frankreich zu verdanken, das Generalstabsplanung und Waffenlieferungen zum Inhalt hatte. Der damals 30-jährige Major Charles de Gaulle und der Rote-Armee-General Josef Stalin standen sich im Kampf an der Weichsel gegenüber.

Polen wächst nach Osten

Russland hatte im Friedensvertrag Gebietsabtretungen zu leisten, die das gerade neu erstandene Polen noch einmal um 300 Kilometer nach Osten erweiterte, wobei es sich um die Westukraine, Westweißrussland und große Teile Litauens handelte. Das Konfliktpotential, das mit dem Rigaer Frieden für spätere Auseinandersetzungen angelegt war, trug vor allem einen Namen: Stalin. Er war in Moskau für die erste spektakuläre Niederlage der Roten Armee nach der Revolution verantwortlich gemacht worden, was Rachegefühle auslöste, die im späteren Verlauf Entwicklungen von welthistorischer Brisanz zur Folge haben sollten und die vor allem die Ukraine immer wieder in schicksalshafte Mitleidenschaft ziehen sollten.

Schrecken des Holodomor

Als erster Racheakt richtete sich Stalins Schlag gegen die sich der Kollektivierung der Landwirtschaft widrespenstig entgegenstellenden Ostukrainer. Im grausamen Holodomor von 1932 wurden vier bis fünf Millionen von ihnen dem Hungertod preisgegeben. Als Akt Nummer zwei nutzte Sta-



Prägendes Trauma: Das Denkmal des Mädchens mit Weizen erinnert zusammen mit dem Nationalen Museum der Hungersnot und des Genozids in Kiew an den Holodomor – und damit an eine besonders grausame Zeit der ukrainischen Geschichte Foto: pa

UKRAINE

Das Geheimnis einer Selbstbehauptung

Durch sieben Konflikte beziehungsweise Ereignisse wurde das leidgeprüfte Land in den letzten hundert Jahren gestählt

lin, wie im deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag verabredet, Adolf Hitlers Einmarsch in Polen im September 1939, um sich jene Gebiete zurückzuholen, für deren Verlust er 1921 verantwortlich gemacht worden war: die Westukraine, Westweißrussland und große Teile Litauens. Racheakt Nummer drei galt als ewiger Denkmittel für den Landraub von 1921 an die polnische Elite. 25.000 Offiziere, Akademiker und Großgrundbesitzer wurden 1940 sowohl in den Wäldern des polnischen Katyn als auch in der Ukraine und in Weißrussland auf Stalins Befehl erschossen.

Russischer Gegenangriff

War die Ukraine im Zweiten Weltkrieg gleich zu Beginn zum Opfer der Sowjetunion geworden, sollte die Kriegsfurie im weiteren Kriegsverlauf noch zweimal unter wechselnder Herrschaft über sie hinwegziehen. Beim Russlandfeldzug von 1941 waren die Deutschen zunächst noch als Befreier von sowjetischer Gewaltherrschaft begrüßt worden, das Massaker an den ukrainischen Juden in den Schluchten von Babyn Jar belehrte die Ukrainer aber bald eines Schlechteren.

Russische Annexion der Krim

Von den Territorien, auf denen der Zweite Weltkrieg wütete, war die Ukraine eines der meist umkämpften, gehörten ihre Bewohner zu den am brutalsten in Mitleidenschaft gezogenen, weshalb sie in der US-amerikanischen Historiografie zu den exemplarischen „Bloodlands“ wurden. Die russische Gegenoffensive, welche die deutsche Wehrmacht nach Westen zurücktrieb und 1944 die Ukraine und Polen im Verein mit sämtlichen osteuropäischen

Staaten dem sowjetrussischen Imperium für fast ein halbes Jahrhundert unterwarf, sollte zum dritten Akt der Weltkriegs- und Folgetragödie werden. Was Wunder, dass der durch dieses unablässige Stahlbad an Grausamkeiten und Leiden abgehärtete Menschenschlag jenen extremen Durchhaltewillen im immerwährenden Überlebenskampf entwickelte, der heute in der



FOTO: DAVID SHANNONE

„Wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren“

Henry Kissinger
US-Außenminister
von 1973 bis 1977

gesamten westlichen Welt mit Verwunderung registriert wird.

Dass siebzig Jahre nach der Rückeroberung durch die Rote Armee, ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer, der den Zerfall der Sowjetunion zur Folge hatte, und eineinhalb Jahrzehnte nach den Jugoslawienkriegen die Zeiten des Krieges mit der Annexion der Krim durch Russland 2014 nach Europa zurückkehrten und acht Jahre später durch eine weitergefasste militärische Aggression noch dunkler wurden, hat nicht nur die kriegsgewohnten Ukrainer in einen Schockzustand versetzt. Die mittelbar mitbetroffene EU und die westliche Staatengemeinschaft, militärisch im NATO-Bündnis vereint, sinnenseither auf einen Modus Vivendi, der den Weg zurück zu einem geregelten Miteinander in Europa öffnen könnte.

Ukrainekrieg

Er wird nach menschlichem Ermessen und unter Berücksichtigung der geopolitischen „fundamentals“ am Ende des Tages nur dort zu finden sein, wo die existentiell grundlegenden Interessen der Konfliktparteien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind: sowohl die nationale Integrität der Ukraine durch internationale Garantien zu sichern als auch Russland jenen Cordon sanitaire zuzugestehen, der seinem Großmachtanspruch Genüge tut. Den Lösungsansatz dazu hat der frühere US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger bereits 2014 in der „Washington Post“ formuliert: „Wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren.“

PRINZESSIN ALIX

Nikolaus’ II.
deutsche Frau

Alix von Hessen-Darmstadt wird als ruhig, schüchtern, scheu und tief religiös geschildert. Ein Zusammenhang drängt sich damit auf, dass dieses am 6. Juni 1872 im Neuen Palais in Darmstadt geborene Menschenkind bereits in früher Kindheit ein schwerer Schicksalsschlag traf. Das sechste Kind und die vierte Tochter von Großherzog Ludwig IV. von Hessen und bei Rhein sowie dessen Ehefrau Alice von Großbritannien und Irland, der zweitältesten Tochter Königin Victorias, verlor im siebten Lebensjahr die an Diphtherie erkrankte Mutter. Mit 20 nahm ihr ein Schlaganfall auch noch den Vater.

1884 lernte sie auf der Hochzeit ihrer älteren Schwester Elisabeth mit dem Großfürsten Sergej Romanow dessen Neffen Nikolaus, ältester Sohn von Zar Alexander III. und designierter Thronfolger, kennen. Die beiden fanden Gefallen aneinander.

Gegen die Verbindung war die Mutter des Zarewitsch. Die Tochter des Dänenkönigs Christian IX. nahm den Deutschen übel, dass sie ihrem Vater nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 Schleswig-Holstein genommen hatten. Trotzdem wurde 1894 geheiratet.

Die Ehe verlief glücklich. Aber die Rahmenbedingungen waren ungünstig. Unbeschwerte Jahre als Kronprinzenpaar waren den beiden nicht vergönnt. Die Hochzeit war überschattet durch den Tod des Zaren wenige Wochen zuvor und die Krönungsfeierlichkeiten durch eine als schlechtes Omen gewertete Massenpanik mit Tausenden von Toten und Verletzten.

Nicht nur die bei den Russen beliebte deutschfeindliche Schwiegermutter erschwerte Alix die Ankunft in der Heimat ihres Mannes. Die Russen wurden mit ihr nicht warm und sie nicht mit ihnen.

Nach drei Töchtern kam 1904 endlich ein Sohn zur Welt, doch der war



FOTO: IMAGO/ARND

Vor 150 Jahren geboren: Alix

wie diverse Männer in Alix’ Familie Bluter. Die Verzweiflung ließ Alix und mit ihr auch ihren Ehemann unter den Einfluss von Rasputin gelangen, der auf bis heute nicht restlos geklärte Weise das Leiden des Jungen zu lindern verstand. Rasputins Lebenswandel destabilisierte die kaiserliche Autorität im Land.

Der Ausbruch des Krieges gegen Deutschland 1914 erschwerte die Stellung der deutschen Prinzessin zusätzlich. Dies wog umso schwerer, als ihr Mann 1915 an die Front reiste, um selbst das Kommando über seine Armee zu übernehmen, und sie ihn in der Hauptstadt vertreten musste.

In der Revolutionszeit teilte sie das Schicksal ihres Mannes. Zusammen wurden sie entmachtete, mit ihren Kindern arretiert und dann am 17. Juli 1918 allesamt von Bolschewiki in Jekaterinburg erschossen. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Jahrzehntelang galt die Globalisierung als Garant für Wachstum und Wohlstand. Die Konsumenten profitierten von einem gigantischen Warenangebot zu günstigen Preisen, und die Unternehmen fuhren immer größere Gewinne ein, weil sie ihre Kosten kontinuierlich verringern konnten. Globalisierungskritiker, die davor warnten, dass dies nicht ewig so weitergehen könne, wurden verlacht. Die aus der linken Ecke wegen ihrer vermeintlichen ökonomischen Naivität, und die eher Rechtsgerichteten wegen ihres Glaubens an sogenannte Verschwörungstheorien rund um die Machenschaften des internationalen Kapitals.

Dann freilich ereignete sich das, was der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, Eric Gujer, kürzlich sehr treffend als „Super-Zeitenwende“ bezeichnete: Zuerst kam die Zäsur durch die Corona-Krise und dann führte der russisch-ukrainische Krieg zu einer weiteren grundstürzenden Erschütterung aller bisherigen volks- und betriebswirtschaftlichen Gewissheiten.

Unternehmen mussten ihre Produktion drosseln, wenn nicht gar einstellen, weil die globalen Lieferketten rissen oder die Transportkosten explodierten. Jahrzehntlang war der Container das Symbol einer prächtig prosperierenden Weltwirtschaft und grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten, doch plötzlich herrschte Mangel an diesen allgegenwärtigen Frachtbehältern, während sich der Preis für deren Verschiffung, die Frachtraten, binnen kürzester Zeit verzehnfachte. Nicht nur entbehrliche Luxusgüter, sondern auch unverzichtbare Artikel der Daseinsvorsorge wurden knapp, weil sie aus dem Ausland stammten, wo man nun mehr oder minder unverhohlen auf knallharten nationalen Egoismus setzte.

Eben noch närrische Utopie

Und plötzlich mutierte China, die „Werkbank der Welt“, zur globalen Wachstumsbremse und zum wirtschaftlichen Stabilitätsrisiko. Deshalb plant jetzt jedes fünfte deutsche Unternehmen, seine Produktion wieder komplett in die Bundesrepublik zurückzuverlagern beziehungsweise auf Zulieferer im eigenen Lande zu setzen, und die Firmenlenker in anderen Staaten des Westens hegen meist ganz ähnliche Ambitionen. Hierdurch wurde ein Prozess eingeleitet, der bis vor Kurzem noch als närrische Utopie galt. Man bezeichnet ihn als Deglobalisierung. Dabei kommt es zur Abwicklung der internationalen Wirtschaftsverflechtungen und zu einem Ende der unbeschränkten Weltmarktorientierung.

Kennzeichen der Deglobalisierung sind vor allem der ökonomische Nationalismus und der Finanzprotektionismus. Investitionen im Ausland werden reduziert, stattdessen kann sich die einheimische Wirtschaft über staatliche Subventionen freuen, mit denen die Erwartung verknüpft ist, dass es innerhalb der eigenen Grenzen besser floriert als je zuvor. Gleichzeitig trachten die Regierungen danach, den Wert ihrer Währungen durch eine lockere Geldpolitik zu drücken, um so den Export anzukurbeln.

Es winken auch Vorteile

Weitere Zauberwörter sind „Reshoring“ und „Diversifizierung“. Im ersteren Fall wird damit der Prozess der Rückführung der Produktionskapazitäten aus Fernost und anderen weit entfernten Regionen bezeichnet, im zweiten Fall geht es um das Beibehalten der internationalen Arbeitsteilung – bei gleichzeitiger Suche nach neuen Partnern, um die mittlerweile in vielen Sektoren entstandenen De-facto-Monopole von Staaten wie China aufzubrechen.

Diese Deglobalisierung hat unbestreitbare Vorteile. So führt die Diversifizierung wieder zu mehr Wettbewerb. Und kurze Lieferketten sind im Normalfall



Grenzenloser Welthandel in der Krise: Hochgeklappte Container-Brücken im Hamburger Hafen

Foto: Ullstein

WIRTSCHAFT

Deglobalisierung: Wie eine Welt zerfällt

Mit der Lockdown-Krise und dem Ukrainekrieg ist das jahrzehntelange Erfolgsmodell eines immer enger verzahnten Welthandels in die Krise geraten – mit tiefgreifenden Folgen, besonders für Deutschland

Sollte das
beständige Streben
der Unternehmen
enden, dort
einzukaufen und zu
produzieren, wo es
am billigsten ist,
kommt es zu einem
unaufhaltsamen
Preisanstieg

auch deutlich stabiler, weil es weniger potentielle Störfaktoren gibt. Selbiges trägt ebenso zur Erhöhung der Versorgungssicherheit bei wie die Produktion von lebensnotwendigen oder strategisch unverzichtbaren Gütern im eigenen Lande. Das alles wiederum stärkt die Widerstandskraft, die Resilienz, von Wirtschaft und Gesellschaft gegen Krisen an anderen Orten der Welt und andere Herausforderungen von außen.

Preise schießen schon jetzt hoch

Hierzu schrieb der einflussreiche bulgarische Politologe und Verfechter eines Europas der Nationen, Ivan Krastev, mit Blick auf die Auswirkungen des Ukrainekrieges: „Wir gehen vom Zeitalter der sanften Macht ins Zeitalter der Resilienz über. Die sanfte Macht war die Strategie des Westens, seine Attraktivität als Waffe einzusetzen. Resilienz ist die Fähigkeit liberal-demokratischer Gesellschaften, andere daran zu hindern, ihre Verwundbarkeit als Waffe gegen sie einzusetzen.“ In diesem Zusammenhang könnte die Deglobalisierung auch zu einem größeren Zusammenhalt der Staaten der westlichen Welt beziehungsweise Europas führen.

Dem steht allerdings eine ganze Reihe von Risiken und Nachteilen gegenüber. Exportnationen wie Deutschland als bisherige Hauptprofiteure der Globalisierung müssten erhebliche Einbußen hinnehmen. Deshalb meinte Bundeskanzler Olaf Scholz unlängst auch beschwörend: „Wir brauchen globalen Wettbewerb und keine Deglobalisierung.“

Hier liegt es auf der Hand, dass die Kosteneffizienz sinkt, was wiederum Auswirkungen auf die Produktionszahlen und somit das Warenangebot haben dürfte. Ganz abgesehen von den Preisen, die zu-

mindest kurz- und mittelfristig nach oben schießen werden – wie bereits jetzt in der noch recht zaghaften Vorphase der Deglobalisierung. Wenn sich Volkswirtschaftler über einen Effekt der weltweiten ökonomischen Entflechtung einig sind, dann ist das die Ankurbelung der Inflation. Sollte das beständige Streben der Unternehmen enden, dort einzukaufen oder zu produzieren, wo es am billigsten ist, dann kommt es zu einem unaufhaltsamen Preisanstieg, obwohl der Anteil der Transportkosten sinkt.

Autokraten könnten profitieren

Und in politischer Hinsicht könnte die Deglobalisierung mit ihrer Tendenz zur nationalen Autarkie eine neue Blütezeit der Autokratie einläuten: Abgeschottete Wirtschaftsräume bringen oftmals Alleinherrscher hervor, die mit Demokratie und Liberalismus nur sehr wenig anzufangen

wissen. Ganz abgesehen davon, dass die Deglobalisierung nicht vor neuen Abhängigkeiten bewahrt. Sei es aufgrund der Bindung an eigensüchtige Partner im näheren Umfeld oder der Unmöglichkeit, jedwede lange und fragile Lieferkette durch eine kürzere und stabilere zu ersetzen, weil es einfach keine Alternativen gibt.

Vor diesem Hintergrund stehen die Wirtschaftslenker jetzt vor der Aufgabe, den Prozess der Deglobalisierung, so eine solche denn angestrebt wird, dergestalt zu steuern, dass die Vorteile überwiegen und die Nachteile möglichst wenig zum Tragen kommen. Beispielsweise müssten Staaten wie Deutschland künftig eine aktivere Industriepolitik betreiben.

Mutige Reformen im Innern nötig

Hierzu gehören die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur sowie einer leistungsfähigen wirtschaftsfreundlichen öffentlichen Verwaltung, strategische Regulierungen zum Abbau von unnötigen rechtlichen Hemmnissen, staatliche Beteiligungen an riskanten Großinvestitionen und die konsequente Verhinderung von Firmenübernahmen durch ausländische Konzerne sowie auch der Abwanderung von Schlüsselunternehmen ins Ausland. Darüber hinaus bedarf es maximaler Anreize zur Innovation und einen verschärften internen Wettbewerb. Die Förderung von einheimischen Zombie-Unternehmen, die nicht konkurrenzfähig sind, aber aus sozialpolitischen Erwägungen am Leben gehalten werden, wäre hier vollkommen kontraproduktiv.

Von zentraler Bedeutung für eine fruchtbringende Deglobalisierung ist zudem die Automatisierung beziehungsweise Robotisierung der Produktion. Ohne

diese führt das Reshoring aus Billiglohnländern in die Sackgasse, weil der demographisch bedingte Fachkräftemangel im Westen fatale Lohn-Preis-Spiralen in Gang setzen und die Inflation noch weiter anheizen würde. Andererseits benötigt man hierbei aber Augenmaß, damit es nicht zu gesellschaftlichen Verwerfungen durch die übermäßige Freisetzung von Beschäftigten kommt.

Chip-Offensive von EU und USA

Auf jeden Fall ist der Grat zwischen der wohlüberlegten Selbstversorgung unter Nutzung der einheimischen Ressourcen und einer sozioökonomisch nachteiligen Autarkiepolitik reichlich schmal. Deshalb sind Hals über Kopf gestartete Aktionen oder ideologisch gesteuerte Umgestaltungsversuche schädlich. Alternativen zur Deglobalisierung gibt es jedoch keine, weil künftig weitere und möglicherweise noch schwerere Globalisierungskrisen drohen.

So könnten glatte 90 Prozent des weltweiten Angebots an Halbleitern wegfallen, wenn sich die Volksrepublik China entschließen sollte, einen Krieg anzuzetteln, um die „abtrünnige“ Insel Taiwan wieder dem „Reich der Mitte“ anzugliedern. Denn dieser Konflikt hätte sicher massive Produktionsausfälle auf Seiten des Opfers und Boykotte gegen den Aggressor zur Folge. Deshalb will der US-Kongress jetzt auch 50 Milliarden Dollar an Steuergeldern in die Stärkung der Halbleiterindustrie der Vereinigten Staaten investieren, während die Europäische Union gleichfalls ein gigantisches Subventionspaket geschnürt hat, damit der Anteil der EU-Staaten an der weltweiten Chip-Produktion bis 2030 von derzeit neun auf 20 Prozent steigt.



LO-FRÜHLINGSSEMINAR

Endlich wieder im „realen Leben“

In Neidenburg fand die aktuelle Veranstaltung für die mittlere Generation der Deutschen Minderheit statt

VON UWE HAHNKAMP

Das Frühjahr kommt und mit ihm das Frühlingssseminar, das die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) für die mittlere Generation der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen organisiert und finanziert. In diesem Jahr fand es am Wochenende 21./22. Mai statt – erstmals nach Corona wieder „im wahren Leben“. Geographisch konzentrierte sich die Veranstaltung auf den Kreis Neidenburg.

Während bei den früheren Treffen die Besichtigung von Gutshäusern und Schlössern in einem weiteren Umkreis großen Raum einnahm, blieb es in diesem Jahr lokaler. Das tat aber der Intensität von Begegnung, Diskussion und Wissenserwerb keinen Abbruch, eher im Gegenteil. Die 30 Teilnehmer der Neidenburger Ausgabe des Frühlingssseminars hatten ein dichtes Programm, das sie von sich aus mit Leben füllten und genossen. Einquartiert waren die Mitglieder der Deutschen Minderheit in Hohenstein, Allenstein, Lötzen, Osterode, Preußisch Holland und Neidenburg zentral in der Deutschordenburg in Neidenburg, die neben musealen und Veranstaltungsräumen auch ein Hotel beherbergt.

Wissen zur Stadt und der Deutschen Minderheit

Noch vor der Einquartierung gab es am ersten Tag eine Besichtigung der Burg mit einem eloquenten und wissensreichen Führer, an die sich ein Rundgang durch das Stadtzentrum von Neidenburg anschloss. Neben Burg, Kirche und Rathaus war auf dem Marktplatz unter anderem die Statue eines jungen Nachtwächters mit zwei jungen Hunden ein Blickfang. Er soll für seinen übermüdeten Vater eingesprungen sein, aber mit dem Stab zum Anzünden der Gaslaternen diese nicht erreicht haben.

Solche kleine Informationen machten die Führung von Sabina Regula sehr lebendig, die darüber hinaus am Nachmittag als Vorsitzende der Neidenburger



Teil des Ausflugsprogramms: Besuch des Friedhofs in Orlau

Foto: U. H.

Gesellschaft der Deutschen Minderheit in deren Räumen unterhalb der Burg die Tätigkeit ihres Vereins vorstellte. Besonders lebhaft wurde es im Anschluss bei einem Blick in die Zukunft. Michał Schlueter, der die regionale Deutsche Minderheit im Vorstand des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) repräsentiert, brachte den Teilnehmern die Strukturen der Minderheit näher.

Aus dem Gespräch über die Vor- und Nachteile des aktuellen Aufbaus entwickelte sich eine rege Diskussion darüber, wie sich die Aktivitäten von voraussichtlich immer weniger Mitgliedern in Zukunft effektiv organisieren lassen. Interessant war der Meinungsaustausch auch deshalb, weil beim VdG ein Führungswechsel und eine Strategiedebatte für die kommenden Jahre anstehen, die am 28. Mai bei der Wahlversammlung auf dem Sankt Annaberg in Schlesien in Angriff genommen werden.

Die Themen aus diesem Diskussionspanel fanden ihren Weg auch in den abendlichen Gedankenaustausch, wobei der Sonnabend-Abend traditionell eher der Integration der Mitglieder der einzelnen Gesellschaften und dem gegenseitigen Kennenlernen gilt. Denn gerade beim Frühlingssseminar tauchen immer wieder neue Gesichter auf – so auch in diesem Jahr. Entsprechend kurz war auch diesmal für einige Teilnehmer die Nacht vor dem ebenfalls traditionellen heimatkundlichen Ausflug am Sonntag.

Ziel waren zwei Friedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg nach der Schlacht bei Tannenberg, auf denen russische und deutsche Soldaten ruhen. Die Struktur ist jedoch denkbar unterschiedlich: Während der Friedhof in Skottau mit drei Terrassen und aus den lokalen Feldsteinen gestaltet ist, wirkt jener in Orlau in den Wald hineinkomponiert, beinahe künstlerisch angelegt. Der dritte geschichtliche Mosaikstein waren Bunker aus der Zeit des Zwei-

ten Weltkriegs, die im Landschaftsschutzgebiet des Kommusin südlich des Omulef-Sees zu finden sind.

Blick nach vorn und zurück

Hauptziel dieses abschließenden Programmpunkts war aber eine entspannende Wanderung durch ein schönes Stück Natur. Davor gab es zwei unerwartete Hindernisse zu überwinden: eine kurzzeitige Straßensperre, da die Feuerwehr einen Baum kappen musste, der auf die Straße zu fallen stürzte, und eine von einem Baum getroffene Stromleitung, die die Zufahrt zum Omulef-See blockierte. Doch weder von Umwegen noch von schmerzenden Füßen ließen sich die Teilnehmer des Frühlingssseminars stoppen. Ein würdiger Schlusspunkt für ein rundum gelungenes Seminar, das Damian Wierchowowski vom Büro der Landsmannschaft in Ostpreußen auf die Beine gestellt hatte. Der Beifall der Teilnehmer am Ende zeugte deutlich von ihrer Zufriedenheit.

KÖNIGSBERG

Ein Stück Normalität in der Pregelmetropole

Im gesamten Stadtgebiet wurden 14 Springbrunnen nach der Winterpause wieder in Betrieb genommen

Nach einem kalten Winter haben sich die Königsberger auf einen warmen Frühling gefreut. Und eines der unverzichtbaren Zeichen für die Ankunft des Frühlings ist die Eröffnung der Brunnensaison in der Pregelmetropole. Die Saison 2022 wurde mit der Einweihung des Puttenbrunnens, des ältesten Brunnens der Stadt, eingeleitet.

Die „Putten“ wurden 1908 von dem berühmten deutschen Bildhauer Stanislaus Cauer geschaffen und später der Stadt Königsberg gestiftet. Das Denkmal ist eine Komposition aus vier Engeln mit lockigem Haar, die sich an den Händen halten. Dieses Kunstwerk hat den Sturm auf Königsberg im Zweiten Weltkrieg überstanden. Im öffentlichen Raum der Stadt sind heute noch einige Skulpturen des Künstlers aus Stein, Bronze und Marmor erhalten geblieben, wie die Marmor-skulptur „Nach dem Bade“ oder das

„Herkulesrelief“ an der Hammerteichschleuse.

Nach dem Krieg wurde der Brunnen in den Innenhof des Hafenkrankenhau-



Alltag in der warmen Jahreszeit: Springbrunnen auf dem Platz neben dem Museum der Schönen Künste (dem ehemaligen Börsengebäude)

Foto: J.T.

ses versetzt und jahrzehntelang nicht mehr beachtet. Im Jahr 2010 wurde er an das Weltozeanmuseum übergeben und restauriert. Auf dem Gelände des Museums wurde dann auch die diesjährige Brunnensaison eröffnet. Insgesamt wurden 14 Fontänenanlagen in der Stadt in Betrieb genommen, die jeden Tag von 8 bis 23 Uhr angeschaltet sind. Unter anderem wurden die Springbrunnen am Denkmal der Kämpfenden Wisente, vier Springbrunnen auf dem Hansaplatz, einem in der Nähe des Denkmals von Mütterchen Russland, dem in der Nähe des Hauses der Künste, einer in der Nähe des Baltika-Stadions sowie der vor dem Schiller-Denkmal wieder in Betrieb genommen. Weitere Fontänen gibt es am Oberteich, im Park Luisenwahl und im Königsberger Tiergarten.

Im Haushalt der Stadt sind für dieses Jahr umgerechnet rund 167.000 Euro für

die Instandhaltung und Reparatur der Wasserspiele vorgesehen. In der Zeit zwischen dem 1. Mai und dem 30. September wird die Stadt die Brüstungen und Schalen der Brunnen reinigen und von Unrat befreien, die technischen Anlagen überprüfen sowie die Abwassersysteme und deren Reinigung untersuchen. Außerdem wird das Wasser mindestens einmal im Monat gewechselt und die Schalen von Schlamm und festen Gegenständen befreit.

167.000 Euro für die Instandhaltung

Nicht zu vergessen ist die Brunnenanlage auf dem Platz neben dem Museum der Schönen Künste (dem ehemaligen Börsengebäude), die ebenfalls bereits in Betrieb ist. Schon bald werden die farbigen Fontänen wieder von klassischer Musik aus den Lautsprechern begleitet werden.

Jurij Tschernyschew

● MELDUNGEN

Dietrichswalde wurde 670

Dietrichswalde – Das Dorf Dietrichswalde beging Ende Mai sein 670. Entstehungsjubiläum. Die Jubiläumsfeier begann mit einer feierlichen Sitzung des Gemeinderates. Weitere Ereignisse waren mit dem touristischen Charakter des Dorfes und mit seiner bedeutenden Geschichte verbunden. Aus Anlass des Jubiläums bewegten sich 67 Fußgänger auf der Trasse des St.-Jakobs-Zentrums in Allenstein nach Dietrichswalde. Am folgenden Tag fand ein Familienfest statt, währenddessen es zur Enthüllung von Gedenktafeln und von Bildern der Einwohner, eine Sport-Olympiade sowie eine Kirmes gab. Auf drei Scheunen waren viel beachtete Malereien aufgebracht, die historische Abbildungen aus dem Leben der Dorfbewohner zeigten. Die Arbeiten stammen von Arkadiusz Andrejkow, der ein Stipendium vonseiten des Ministeriums für Kultur und nationales Erbe für die Umsetzung des Projektes erhalten hatte. Seine Arbeiten kann man im Vorkarpatenland und nun in Dietrichswalde bewundern. PAZ

Sowjetbauten erhalten Klinker

Tilsit – Die in den 1980er Jahren errichteten vier- bis fünfstöckigen Sowjetbauten sollen verschönert werden. Seit Jahren ist eine Stiftung damit beschäftigt, deutsche Vorkriegsbauten, die teilweise als Kulturerbe anerkannt sind, zu sanieren. Nun sollen auch die Fassaden der dazwischen liegenden „Breschnew-Häuser“ verschönert werden. Die Fassade eines Hauses in der Heinrichswalder Straße und eines Plattenbaus in der Lindenstraße werden mit dunklem Klinker verziert. Das Konzept entwickelten die Architekten Arthur Sarnitz und Ilja Kiseljow. Es orientiert sich am Stil des Architekten Hans Hopp. Er war unter anderem von 1919 bis 1926 Architekt des Baubüros der Ostmesse Königsberg. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Braun, Rose-Maria, geb. Wilke, aus Stettin, Pommern, am 7. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Genzen, Erna, geb. Plietzka, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bertuleit, Martha, geb. Priekuln, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni
Dörr, Ruth, geb. Matzko, aus Lyck, am 3. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borries, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni
Kloss, Hannelore, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 3. Juni
Rebmann, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni
Schiwiora, Erika, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 8. Juni
Schmidt, Anna Elisabeth, geb. Tresp, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni
Vosgerau, Hildegard, geb. Meya, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Budweg, Ingrid, geb. Podlesch, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni
Denning, Lieselotte, geb. Synowski, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni
Ilbertz, Herta, geb. Reichert, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni
Jaritz, Elisabeth, geb. Böhm, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Thiede, Erika, geb. Hoffmann, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Alpers, Ilse, geb. Bandilla, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Brejora, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Juni

Gegner, Elsbeth, geb. Bobel, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 8. Juni
Schmidt, Irma, geb. Hoff, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 3. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartöck, Günther, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juni
Bialojan, Felix, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni
Both, Gertrud, geb. Jeromin, aus Ortelsburg, am 8. Juni
Bott, Gerda, geb. Sembritzki, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Auglitten, Kreis Lyck, am 4. Juni
Findeklee, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 23b, am 4. Juni
Lapschies, Werner, aus Ebenrode, am 9. Juni
Markert, Margarete, geb. Kutzborski, aus Neidenburg, am 7. Juni
Nath, Horst, aus Neidenburg, am 8. Juni
Olias, Herbert, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 4. Juni
Reinoss, Siegfried, aus Gailau, Kreis Lyck, am 6. Juni
Ruck, Walter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Sbresny, Heinrich, aus Rotwalde/Goldensee, Kreis Lötzen, am 7. Juni
Sillack, Margot, geb. Mikus, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Juni
Tauscher, Vera, geb. Grawitter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Wallat, Helmut, aus Sonnnau, Kreis Lyck, am 6. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behm, Ingrid, geb. Alex, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Borawski, Gerhard, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 9. Juni
Dürr, Sofie, geb. Merk, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Gritzka, Kurt, aus Lyck, Litzmannstraße 12, am 3. Juni
Jucknat, Günther, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Juni
Kobus, Otto, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Lottermoser, Ilse, geb. Ogorrek, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 4. Juni
Müller, Edith, geb. Pohl, aus Wilenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni

Näther, Brigitte, geb. Naraschewski, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Juni
Paul, Inge, geb. Schlemminger, aus Lissau, Kreis Lyck, am 6. Juni
Rohde, Reinhold, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
Thimm, Jürgen, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bilic, Lotte, geb. Romanowski, aus Millau, Kreis Lyck, am 8. Juni
Dunkel, Veronika, geb. Beck, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Fierke, Irmgard, geb. Zeranski, aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Gordon, Gisela, geb. Knisch, aus Lötzen, am 7. Juni
Hansen, Jens, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Juni
Harden, Edeltraut, geb. Soppa, aus Kielen, Kreis Lyck, am 9. Juni
Kolwe, Horst-Günter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. Juni
Kosowski, Willi, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Krüger, Irma, geb. Räse, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Liebetruth, Erika, geb. Breitmayer, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juni
Schwiderowski, Helene, geb. Renner, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Seigies, Edith, geb. Dübus, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berg, Fritjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Ehrenfried, Horst, aus Lyck, Lüdendorffstraße 12, am 3. Juni
Feyerabend, Ilse, geb. Schäfer, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 7. Juni
Gerden, Josef, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 3. Juni
Höfert, Gertrud, geb. Mallwitz, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Hörl, Irmgard, geb. Bahlo, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 5. Juni
Ouart, Waltraut, geb. Kasprik, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Rieck, Heinz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Juni

Ruppenstein, Dettmar Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Ruschenski, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni
Sakautzki, Herbert, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Scharfe, Hildegard, geb. Czieslick, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 7. Juni
Scheffler, Karin, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Juni
Sontowski, Elfriede, geb. Rast, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
Szostak, Hartmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 5. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Hilger, Inge, geb. Statz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Juni
Hoyer, Reno, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 5. Juni
Kirschnick, Karl, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juni
Marcinowski, Waltraud, aus Lyck, Yorkstraße 30, am 5. Juni
Milbrandt, Robert, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 7. Juni
Müller, Waltraut, geb. Galilea, aus Treuburg, am 6. Juni
Onischke, Anni, geb. Nitsche, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Petrikowski, Edith, geb. Kramer, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
Schröter, Hildegard, geb. Jelowik, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 3. Juni
Schwabe, Erich, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 6. Juni
Schwidererek, Herbert, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 8. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ackermann, Martin, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Buczykowski, Karl-Eitel, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juni
Galuschka, Mathilde, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. Juni
Jacobs, Annemarie, geb. Sauff, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Jakubowski, Dieter Bernd, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Juni
Kulcke, Prof. Dr. Richard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Kunz, Magdalene, geb. Klein, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 5. Juni
Kurschat, Ulrich, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Lojewski, Frank, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Markowski, Brigitte, geb. Szepan, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 4. Juni
Meyer, Karl, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 6. Juni
Mnich, Edeltraud, geb. Druba, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 7. Juni

Radelli, Ute, geb. Tummescheidt, aus Lyck, am 5. Juni
Rogalla, Lieselotte, geb. Kipar, aus Ortelsburg, am 5. Juni
Schmidt, Edelgard, geb. Orlowski, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 9. Juni
Wassenberg, Helga, geb. Korallus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Weihs, Helmut, aus Purgalken, Kreis Neidenburg, am 6. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Günther, Regina, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 5. Juni
Planko, Inge, geb. Zöllner, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 4. Juni
Powilleit, Günter, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Radmacher, Renate, geb. Müller, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Schiminski, Gert-Ulrich, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Heinrich, Werner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 8. Juni

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Dittchenbühne

Darsteller gesucht. Schon für die kommende Inszenierung sucht die Elmshorner Dittchenbühne drei Darsteller - die gemeinsam mit dem bestehenden, engagierten Team von ehrenamtlichen Theaterenthusiasten neue Stücke und neue Rollen erarbeiten wollen.

Gesucht werden talentierte männliche Darsteller mit einer Ader für die Bühne, sehr gern auch schon mit Theatererfahrung - einer im Alter von etwa 20 Jahren, die anderen beiden zwischen 40 und 60.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt betont: „Die Rollen

sind oft aufwendig, und sie erfordern großes zeitliches Engagement - für die Proben ebenso wie in der Spielzeit.“ Als erstes Stück steht für die neuen Ensemble-Mitglieder im Herbst Hermann Sudermanns naturalistisch-realistisches Stück „Der Sturmgesselle Sokrates“ auf dem Programm - mit der Premiere und einer Reihe von Aufführungen an der Dittchenbühne.

Wer Interesse an diesem Engagement hat, meldet sich am besten im Büro des „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbühne.de.

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Königsberg philosophisch & literarisch, Sonnabend, 4. Juni, 17 bis 20 Uhr, Literaturforum, Brecht-Haus, Chausseestraße 125, 10115 Berlin, Eintritt frei.

Königsberg - die Stadt am Pregel, Wirkstätte von Philosophen, Künstlern und Schriftstellern. Der Philosoph Immanuel Kant und Königsberg sind unzertrennlich miteinander verbunden: Wer Kants Schriften

studiert, befindet sich im Zentrum Königsbergs, und wer sich mit Königsberg beschäftigt, stößt auf den Philosophen.

Die geistige Atmosphäre der Stadt prägt die Kulturschaffenden. Warum und wie - das wollen wir im Rahmen eines Themennachmittags herausfinden. Bei gutem Wetter findet der Themennachmittag im Innenhof statt.

Zusendungen für die Ausgabe 24/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 24/2022 (Erstverkaufstag 17. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 7. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in

Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Neuwahl

Ansbach – Die Stadt- und Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburger konnte nun endlich eine Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen abhalten. In den letzten Jahren fielen wegen der Pandemie viele Treffen aus, wie auch die Jahresversammlungen. In dieser Zeit wurden deshalb mehr Rundschreiben an die Mitglieder gesandt, um alle zu informieren. Für Flüchtlinge aus der Ukraine wurde im Rahmen der Spendenaktion des Bundes der Vertriebenen um Spenden gebeten. Gewählt wurden als Vorsitzende, wie bisher, Heide Bauer, Stellvertreterin ist Margit Palfner, Heinrich Lane übernimmt das Amt des Kassenswartes von Astrid Kübrich, die als Beisitzerin, wie auch Heinz-Wolfgang Malessa im Vorstand sind.

Treffen

Hof – Sonnabend, 11. Juni, 15 Uhr, Jahnheim: Treffen zum Thema „Ostpreußen und seine Nachbarn“. Die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, lädt alle Mitglieder dazu herzlich ein. Gäste sind willkommen.

Muttertag

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, traf sich im Mai zur Muttertagsfeier in der Gaststätte Jahnheim. Der Vorsitzende Christian Joachim konnte sich wieder über ein volles Haus freuen. Nach der Begrüßung und den Glückwünschen an die Geburtstagskinder bot er den interessiert

zuhörenden Besuchern einen Überblick über die Entstehung des Muttertages und erklärte, warum Mütter die Welt zusammenhalten. Der Trost und die Nestwärme, die sie uns geben, sind ein Schatz, der uns ein Leben lang begleitet und Geborgenheit und Selbstvertrauen vermittelt. Aber auch die Väter sollten an diesem Tag nicht unerwähnt bleiben. Deren perfektes Geschenk zum Muttertag könnte die männliche Erziehungshilfe sein. Wenn die Väter ihre Kinder nicht nur bespaßen, sondern auch erziehen, ist das eine Entlastung für die Mütter und ein großes Plus für den Nachwuchs.

Anschließend beleuchtete Kulturwart Bernd Hüttner das Leben der Künstlerin Käthe Kollwitz. Die zweite Vorsitzende Jutta Starosta erfreute die Mitglieder mit einem Mitmachgedicht und einer Muttertagsgeschichte. Abgerundet wurde das Programm durch das Singen bekannter Lieder. Als Geschenk bekam jeder Gast einen Verzehrgutschein überreicht. Der Nachmittag klang mit lebhaften Gesprächen aus. *Jutta Starosta*



Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Monatstreffen

Wiesbaden – Die größtenteils entfallenen Corona-Schutzmaßnahmen geben Spielraum, wieder zu den gewohnten Monatstreffen einzuladen. Nach zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause erlebten die Landsleute und Freunde der Landsmannschaft einen Heimat-Nachmittag, bei dem Nachdenkliches und Lustiges sowie aktuelle Informationen aus dem Königsberger Gebiet auf dem Programm standen.

„Mit dem 24. Februar 2022 hat die Weltgeschichte ein neues Datum bekommen“, sagte Vorsitzender Dieter Schetat bei der Begrüßung der Gäste. Mit Blick auf das Geschehen in der Ukraine erinnerte er an das Traktat von Immanuel Kant „Zum ewigen Frieden“ – Erstveröffentlichung im Jahre 1795 – und zitierte aus dessen Schrift: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen“ und „Es gibt kein Recht, ein Staatswesen durch Anwendung von Gewalt umzuwälzen, am wenigsten mit Mord und Blutvergießen.“ Manche dieser Gedanken des Königsberger Philosophen haben später auch Eingang in die „Charta der Vereinten Nationen“ gefunden. Landsleute erzählen, dass die Kriegsbilder im Fernsehen sie oftmals an ihr eigenes Schicksal von vor rund 80 Jahren erinnern.

Der Ukraine-Konflikt verändert auch das Leben im Königsberger Gebiet. Das spüren die Bewohner hauptsächlich im Bereich der Nahrungsmittel, Kleidung und Medikamente, die knapper und teurer geworden sind. Auch die Wirtschaft leidet, auch weil westliche Unternehmen vermehrt das Gebiet verlassen und Reedereien ihre Transporte aussetzen. Touristische Reisen in das Königsberger Gebiet sind derzeit nicht möglich.

Mit Bildern von früheren Reisen nach Ostpreußen und mit Landkarten zeigte der Vorsitzende, welche militärisch-strategische Bedeutung das Königsberger Gebiet für Russland hat, denn der russische Stützpunkt liegt mitten im Nato-Gebiet. Im Gebäude der früheren Königsberger Oberpostdirektion befindet sich das Hauptquartier (Kommando) des Stabes der Baltischen Flotte und in Pillau sind Marineeinheiten und Kriegsschiffe stationiert.

Von der Heimreise in seine angestammte Heimat, die er durch die Kriegsergebnisse mit zwölf Jahren verlassen musste, erzählte Landsmann Georg Schneidereit: Neun Monate war er auf der Flucht.

Ostpreußisches Landesmuseum

Der „Kategorische Imperativ“ – das moralische Gesetz für eine gute Welt, Vortrag im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Tim Kunze, Dienstag, 7. Juni, 14.30 Uhr, Eintritt: 3,- € zuzüglich Museumseintritt (inklusive Tee, Kaffee und Gebäck).

Der „Kategorische Imperativ“ ist die berühmteste Moraltheorie der Welt. Kants Formel ist über 200 Jahre alt, aber heute genauso gültig wie damals: Handle so, dass die Maxime deines Handelns als allgemeines Gesetz gelten kann. Was sagt uns der Kategorische Imperativ? Warum beherzigen wir ihn so oft nicht? Und was

unterscheidet ihn von der bekannten Goldenen Regel: „Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.“ Diese und andere Fragen beantwortet Tim Kunze in seinem Vortrag mit zahlreichen Beispielen von Kant bis heute, vom Verbot der Faulheit bis zur Diskussion um eine Impfpflicht.

Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsserie, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie an inte-

ressanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen. Anschließend gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen.

Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum Heiligengeiststraße 38 21335 Lüneburg



„Kant und seine Tischgenossen“, nach Emil Doeberling, 1893. Die Tischgenossen sind: Johann Conrad Jacobi, Robert Motherby, Johann Georg Hamann, Christian Jakob Kraus, Johann Georg Scheffner, Karl Gottfried Hagen, Ludwig Ernst Borowski und Theodor Gottlieb von Hippel der Ältere

Das Wohnhaus in seinem Geburtsort Herdenau in der Elchniederung stand nicht mehr; nur noch zwei Stallungen waren vom einstigen Gutshof übriggeblieben. Von der herzlichen Begrüßung durch die junge Lehrerin Natascha war er sehr angetan. Sie sprach gut deutsch und war sehr an der Zeit

vor dem Krieg in dieser Region interessiert. Um den ostpreußischen Besucher bei seinen Erkundungen zu begleiten, hatte sich Natascha eigens schulfrei genommen. Rührende und bewegende Augenblicke empfand Schneidereit, als er die verbliebenen Stallungen betrat und Kindheitserinnerungen aufkamen.

Im heiteren Teil des Nachmittags erfreuten Helga Kukwa und Ilse Klausen die Besucher mit spaßigen Geschichten und Geschichten, die mit dankbarem Beifall bedacht wurden. *Dieter Schetat*

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

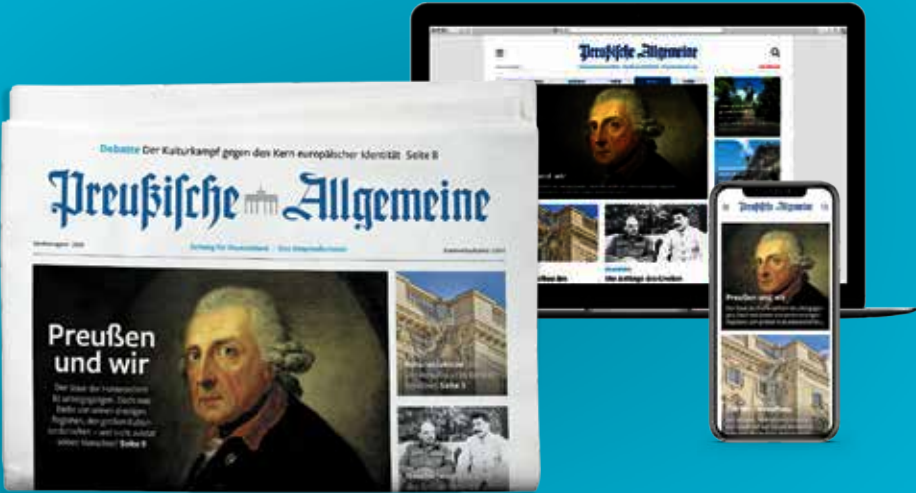
Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Gemeinsames Treffen

Darmstadt/Dieburg und Insterburg – Zusammen mit der Gruppe der Insterburger trafen wir uns zu unserer gemeinsamen Veranstaltung am 7. Mai im Bürgermeister Pohl Haus in Wixhausen.

Wie schon bei unserem ersten gemeinsamen Treffen am 12. März, war der Zuspruch wieder sehr hoch. Die Teilnahme an unserem heutigen Treffen war so groß, dass die vorgesehene Sitzordnung nicht ausreichte, und durch Anstellen von Tischen und Stühlen erweitert werden musste.

Hier ist ein großer Wunsch des Organisations-Teams, dass man in Zukunft, etwa drei bis vier Tage vor dem Treffen mitteilt, ob man an dem vorgesehenen Termin teilnehmen kann und möchte. Die Kontaktadresse hierzu ist grundsätzlich unsere Schriftführerin Renate Buslaps, Telefon (06033) 66228. Wir bedanken uns jetzt schon für ihr Einverständnis.

Wie es bei Ostpreußentreffen meistens üblich ist, hat man vorab einen kleinen Umtrunk bereit. Heute war es der ehemalige „Karlsbader Becherbitter“ jetzt „Becherovka“ aus der sudetendeutschen Heimat von Renate Buslaps. Nach diesen kleinen Schlubberchen begann der offizielle Teil durch die Begrüßung der Vorstände. Jürgen Pantel für die Insterburger, und Gerhard Schröder für die LOW Darmstadt/Dieburg eröffneten den offiziellen Teil. Auch Renate Buslaps sprach ein paar begrüßende Worte.

Da wir heute im Wonnemonat Mai zusammenkamen, wurde auch fast ausschließlich über den Monat Mai erzählt und vorgetragen. Es waren Ereignisse, Gedichte und Geschichten aus der Vergangenheit dabei. Der ostpreußische Dialekt kam dabei auch nicht zu kurz. Es beteiligten sich einige Heimatfreunde mit kleineren, aber auch mit größeren Vorträgen. Der Muttertag wurde natürlich nicht vergessen, und mit einem entsprechenden Gedicht bedacht. Auch an die Geburtstagskinder der vergangenen zwei Monate wurden Glückwünsche ausgesprochen.

Christian Keller begrüßte ebenfalls alle Anwesenden, und bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen zu unserem heutigen Treffen. Danach verlas er den Bericht über unser erstes gemeinsames Treffen, das in der PAZ, Ausgabe 12 vom 25. März abgedruckt wurde.

Das Königsberger Wappen war Vortragsthema von Gerhard

Schröder, denn er ist in Königsberg geboren. In einzelnen Schritten erklärte er uns die auf dem Wappen gezeigten Einzelheiten. Im Königsberger Wappen sind die unter dem preußischen Adler die vormals unabhängige Stadt Kneiphof, Altstadt und Löbenicht vereinigt. Es wurde 1724 von Friedrich Wilhelm I. als Siegel zur Vereinigung der Städte gestiftet. 1906 wurde es zum Stadtwappen von Königsberg erklärt. Der Adler trägt auf der Brust die Initialen FRW (Friedrich Wilhelm Rex) darüber die Herzogskrone und auf dem Kopf die Königskrone Preußens. Im unteren Teil ist in der Mitte das Wappen der Altstadt, und zeigt oben in Silber eine rote Krone, und unten ein silbernes Kreuz in rotem Feld. Links, vom Betrachter aus rechts, das Wappen der damaligen Stadt Löbenicht. Auf blauem Grund zwischen zwei Sternen eine goldene Krone. Rechts, vom Betrachter aus links, das Wappen der ehemaligen Stadt Kneiphof. Auf grünem Grund eine aus einer Welle aufsteigende Hand mit goldener Krone sowie links und rechts von der Hand je ein goldenes Hifthorn, die nach außen zeigen.

Gerhard Schröder hat uns mit seinem Vortrag sehr Wissenswertes zu diesem Thema vorgetragen.

Mit seiner Gitarre gab Thomas Ulrich dem Monat Mai noch eine kleine Aufmerksamkeit. Es waren auflockernde Töne. Hannelore Neumann und Gerhard Schröder begleiteten die Musik mit einem Tanz in den Mai, Renate und Reiner Buslaps versuchten mit einem

lustigen Vortrag, eine Immobilie, ein sogenanntes Traumhaus zu verkaufen. Es war eine gelungene Einlage.

Gespräche mit Tischnachbarn wurden in der gesamten Zeit sehr intensiv bei Kaffee und Kuchen gepflegt; die Kuchenspender haben ein Paket Mehl als kleine Anerkennung erhalten.

Helga Lüpke reist zu jedem Treffen der Insterburger aus Stuttgart an; und auch diesmal hat Dietrich Pauli mit seiner Lebensgefährtin den weiten Weg von Aachen auf sich genommen. Einen ganz besonderen Dank gilt Gerlinde und Konrad Groß von der LOW Frankfurt, die nach Gerlindes Krankheit wieder dabei sein konnten.

Das nächste Treffen findet statt am 25. Juni, im Juli/August ist Sommerpause.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Vorstands- und Kreistagssitzung

Sarstedt – Freitag, 10. Juni, 10 Uhr: Vorstands- und Kreistagssitzung

mit TOP Haushalt und Perspektiven.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 4. September: Hauptkreistreffen.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Heimatbrief

Erwitte – Liebe Neidenburger und Soldauer, der neue Pfingstheimatbrief Nr. 158 ist soeben fertiggestellt worden und wurde dem Postversand übergeben. Wir denken es ist wieder ein ansprechendes Werk geworden.

Alle Mitglieder bekommen diesen Heimatbrief automatisch zugeschickt. Sollte jemand aus irgendwelchen Gründen keinen Heimatbrief bekommen oder den Wunsch nach einem Heimatbrief haben, melden Sie sich bitte beim Schriftleiter Wilfried Brandt, Lünnerfeld 1, 27448 Selsingen, Telefon (04284) 1527 oder bei mir (siehe oben). Es wird Ihnen dann umgehend ein Exemplar zugeschickt.

Denken Sie an die Wahl und erledigen Sie diese am besten sofort.

Ich wünsche ein frohes, geruh-sames Pfingstfest und allen, die verreisen, einen schönen Urlaub.

Ulrich Pokraka



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Regionaltreffen

Hamm – Sonntag, 12. Juni, ab 10 Uhr, Kreuzkampfhalle, Vereinsheim des Schützenvereins Braam-Ostwannemar, nur wenige Fahrminuten von der ehemaligen Halle entfernt, Kreuzkamp 2, 59071 Hamm Braam-Ostwannemar: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. mit folgendem Programm:

10 Uhr: Saalöffnung für alle Teilnehmer, 12 Uhr: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung (Musik im Hintergrund: „Ich hatt’ einen Kameraden“), Grußworte, Ansprache des Kreisvertreters, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes und der Nationalhymne, Schlusswort des Kreisvertreters, anschließend: geselliges Beisammensein.

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Juni im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet. Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen.

Das Ostpreußentreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmahl für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten vom CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des

Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt der aus Nidden gebürtige Pfarrer Manfred Schekahn und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt des Vormittags ist die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden auch die Volkstanzgruppe Saga aus

Bartenstein, der Chor Heide aus Heydekrug, eine Gesangsgruppe des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimsänger BernStein, der durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen auch 77 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 Euro (Versand zusätzlich 1 Euro) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de und an der **Tageskasse** in Wolfsburg erworben werden. Aktuell gibt es seitens der Behörden oder durch den Veranstalter keine Corona-Auflagen.



ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Karten auch an der Tageskasse

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

FERDINAND SCHULZ

Der Ikarus von Ostpreußen

Der gebürtige Lehrersohn aus dem Kreis Rößel begeisterte sich seit jeher für das Fliegen – Bedeutender Segelflieger seiner Zeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Ersten Weltkrieg verhängten die Siegermächte ein weitgehendes Startverbot für deutsche Motorflugzeuge, das bis Mai 1926 galt. Deshalb wandten sich viele Luftfahrtenthusiasten in der Weimarer Republik dem Segelflug zu. Ihr Haupttreffpunkt wurde dabei die 950 Meter hohe, grasbewachsene Wasserkuppe in der Rhön. Hier glitt Arthur Martens am 18. August 1922 erstmals über eine Stunde lang antriebslos durch die Luft. Dann freilich errang ein anderer Pilot nach und nach alle Segelflug-Weltrekorde der damaligen Zeit. Dies war der sogenannte „Ikarus von Ostpreußen“, Ferdinand Schulz.

Pilot statt Lehrer

Der Lehrersohn wurde am 18. Dezember 1892 in Pissau (später Waldensee) im Landkreis Rößel geboren und sollte auf Wunsch seines Vaters ebenfalls Lehrer werden. Ihn selbst zog es aber eher in die Lüfte, nachdem er während der Ausbildung auf dem Lehrerseminar in Thorn die Bekanntschaft einiger Heerespiloten gemacht hatte.

Ab April 1914 stand jedoch zunächst der Wehrdienst im Danziger Infanterieregiment Nr. 128 an. Kurz nach dessen Beginn brach der Erste Weltkrieg aus. Nach zwei Verwundungen durfte der inzwischen mehrfach ausgezeichnete und beförderte Schulz schließlich am 22. Februar 1917 zu den Fliegern wechseln. Dem folgten bis zum 8. Juni desselben Jahres 53 Schul- und 42 Alleinflüge – dann gab es den offiziellen Pilotenschein. Bis zum Ende des Krieges absolvierte Schulz 97 Feindflüge mit einem einmotorigen Schlachtflugzeug vom Typ Halberstadt CL. Am 28. Oktober 1918 endete seine Karriere als Militärflieger mit der Ablieferung dieser Maschine in Frankfurt an der Oder. Anschließend kehrte



Ein sensationeller Erfolg: Mit seinem selbst konstruierten Segelflieger-Modell F.S.3 gelang es Ferdinand Schulz nicht nur beim Wettbewerb in Rossitten zu siegen, sondern er weitete die Reichweite des Seglers immer weiter aus
Foto: Ullstein

der nunmehrige Staffelführer und Leutnant der Reserve in die Heimat zurück.

Hier arbeitete er nachfolgend in Jelenz und später in Neumark als Lehrer. Gleichzeitig begann Schulz mit dem Bau einfachster Segelflugzeuge aus Türscharnieren, ausgesonderten Armee-Bettbezügen und Holzresten jeglicher Art bis hin zu alten Weihnachtsbäumen. Deshalb erhielt das Modell F.S.3, welches wegen seiner abenteuerlichen Konstruktion nicht zu den offiziellen Rhön-Wettbewerben auf der Wasserkuppe zugelassen wurde, auch den Spitznamen „Besenstielkiste“.

522

Minuten hielt sich das selbstgebaute Segelflugzeug von Ferdinand Schulz beim Küstenflugwettbewerb am 11. Mai 1924 in der Luft

Diese durfte dann aber beim ersten Deutschen Küstenflugwettbewerb im Mai

1923 auf der Kurischen Nehrung starten, woraufhin Schulz sogleich den Hauptpreis für die Bewältigung der damals noch ehrfurchtgebietenden Distanz von 5,2 Kilometern gewann, den er von keinem Geringeren als Prinz Heinrich von Preußen überreicht bekam.

Erfolg mit der „Besenstielkiste“

Anschließend avancierte Rossitten, wo es aufgrund der geographischen Verhältnisse beständig starke Aufwinde gab, schnell zum zweiten Zentrum der Segelfliegerei in der Weimarer Republik. Der wichtigste

Markstein auf diesem Wege war der 11. Mai 1924. An jenem Tag stellte Schulz im Rahmen des zweiten Küstenflugwettbewerbes einen sensationellen Weltrekord im Dauerflug auf: Seine vielfach verlackte „Besenstielkiste“ hielt sich unglaublich acht Stunden und 42 Minuten in der Luft!

Doch damit nicht genug: Bis 1928 errang der Ostpreuße weitere sechs Segelflug-Weltrekorde. Zunächst verbesserte er seine eigene Leistung im Dauerflug am 2. Oktober 1925 während des 3. sowjetischen Allunions-Segelflugwettbewerbs auf der Krim auf 12 Stunden und sieben Minuten, wobei Schulz zugleich noch mit 435 Metern einen neuen Höhenrekord aufstellte. Dem folgte am 3. Juli 1926 der Dauerflugrekord für Doppelsitzer von neun Stunden und 21 Minuten. Dann gelang ihm am 3. Mai 1927 beim vierten Küstenflugwettbewerb in Rossitten ein Pendelstreckenrekord mit 456 Kilometern in 14 Stunden und sieben Minuten sowie ein paralleler Geschwindigkeitsrekord vom 54,5 Stundenkilometern. Dazu kam zu guter Letzt am 4. Mai 1928 der nächste Höhenweltrekord von 652 Metern über Grunau im Riesengebirge.

Segelflieferschule in Rossitten

Nach der Aufhebung des Motorflugverbotes seitens der Siegermächte erneuerte Schulz seine alte Pilotenlizenz und fungierte anschließend als Fluglehrer auf Propellermaschinen, zuletzt bei der Akademischen Fliegergruppe Danzig. Außerdem leitete er die Segelflieferschule in Rossitten, an der in der Folgezeit auch viele spätere Prominente wie der Raketenkonstrukteur Wernher Freiherr von Braun, die Fliegerlegende Hanna Reitsch und der Generalluftzeugmeister Ernst Udet sowie die Segelflug-Mehrfachweltrekordler Günther Groenhoff und Heini Dittmar Flugunterricht erhielten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Sichtachsen auf die Geschichte

Erinnerung an Sybillenort – Eine Initiative renoviert mit eigenen Kräften kulturgeschichtliche Orte in Schlesien

Ein Gemeinschaftsprojekt von Mitgliedern der Landsmannschaft Schlesien und der 2019 gegründeten Initiative zur Erhaltung schlesischer Kulturgüter sowie des Staatsforstes Oels [Oleśnica] und der Gemeinde Langewiese [Długoleka] – beide in Niederschlesien – sorgt in Sybillenort [Szczodre] für Interesse.

Start nach zwei Jahren Vorbereitung

Nach zwei Jahren Hin und Her zwischen den polnischen Behörden und den Aktivisten aus der Bundesrepublik konnten Mitte Mai Aufräumarbeiten im Schlosspark Sybillenort aufgenommen werden. „Wir trafen uns am Lieblingsort seiner Majestät, Albert I. von Sachsen, der 1902 starb, und dessen Gattin, der letzte Königin von Sachsen, Carola, die ihm ein Kreuz widmete“, sagte Jörg Giessler von der Initiative zur Erhaltung schlesischer Kulturgüter. Er ist kein Unbekannter in Sybillenort, denn bereits vor einigen Jahren hatte Giessler bei Aufräumarbeiten am dortigen evangelischen Friedhof mitgewirkt. „Sybillenort war unserer Initiative wichtig, da dort der letzte sächsische König starb“, betont er.

Durch den Kontakt zum dortigen Pfarrer wusste Giessler, dass die Gemeinde Langewiese den Schlosspark mit dem dortigem Kreuz für touristische Zwecke nutzen möchte. „Bei einem Spaziergang durch den Park ist mir die Idee gekommen, dass dieses Kreuz saniert werden sollte. Aber damals gab es unsere Initiative noch nicht.“

Eichendorff besang Schloss Sybillenort

Seinen Namen verdankt Sybillenort der zweiten Frau von Herzog Christian Ulrich von Württemberg-Oels. Im Jahr 1685 kaufte er das Dorf und nannte es zu Ehren seiner Gattin Sibylle Maria von Sachsen-Merseburg – Sybillenort. Zwischen 1685 und 1692 ließ er dort ein barockes Schloss erbauen, das Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts umgebaut und vergrößert wurde und wegen seiner Pracht „schlesisches Windsor“ genannt wurde. „Unser größter romantischer Dichter Joseph Freiherr von Eichendorff hat dieses Schloss 1803 besungen, weil es so kostbar und geschmackvoll war“, berichtet Giessler stolz.

Heute erinnern an die einstige Pracht nur noch eine Parkanlage sowie ein Kreuz, „dessen Marmorplatte mit dem Relief Kö-



Stolz auf die geleistete Arbeit: Jörg Giessler (r.) am wieder freigelegten Kreuz des König-Albert-Denkmal
Foto: Wagner

nig Alberts von Sachsen gewaltsam abgerissen wurde. Dieses Denkmal ist für unsere Initiative besonders wichtig, denn es zeigt die enge Verbundenheit Sachsens mit Schlesien“, sagt Giessler, der seit vielen Jahren in Breslau gleichermaßen wie in Görlitz zu Hause ist.

Im Laufe der Jahre sank das Kreuz immer tiefer ins Erdreich ab, Wildwuchs und Bäume versperrten die Sicht auf das König-Albert-Denkmal. Mit Hilfe polnischer Forstarbeiter konnten die Bäume gefällt und damit die Sichtachse zum Kreuz wiederhergestellt werden. Wurzeln

wurden mit einem durch die Gemeindevorsteherin Justyna Jasewicz gestellten Radlader entfernt und die tief eingesunkenen Granitsteine ausgegraben, gehoben und wieder an die ursprüngliche Stelle gesetzt. „Anschließend wurde das Areal von uns eingeebnet und mit weißem Schotter abgedeckt, so wie es früher einmal war“, freut sich Giessler.

Nun sollen um das Denkmal herum Azaleen und Rhododendren gepflanzt werden, dies wurde den deutschen Aktivisten seitens des Arboretums im nahen Woislowitz [Wojślawice] versprochen. Auch eine neue Tafel mit dem Konterfei König Alberts wird am Kreuz angebracht. Und wenn in Sybillenort die Einweihung des renovierten Denkmals durch ist, steht bereits der nächste Ort auf der Sanierungsliste der Initiative: „Die Sanierung des Bismarckturms in Johnsdorf [Janówek] in der Nähe von Reichenbach [Dzierżoniów] oder aber des Garnisonsfriedhofs im oberschlesischen Neisse [Nysa]“, doch dies muss noch mit den polnischen Gemeinden beziehungsweise den Trägern der Liegenschaften abgesprochen werden. Bis es so weit ist, werden erst einmal neue Kräfte und finanzielle Mittel gesammelt. *Chris W. Wagner*

ZEITZEUGEN BERICHTEN

Meine Schule in Stettin

Die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule – Städtische Oberschule für Mädchen mit hervorragendem Ruf

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule ging aus einer privaten Töchterschule hervor. Wenn es keinen 2. Weltkrieg gegeben hätte, wäre im Jahr 2022 das Schuljubiläum der 1814 gegründeten Blumenschen privaten Töchterschule 208 Jahre gewesen. Die Kaufmannswitwe Blume geborene Ulrich hatte sie mit 120 Schülerinnen am 8. April 1814 gegründet.

setzt. Ihr Hauptargument war, dass Frauen mit guter Bildung später die Söhne besser unterstützen könnten. Noch heute führen zahlreiche Einrichtungen ihren Namen. „Laut kaiserlichem Erlass durfte sich diese städtische Mädchenschule Kaiserin Auguste-Viktoria-Schule nennen,“ unter den Schülerinnen kurz „K.A.V.“

Bis zum Jahr 1945 war sie die älteste und größte Höhere Mädchenschule der pommerschen Hauptstadt und weit über ihre Grenzen bekannt.

des neuen Hauses durch Oberbürgermeister Haken vollzogen werden. Der Entwurf für den Bau der Kaiserin Auguste-Viktoria-Schule stammte von Stadtbaurat Meyer. Eine Bronzebüste der Kaiserin war im Mittelrisalit unter der Uhr angebracht worden. Die Aula hatte eine besondere Ausstattung mit einer Grüneberg-Orgel und Relief-Porträts berühmter Männer. Auch die Einrichtung der Turnhalle war vielseitig. Sie besaß sogar einen Rundlauf mit Ringen.

Lehrerinnen. Nach der Neuordnung wurde die Übungsschule für die Seminaristinnen als volle Mittelschule ausgebaut. Das Seminar wurde ins Oberlyzeum umgewandelt, die Frauenschule mit dem Kindergärtnerinnenseminar und die Studienanstalt eingerichtet. Im Jahr 1911 wurde eine Teilung notwendig, und zwar in Oberlyzeum, Frauenschule mit Kindergärtnerinnenseminar und in die Studienanstalt. Sie blieben aber weiter unter der Leitung des damaligen Direktors Professor Dr. Böddeker.

Umfangreiche Bildungsstätte

Es gab auch eine räumliche Aufteilung. Das KAV-Lyzeum, die drei Oberlyzeums-Klassen und die S-Klassen waren im neuen Gebäude, im Roten Haus, Elisabethstraße 27 untergebracht. Im Hinterhaus der Linsingen Straße 62 die Übungsschule. Die Klassen der Studienanstalt und der Frauenschule befanden sich im Haus Elisabethstraße 52, Graues Haus genannt. Später gab es noch das Haus für die Studienanstalt in der Passauer Straße 4.

Die glänzende Weiterentwicklung der gesamten K.A.V. ist mit Professor Dr. Karl Hartmann verbunden, der von 1916-1935 die gesamte K.A.V. leitete. Ab 1. April 1922 wurde Direktor Dr. Hartmann zum Oberstudiendirektor ernannt. Die Gesamtschule führte nun den Namen „Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule – Lyzeum, Oberlyzeum und Studienanstalt.“

Immer wieder neue Erlasse

Der letzte Oberstudiendirektor der K.A.V. wurde 1936 Karl Seiffert. In seiner Amtszeit gab es Schulreformen und durch den 2. Weltkrieg große Veränderungen bis zur endgültigen Auflösung Ende des Krieges 1945. Ein schweres Amt erwartete ihn in schwerster Zeit. Viele neue Erlasse formten von nun an die Schule. Die Schulzeit wurde verkürzt, die Untersekunda fiel weg. Im Jahr 1936 folgte eine schwerwiegende Schulreform. Es kam zum Abbau der Studienanstalt, an deren Stelle die Deutsche Mädchenoberschule trat mit Englisch als erster Fremdsprache, Französisch als zweiter Fremdsprache und Latein wurde nur als Wahlfach angeboten.

Ein hauswirtschaftlicher Zweig führte ebenfalls zum Abitur, das sogenannte Puddingabitur.

Die K.A.V. Oberschule erlitt schon am 1. Oktober 1941 Bombenschaden. Sprengbomben schlugen durch das Dach in die Aula, die vollständig verwüstet wurde. Klassenräume wurde nur zum Teil beschädigt. Die Büste der Patronin, der letzten deutschen Kaiserin blieb unverletzt. Es dauerte einige Monate, bis das Schulhaus wieder vollständig bezogen werden konnte. Die oberen Jahrgänge führten die Brandwache unter der Leitung einer Lehrkraft durch.

Am 20. April 1943 erfolgte ein Großangriff auf Stettin. Bei diesem Großangriff erhielt die K.A.V.-Schule keinen Treffer. Stettin schickte die jüngeren Jahrgänge in die Kinderlandverschickung. Von der K.A.V.-Schule gingen sie unter der Leitung von Studienrat Wapenhensch, Studienrätin Köhn und Assessorin Spiegel nach Sellin auf Rügen. Die älteren Schülerinnen ab Klasse 7 sollten weiter in Stettin unterrichtet werden.

Ausquartiert

Vor dem endgültigen Aufenthalt in der Kinderlandverschickung auf Rügen waren die jüngeren Jahrgänge der K.A.V.-Schule nach Anklam evakuiert worden. Am 9. Oktober 1943 erfolgte ein Terrorangriff auf Anklam. Nun kam dieser Schulteil ebenfalls nach Sellin auf Rügen.

Beim Großangriff am 5./6. Januar 1944 wurde das rote Schulgebäude in der Elisabethstraße 27 vollkommen zerstört. Seit dem 20. Januar 1944 fand der Unterricht der oberen Klassen mit der Gesenius-Wegener-Schule und der Mozart-Schule behelfsmäßig in den Räumen der Nemitzer Volksschule statt. Oberstudiendirektor Seiffert bereitete die anwesenden Abiturienten der Schulen auf das Abitur vor.

Die K.A.V. galt als schwerste Schule Pommerns. Man hatte hier arbeiten gelernt und hatte im Studium an der Universität wertvollen Nutzen davon.

Das dreifache Jubiläum der K.A.V. 1944 wurde in der Aula des unbeschädigt gebliebenen Marienstiftsgymnasiums begangen.



Die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule, kurz K.A.V., eingeweiht 1894 – das Gebäude wurde im 2. Weltkrieg komplett zerstört

30 Jahre weiter, im Jahr 1844, wurde sie zur ersten Städtischen Höheren Mädchenschule in der pommerschen Hauptstadt, in der 232 Schülerinnen unterrichtet wurden. Erst 50 Jahre später, im Jahr 1894, erhielt sie den Namen der dritten deutschen Kaiserin. Die Gemahlin des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. war populär und beliebt. Sie hatte sich unter anderem für die Frauenbildung einge-

setzt. 1894 war die Schule eine neunstufige Doppelanstalt mit 602 Schülerinnen in 18 Klassen und Versetzungen zu Ostern und Michaelis. Dazu kam noch das Seminar.

Auf Veranlassung von Direktor Haupt wurde vom Reichsfiskus 1890 in der Elisabethstraße Ecke Johannisstraße ein Grundstück für den Bau einer großen Schule erworben. Schon vier Jahre später konnte am 6. April 1894 die Einweihung

Auf Direktor Haupt folgte 1898 Professor Dr. Böddeker. In seine Amtszeit fällt eine Periode von Umwälzungen im Mädchenschulwesen. Dazu gehörte die Schulreform von 1908.

Für Jahrzehnte fanden sämtliche Prüfungen an der Kaiserin Auguste-Viktoria-Schule, kurz K.A.V., statt. „Die Lehrerinnen- und Vorsteherinnenprüfung und für die Handarbeits-, Zeichnen- und Sprach-

POMMERSCHES LANDESMUSEUM

Neoflabellina reticulata - Fossil des Jahres 2022

Der Arbeitskreis Mikropaläontologie der Paläontologischen Gesellschaft stellte vor

Besondere Fossilien verdienen besondere Aufmerksamkeit. Seit die Auszeichnung Fossil des Jahres vergeben wird, erhält nun zum ersten Mal ein Mikrofossil diesen Titel. Mikrofossilien sind so klein, dass ihre Bestimmung und Untersuchung ein Mikroskop erfordern. Durch ihre geringe Größe sind Mikrofossilien im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit bei weitem nicht so präsent wie beispielsweise Dinosaurier oder Ammoniten, sie sind jedoch sehr nützliche Leitfossilien und Indikatoren für die Umweltbedingungen der geologischen Vergangenheit, auch weil sie in kleineren Proben, wie man sie beispielsweise durch Bohrungen gewinnt, zahlreich auftreten können. Neoflabellina reticulata gehört zu den Foraminiferen, Einzellern mit einem gut fossil erhaltungsfähigem Gehäuse. Mit bis zu fast 2 mm Länge ist das aktuelle Fossil des Jahres ein größeres Mikrofossil. Das stark abgeflachte und lanzettförmige Gehäuse aus Kalzit baut sich aus zahlreichen Kammern auf.

Wann, wo und wie lebte Neoflabellina reticulata?

Neoflabellina reticulata war eine weltweit verbreitete Art. Sie ist auf das Maastrichtium beschränkt, die letzte Stufe der Kreide, die mit dem großen Aussterbeereignis endet, dem auch die Dinosaurier zum Opfer fielen. Neoflabellina reticulata kam nur in tieferem Wasser der Schelfe vor, da ihr Gehäuse leicht zerbrechlich ist. Sie scheint schwankende Wassertemperaturen ertragen zu haben.

Die Bedeutung von Neoflabellina reticulata

Die Bedeutung des diesjährigen Fossils des Jahres liegt in seinem biostratigraphischen Leitwert für die höchste Oberkreide, Neoflabellina reticulata kommt nur in dieser Zeit vor, und dem Indikatorwert für den Meeresgrund unterhalb der Wellenbewegung bei Stürmen begründet. Wissenschaftshistorisch betrachtet ist Neoflabellina reticulata eine der ersten aus der Schreibkreide beschriebenen Foraminife-

renarten und ihre Beschreibung fällt in die Gründungszeit der Mikropaläontologie als Wissenschaftsdisziplin. Außerdem ist ihr Gehäuse ästhetisch sehr attraktiv.

Wo kann man Neoflabellina reticulata sehen?

Wegen ihrer Kleinheit werden Mikrofossilien für gewöhnlich nicht in Ausstellungen gezeigt, finden sich aber in den paläontologischen Sammlungen von Museen, Forschungsinstituten und Universitäten. Dies trifft auch auf Neoflabellina reticulata zu, das Reussche Material wurde am Naturhistorischen Museum Wien hinterlegt. Eine virtuelle Ausstellung mit vielen Foraminiferen der Schreibkreide kann man beispielsweise auf www.foraminifera.eu betrachten – dort ist auch Neoflabellina reticulata vertreten. Am 20. Mai 2022 wurde das Fossil des Jahres offiziell im Pommerschen Landesmuseum der Universitätsstadt Greifswald vorgestellt.

Peter Frenzel & Anna Pint (Jena)

● **Info** Pommersches Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald, www.pommersches-landesmuseum.de, www.palaeontologische-gesellschaft.de



Rasterelektronenmikroskopisches Bild einer ausgewachsenen Neoflabellina reticulata aus der Schreibkreide von Rügen, Länge 1,18 mm, vor dem Hintergrund des Jasmunder Kreidekliffs auf der Insel Rügen.

„Nicht einmal ein Drittel will diese Politik“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Der Wochenrückblick
,25 Quadratmeter‘
von Hans Heckel hat
Lesespaß vermittelt –
klasse!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Wochenrückblick (Nr. 20)



Ausgabe Nr. 20

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

NÖTE EINES ALTKANZLERS ZU: DER FALL SCHRÖDER (NR. 21)

Jetzt soll es dem Altkanzler Schröder
aber ganz hurtig an die Wäsche und ans
Eingemachte gehen. Neue Ideen braucht
nun das Land, und wer eine hat, der wen-
de sich an höchste Stellen. Das staatlich
finanzierte Altkanzler-Büro samt seiner
Mitarbeiter muss jetzt auf die Schnelle
weg. Muss Herr Schröder gar in ein „Ob-
dachlosenheim“ umziehen? Aber wie
und von wo aus soll er nur um Himmels-
willen seine Termine mit dem Wladimir
planen? *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

SCHMUTZIGE GESCHÄFTE ZU: „EIN STAAT IM DIENSTE EINES DIENSTES“ (NR. 20)

Danke Herrn Weißgerber für die gut re-
cherchierte „Liste der Besten“ des sowje-
tisch/russischen Geheimdienstes! Jenen
Lesern, welche nun meinen, das ist aber
drüben in Amerika (oder anderswo) ge-
nauso, sei ebenso recht gegeben. Und dies-
es ist ja gerade das Dilemma unserer
Werteordnung, welche auf der Basis „wis-
senschaftlicher Erkenntnisse“ aufgebaut
ist. Ein offenbares Geheimnis? Denn näm-
lich nichts, aber auch gar nichts fundiert
auf Freiheit, Demokratie und Wissen-
schaft, und die sogenannten Geheim-
dienste in Ost und West haben ihre helle
Freude daran, Menschen zu belügen, zu
betrügen, zu korrumpieren und hinters
Licht zu führen. Und greifen, für den
Laien spätestens sichtbar nach dem Zwei-
ten Weltkrieg, in Ost und West in die Ge-
füge des Staates und dessen Lenkung ak-
tiv und direkt ein. Deshalb wäre die Über-
schrift „Eine Welt im Dienst der Dienste
(am Beispiel Russland)“ angebracht.
Seit der Rede von Herrn Mielke vor der
Volkskammer mit den Worten: „Ich liebe
doch ... ich liebe doch alle ... alle Men-
schen, ich liebe ... ich setze mich doch da-
für ein“, ist jedem bewusst, wie sehr man
seine Feinde lieben kann. Wir als Deut-
sche haben die Chance, dieser Art von be-
sonders rührigen Vertretern der „Men-

schenliebe“ in die Karten zu schauen und
sie in Zukunft in ihrer Liebesfähigkeit an
der objektiven Realität zu messen und ge-
gebenenfalls zu erinnern, vertan. Nun-
mehr ist der Gaul in Ost und West voll-
ends wild geworden und wohl erst mal
nicht mehr zu bändigen, dies muss uns
ebenso bewusst sein. Leider.

Jan Enger, Ottersberg

VERZERTE ERGEBNISSE ZU: QUITTUNGEN FÜR EINE POLITIK DER UNKLAREN KURSE (NR. 20)

Um mal ehrlich zu sein – hier das wirkli-
che Wahlergebnis der Parteien, die nun
im Landtag die Geschicke in NRW lenken,
bezogen auf die Wahlberechtigten: CDU
19,8 Prozent, SPD 14,8 Prozent, Grüne 10,1
Prozent, FDP 3,3 Prozent, AfD 3,0 Prozent.
Diese Parteien kommen also zusammen
auf 51 Prozent der Wahlberechtigten. Dies
bedeutet auch, dass fast die Hälfte aller
Menschen in NRW diese Parteien nicht
will und mangels Alternativen nicht zur
Wahl geht. Eine wahrscheinliche Regie-
rung aus CDU und Grünen wurde gerade
einmal von 29,9 Prozent der Wahlberech-
tigten gewählt – nicht einmal ein Drittel
will diese Politik. Angesichts solcher Zah-
len muss man sich langsam fragen, ob ei-
ne derartige Regierung überhaupt eine
demokratische Legitimation hat. Komi-
scherweise spricht keiner der Politiker
mehr von Politikverdrossenheit, obwohl
die Wahlbeteiligung stetig sinkt. Die nied-
rige Beteiligung wird stattdessen geflis-
sentlich verschwiegen, obwohl gerade
dies das wichtigste politische Thema wä-
re. Das ganze Politikergerede von: „Uns
geht es um die Politik und nicht um Pos-
ten“ kann man getrost in die Tonne kip-
pen. *Gerhard Schöttke, Uthingen*

FALSCHER ANREIZ ZU: CHANCE ODER „STROHFUEER“? (NR. 20)

Das Neun-Euro-Ticket im öffentlichen
Personennahverkehr ist eine gute Idee

zur Energieeinsparung, könnte jedoch
zum Rohrkrepiierer werden. Die Nachfra-
ge der Bürger könnte sich in den Sommer-
monaten derart stark entwickeln, dass
dem Nahverkehr sogar der Kollaps droht.
Die Sünden der deutschen Verkehrspoli-
tik in den vergangenen Jahre werden
durch die Krise schonungslos offengelegt.
Die notwendige Energiewende wurde völ-
lig „verschlafen“. Man hat politischerseits
den ehemals insgesamt gut funktionie-
renden ÖPNV zu Gunsten der Automobil-
industrie geopfert. Im meiner Kindheit in
den 1970er Jahren besaß nahezu jede grö-
ßere Ortschaft eine Bahnanbindung. Die-
se Verkehrsinfrastruktur wünschen sich
heute viele Bürger wieder zurück. Doch
dieser „Zug“ dürfte abgefahren sein. Die
Fehler der deutschen Bundespolitik der
vergangenen Jahrzehnte holen uns der-
zeit auf mehreren Ebenen auf brutale
Weise ein. Der neuen Bundesregierung
bleibt derzeit nur die Aufgabe, die Brand-
herde zu bekämpfen, die die Vorgänger-
regierungen hinterlassen haben. Dafür
erhält sie bei jeder sich bietenden Gele-
genheit öffentliche Kritik von mehreren
Seiten. Nur eine Person, bei der das Wort
Selbstkritik in deren Sprachschatz offen-
sichtlich nicht vorkommt, wird öffentlich
geschont: Angela Merkel. Das öffentliche
Schweigen zu Merkel ist ohrenbetäubend.
Immerhin hat Merkel 16 Jahre lang die
politischen Geschicke dieses Landes als
Regierungschefin maßgeblich beeinflusst.
Man kann sich des Eindrucks nicht er-
wehren, dass das „Denkmal“ Angela Mer-
kel unter allen Umständen aufrechterhal-
ten werden muss, auch wenn der Sockel
bereits erheblich bröckelt.

Alfred Kastner, Weiden

ES TRIFFT DIE FALSCHEN ZU: DIE SANKTIONEN DES WESTENS VERFEHLEN BISLANG IHR ZIEL (NR. 19)

Mir kommt es so vor, als ob je länger dieser
unsägliche Krieg zwischen den ehemali-
gen Bruderländern Russland und Ukraine
tobt, auch jegliche Kritik an der militäri-

schen Beteiligung des Westens und Bemü-
hungen um eine friedliche Lösung des
Konflikts verdammt werden. Die vielen
Sanktionen gegen Russland treffen vor al-
lem den einfachen Menschen und weniger
diejenigen, auf die sie gerichtet sind, ge-
schweige denn jene, die diese beschließen.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

UNVERGESSENE ALMA MATER ZU: EINE ART DEUTSCHER MODELL-UNI (NR. 16)

Danke für den interessanten Artikel. Al-
lerdings endet die Geschichte der deut-
schen Universität Straßburg nicht, wie
der Beitrag vermuten lässt, mit dem Jahr
1918. 1940 wurde die Universität mit der
Bezeichnung „Reichsuniversität Straß-
burg“ wiederbegründet. Führend beteiligt
waren Oberbürgermeister Robert Ernst,
der Historiker Ernst Anrich als Grün-
dungsbevollmächtigter des Reichsdozen-
tenführers sowie Rektor Karl Schmidt.
Die Wiedereröffnungsfeier fand am
23. November 1941 statt (erste Vorarbei-
ten gehen bis zum Sommer 1940 zurück).
Der Forschungs- und Lehrbetrieb endete
auf den Tag genau nach drei Jahren. Straß-
burg ist am 23. November 1944 gefallen.
Es gab Planungen, die Universität vorü-
bergehend nach Tübingen auszulagern; da
der Vorstoß der französischen Truppen
sehr schnell erfolgte, nehme ich an, dass
die Archivbestände, Bibliothek und so
weiter nicht mehr gesichert werden konn-
ten. Dem Autor ist für den Hinweis im
letzten Absatz seines Artikels zu danken.
Dass die Erhaltung der (hoch-)deutschen
Sprache in Elsass-Lothringen bei der Pfl-
ge der deutsch-französischen Beziehun-
gen nach 1945/49 stets ein untergeordne-
tes Ziel war, soweit davon überhaupt da-
von gesprochen wurde. Die Bundesrepub-
lik Deutschland hat die Landsleute im
Elsass und im früher deutschsprachigen
Teil Lothringens solange im Regen stehen
lassen, bis sich das Problem biologisch er-
ledigt. Das geschieht gerade im Elsass und
hat sich in Lothringen, fürchte ich, bereits
vollzogen. *Andreas Wendel, Dreieich*

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- ☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis
von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung
für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ
im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu
auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert
die Landschaftsformen sowie die
Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die
Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten
und in einer plastischen Deutlichkeit
durch Farbabstufungen die Meerestie-
fen. Das politische Kartenbild dokumen-
tiert alle Staaten und die verwalteten
Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind
Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



**Prämie 2:
Renaissanceglobus**

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit
typischem Randkolorit auf Pergament-
fond, Darstellungen von Fregatten,
Seeschlangen und einer Windrose
zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet
sind die Entdeckungsrouten von Christoph
Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das
Kartenbild wurde nach Originalkarten
aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

D amian Hugo Philipp von Schönborn-Buchheim (1676–1743) war ab 1719 Fürstbischof von Speyer. Da er die „zank-sichtigen Speyerer“ fürchtete, suchte er andernorts nach einem Bauplatz für seine Residenz. Er entschied sich für Bruchsal: „Ich habe mein tag kein schönere situation von allem gesehen.“ Hier legte er am 27. Mai 1722 den Grundstein zu seiner Residenz.

Der Fürstbischof und sein Nachfolger Franz Christoph von Hutten (1706–1770) schufen ein aus zahlreichen Bauwerken bestehendes barockes Meisterwerk. Am 1. März 1945 fiel es in weiten Teilen dem einem Bombenangriff folgenden Feuersturm zum Opfer. Die akribische Rekonstruktion, die 1947 begann und 70 Jahre später mit der Wiedereröffnung der fürstbischöflichen Appartements vollendet wurde, gehört zu den ganz großen Leistungen des Wiederaufbaus.

Den Besucher empfängt ein schmuckes Ensemble von weit über 30 Bauwerken. Die meisten sind an einer einen Kilometer langen und bis zu 350 Meter breiten Achse symmetrisch aufgereiht. Die außergewöhnlich hohe Zahl der Residenzgebäude erklärt sich daraus, dass Fürstbischof Schönborn kein Verwaltungszentrum haben wollte, sondern jeder Behörde einen eigenen Sitz erbauen ließ. Heute residieren in den Gebäuden zum Beispiel das Amtsgericht und das Finanzamt.

Die Hauptgebäude des Residenzviertels gruppieren sich um den Ehrenhof. Den betritt man durch das Tor des Schlosswachthauses, zu dessen Seiten das Hofzahlamt und das Hofkontrollamt stehen. Das Residenzschloss umgrenzt den Ehrenhof mit dem Kirchflügel, dem Kammerflügel und dem Hauptgebäude (Corps de Logis).

Was aus einiger Entfernung wie aufwändiger plastischer Fassadenschmuck wirkt, entpuppt sich beim Näherkommen als schöner Schein. Eine verblüffende Besonderheit der Bauwerke besteht nämlich darin, dass viele Elemente der architektonischen Gliederung nur aufgemalt sind. Selbstverständlich gehörten zur Selbstdarstellung des Kardinals und Fürstbischofs Schönborn repräsentative Bauwerke. Aber er musste und wollte sparsam bauen.



„Ich habe mein tag kein schönere situation von allem gesehen“: Das 300 Jahre alte fürstbischöfliche Loblied auf Bruchsal lässt sich auch aus der Luft bestätigen

Das erklärt den Einsatz der illusionistischen Architekturmalereien. Für die sorgte Giovanni Francesco Marchini. Die nach seinen Vorbildern rekonstruierten Grisaillemalereien stellen zum Beispiel die nackte Venus in eine ebenfalls gemalte Nische der Fassade des Kammerflügels oder setzen den mit Fass und Laterne ausgerüsteten Philosophen Diogenes an das südliche Orangeriegebäude.

Auch das gemalte Innenleben im Erdgeschoss des Corps de Logis geht auf Marchini zurück. Das Deckenfresko der Eingangshalle feiert den erfolgreichen Kampf des Guten gegen das Böse: Die weiblichen Personifikationen der sieben christlichen Tugenden vertreiben das von einem Drachen und zwei Männern verkörperte Laster. Weiter geht es in einen als Grotte mit Landschaftsausblicken ausgemalte Raum. Steinbänke laden zur Rast ein. Wer auf sie reinfällt, sitzt unweigerlich auf dem Hosenboden. Denn die Bänke sind nichts anderes als illusionistische Wandmalerei.

Von zwei Treppenläufe kann man in die Grotte hinabschauen. Der Entwurf dieser ovalen Treppenanlage stammt vom berühmten Barockbaumeister Balthasar Neumann und gilt wie die Treppe der Würzburger Residenz als eines seiner Meisterwerke.

Rekonstruierte Deckenmalereien

Neumanns originelle Treppenanlage führt uns hoch zur Beletage, deren drei Festsäle den repräsentativen Höhepunkt der Residenz bilden. Denn Fürstbischof von Hutten ließ sie von herausragenden Künstlern prachtvoll ausstatten. Für die üppig vergoldeten Stuckaturen engagierte er Johann Michael Feichtmayr. Die Deckenfresken ließ er von Johann Zick in den 1750er Jahren ausführen.

Dank zahlreich vorhandener Fotografien haben Wolfram Köberl und Karl Mannlinger in den 1960er Jahren getreue Kopien von Zicks Deckenmalereien geschaffen. An der Decke des Kuppelsaals

ist das Wirken der göttlichen Vorsehung in der Geschichte des Fürstbistums Speyer zu sehen. Hier treten Schönborn und Hutten als Bauherren auf.

Das Deckenfresko des Fürstensaals stellt Gestalten der antiken Mythologie und christliche Tugenden als Beschützer der fürstbischöflichen Länder dar. An der Decke des Marmorsaals sehen wir die Beschwörung beständigen Wohlergehens des Fürstbistums. Kurios ist dabei der Umgang mit der Glücksgöttin Fortuna. Ein Putto stützt ihr die Flügel, während Herkules sie an eine Säule fesselt, um sie am Verlassen des Fürstbistums zu hindern. Sie nimmt es lächelnd hin.

In den beiden fürstbischöflichen Appartements werden rund 350 Gemälde und Bildteppiche, Möbel und weitere wertvolle Objekte der originalen Schloss-einrichtung präsentiert. Anlässlich des Residenzjubiläums gesellen sich zu ihnen die Gemälde und Aquarelle einer Sonder-schau. Diese aus dem 19. und frühen

20. Jahrhundert stammenden Bilder zeigen Ansichten der Schlossräume vor ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Zu sehen sind sie in den Räumen, die auf ihnen dargestellt sind.

Auch die beiden im Schloss residierenden Museen – das Städtische Museum und das Deutsche Musikautomaten-Museum – beteiligen sich mit Sonderführungen und Ausstellungsobjekten an den Feierlichkeiten. So präsentiert das Musikautomaten-Museum zum Beispiel die mit einem Flötenwerk ausgerüstete „Elefantenuhr“ (1750), die bereits zur originalen Schlossausstattung gehörte. Nach der Festwoche Ende Mai ist das im Ehrenhof und auf der Gartenterrasse veranstaltete Schlossfestival, dessen acht Freiluft-Konzerte vom 28. Juli bis zum 7. August stattfinden, ein weiterer Höhepunkt der Jubiläumsfeiern.

● **Informationen** www.schloss-bruchsal.de und www.bruchsal-erleben.de

MITTELGEBIRGE

Das „Herz im Harz“

Braunlage und Umgebung bieten Wege zum tiefen Durchatmen und Einblicke in die Tiefen des Universums

Unter den deutschen Reisezielen erleidet der Harz ein Schattendasein. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren viel getan, um das Image aufzubessern. Längst besteht der Harz nicht nur aus dem Brocken und winterlichem Skivergnügen auf – zu-meist – Kunstschneepisten. Der Harz ist inzwischen ein Naturparadies vor allem für Wanderer und solche Menschen, die bei Waldspaziergängen Erholung und Entspannung suchen.

Braunlage sticht dabei besonders hervor. Dutzende Wanderwege führen Anfänger und Profis quer durch die schönsten Ecken des Harzes und die Umgebung rund um Braunlage, Hohegeiß und St. Andreasberg. Der Nationalpark stellt mit seinen tiefen Schluchten, Klippen und Tälern einen vielfältigen Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt dar, sodass Abenteuerer bei Wanderungen auf eigene Faust viel zu entdecken haben. Empfehlenswert ist dabei ein Zwischenstopp an einem der Tretbecken. Hier kann man Wasser treten und damit das eigene Immunsystem stärken sowie den Kreislauf stabilisieren.

Nicht nur der Naturmythenpfad und der Märchenpfad laden zu einer Wanderung der besonderen Art ein. Bei einer

Gesundheitswanderung lernt man Blätter und Wurzeln mit hohem Wiedererkennungswert kennen, die sich sogar unterwegs verspeisen lassen. Alle Wanderer laufen hier übrigens barfuß über Stock und Stein, Gras, Wiese und durch ein Flussbett, um den Boden und die Natur mit dem eignen Körper direkt wahrzu-

nehmen. Die Wanderung soll ein wohltuendes Erlebnis für den ganzen Körper sein. So lernt man während verschiedener Meditationsübungen, auf seine Atmung zu achten und den Stress des Alltags mit jedem Ausatmen hinter sich zu lassen. Auch in St. Andreasberg können Gäste auf einer meditativen Wanderung zur Ruhe

kommen und dem Alltagsstress umgeben von einzigartiger Natur entfliehen.

Die Mutter der Meditation darf natürlich nicht fehlen: Yoga wird in Braunlage sowohl draußen als auch drinnen von fachkundigen Yogalehrern angeboten und eignet sich hervorragend, um mal so richtig auszuspannen. Doch aktive Entspannung findet man selbstverständlich nicht nur beim Yoga. Auch im Hallenbad Braunlage kann man entspannt seine Bahnen ziehen und sogar bei kaltem Wetter das Wasser genießen – dank eines beheizten Außenbeckens.

Im Sommer eignet sich das Waldschwimmbad in Hohegeiß hervorragend als Ausflugsziel, um Schwimmen zu gehen. Die drei weitläufigen Becken liegen direkt am Waldrand und sind so ein absoluter Erholungsort. Und auch in den luftigen Höhen Braunlages kann man Entschleunigung finden: Wer die 971 Meter zum Wurmberg nicht zu Fuß erklimmen möchte, kann nämlich Norddeutschlands längste Seilbahn ausprobieren. Die Wurmbergseilbahn schwebt in gemächlichem Tempo voran, während die Gäste den Ausblick über den Harz genießen und tief durchatmen können.

In St. Andreasberg wurde im Jahr 2014 außerdem die höchst gelegene Sternwarte Norddeutschlands eröffnet. Mitarbeiter vermitteln dort den Besuchern astronomische Kenntnisse und bringen ihnen den Sternenhimmel so ein Stückchen näher. Das Gelände am Sonnenberg bietet hervorragende Sichtbedingungen: Höhenlage 710 Meter, trübungsarme Luft und absolute Dunkelheit abseits der Ballungsgebiete. Dadurch sind die Milchstraße als auch die Andromeda-Galaxie häufig mit bloßem Auge zu erkennen.

Der Kurpark mit Teich ist Braunlages Aushängeschild und bietet Besuchern mit seiner nahezu 25.000 Hektar großen Fläche reichlich Platz für ausgiebiges Waldbaden. Diese Praktik wurde in Japan erfunden und bezeichnet einen bewusst erlebten, spannend wirkenden Aufenthalt im Wald. Der japanische Name „Shinrin Yoku“ bedeutet „baden im Wald“, was das Baden in der Atmosphäre des Waldes bedeutet. Laut diverser Studien verringern lange Spaziergänge durch den Wald das Stresslevel und wirken sich positiv auf die Gesundheit aus.

H. Tews

● **Reisetipps** www.braunlage.de



Braunlages Aushängeschild: Der Kurpark mit Teich Foto: imago images/agefotostock

● FÜR SIE GELESEN

Fit in fünf Minuten

Manuel Eckardt hat 2009 als Motivations- und Gesundheitstrainer ein großes Liveportal für Gesundheit mit dem Namen pure-life.de gegründet und darüber hinaus schon mehrere Bücher geschrieben, wie man in fünf Minuten pro Tag zu mehr Gesundheit gelangen kann.

In seinem neuesten Ratgeber „Das 5-Minuten-Immunprogramm“ erklärt er seinen Lesern, was das Immunsystem ist, wie es arbeitet und wie man sich durch bewusste Atmung, genügend Flüssigkeitszufuhr, die richtigen Nährstoffe und Hormone, Bewegung sowie mentale Stärkung fithalten kann. Dieser Informationsteil nimmt etwa zwei Drittel des Taschenbuchs ein. Das letzte Drittel begrüßt den Leser zu seinem Vier-Wochen-Training. Neben den gut beschriebenen Übungen, die im Buch mit Bild und Text dargestellt werden, kann sich der Leser online zu einer Probemitgliedschaft anmelden.

Eckardt verkauft seine Produkte, das macht er auch in diesem Ratgeber; es gibt Verweise auf andere Bücher und Hinweise auf die Onlineangebote. Aber man kann die Onlineangebote kostenlos für einen Monat testen. Wer aus seinem Trott einmal ausbrechen möchte und den richtigen Anstoß sucht, hat ihn mit diesem Buch gefunden.

Christiane Rinser-Schrut



Manuel Eckardt: „Das 5-Minuten-Immunprogramm“, Humboldt, 2022, gebunden, 188 Seiten, 19,99 Euro

Erwartung nicht erfüllt

In seinem Roman „Die Kandidatin“ entwirft der „Tagesschau“-Sprecher und Sachbuchautor Constantin Schreiber die Dystopie der deutschen Gesellschaft im Jahr 2050. Die Muslimin Sabah Hussein, Kind einer syrischen Flüchtlingsfamilie, kandidiert für das Bundeskanzleramt. Sie vertritt die der Political Correctness verhaftete ökologische Partei und ist durch und durch der islamischen Ideologie verhaftet. Für ihre politischen Ziele bedient sie sich linker Manipulationsmuster. Im Land herrscht derweil das Chaos; Wohnungsnot, Armut und Gewalt bestimmen den Alltag in Deutschland. Die politischen Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber, und so gibt es auch Personen in ihrem Umfeld, die ihr den Sieg streitig machen wollen.

Obwohl es ein paar Überraschungsmomente im Roman des Islamexperten Schreiber gibt, fehlt der Geschichte insgesamt der Spannungsbogen. Weder die Charaktere noch die Handlungsstränge lassen eine Entwicklung erkennen, der Stil ist ziemlich schlicht, wodurch das Buch langweilig wirkt. Die von der Werbung geschürte Leseerwartung bleibt unerfüllt.

MRK



Constantin Schreiber: „Die Kandidatin“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 208 Seiten, 22 Euro

RATGEBER DER WOCHE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Fit für die Rente

Der Ruhestand wird von den meisten herbeigesehnt und kommt dann doch früher als man denkt. Eine rechtzeitige Planung bewahrt vor bösen Überraschungen. Der Finanzexperte Helmut Achatz gibt wertvolle Tipps zur Vorbereitung

Frühe Planung auf die Rente hilft, sich vor unangenehmen Überraschungen zu bewahren. Wie man am besten vorgeht, welche Formalitäten zu berücksichtigen sind, wie man überschlägt, welche Kosten sich einspa-

ren lassen und vieles mehr erklärt der studierte Wirtschaftsingenieur und Journalist Helmut Achatz in seinem Ratgeber „Rentenplaner“, der in der beliebten Reihe „für Dummies“ erschienen ist.

MRK



Helmut Achatz: „Rentenplaner für Dummies“, Wiley VCH GmbH, Weinheim 2022, broschiert, 315 Seiten, 20 Euro

PHILOSOPHIE

Plädoyer eines Linken für die Nation

Alain Finkelkraut wagt einen freundschaftlichen Warnruf an Deutschland

VON BERND KALLINA

Das bemerkenswerte Buch des namhaften französischen Philosophen Alain Finkelkraut „Ich schweige nicht. Philosophische Anmerkungen zur Zeit“, das mit einem aktuellen Gespräch zwischen ihm und Peter Sloterdijk beginnt, ist in mehrfacher Hinsicht lesenswert:

Zum einen zeichnet der einflussreiche Intellektuelle seinen persönlichen Werdegang nach, greift dabei kritisch eine Reihe von wichtigen Themen auf, die ihn sein Leben lang begleitet haben: seine jüdische Herkunft, die 68er Bewegung, der Rassismus, Israels Selbstbehauptungskampf sowie die angeschlagene europäische Identität, die er durch die im Westen weit verbreitete Ideologie des Multikulturalismus ernsthaft bedroht sieht.

Dabei kommt er in der Beurteilung für die in Deutschland postnational geprägte politische Klasse zu Schlüssen, die sonst in dieser zugespitzten Deutlichkeit fast nur von „Populisten“ zu hören sind. Im Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom November letzten Jahres stellte Finkelkraut apodiktisch fest, dass eine sinnvolle Politik nur in einer Nation möglich sei, er glaube daher nicht – wie der linke und maßlos überschätzte „BRD-Hausphilosoph“ Jürgen Habermas – an eine Art postnationale Demokratie.

Auch der bei uns viel zitierte „Verfassungspatriotismus“ sei für einen souveränen Staat nicht hilfreich. Finkelkraut wörtlich: „Das ist Unsinn! Ich glaube an das Recht der Nationen, an historische Kontinuität, die Wichtigkeit einer gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur.“ Dass in Köln seit Kurzem der Muezzin zum Gebet aufrufen darf, quittiert er mit der Frage: „Haben die Deutschen den Verstand verloren? Vielleicht hat sie die Reue so hart

getroffen, dass sie zu Idioten geworden sind.“ Das sind offene Worte, einem freundschaftlichen Warnruf mit Signalcharakter gleich, die jenseits der politischen Lager Nachdenklichkeit auslösen sollten.

An vielen Stellen im Buch geht Finkelkraut auf die Problematik multikulturali-

„Ich glaube an das Recht der Nationen, an historische Kontinuität, die Wichtigkeit einer gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur“

sierter Gesellschaften ein, „den Zusammenstoß der Kulturen im Inneren nationaler Gemeinschaften“, den er vehement kritisiert, weil er zu schwer beherrschbaren Dauerkonflikten führt. Er registriert dabei: „In den ständig wachsenden Problemvierteln stellt sich die soziale Frage in besonderer Schärfe, aber unter neuen Bedingungen“, nämlich: „Das Soziale lässt sich nicht mehr auf das Ökonomische reduzieren.“ In Folge der brisanten und von den Funktionseilten massiv geförderten Einwanderungsentwicklung komme es zu Spaltungen. Wut und religiöses Eiferertum würden in einer Weise sichtbar, die nichts mehr mit Klassenkampf im traditionell linken Sinne zu tun hätte, so die Bilanz seiner neuen „sozialen Frage“.

Finkelkrauts Abschied von der 68er-Linken beschreibt der französische Intel-

lektuelle als Ablösungsprozess: „Die führerische Vorstellung von einer globalen Lösung für die Probleme der Menschheit verlor ihren Zauber, als ich allmählich entdeckte, was es konkret bedeutete, ein Mensch unter Menschen zu sein.“ Die sich links und progressiv gebärdende Israel-Kritik nimmt er im Sinne seiner anti-globalistischen Konzeption entsprechend wahr und schreibt: „Als resolute Universalisten geißeln sie die Entscheidung der Juden, einen Staat nach ethnischen Prinzipien zu gründen, wenn doch für alle Demokraten der Zeitpunkt gekommen sei, zur Menschheitsreligion zu konvertieren.“ Allerdings mache ihn seine sorgenvolle Verbindung zum Nationalstaat Israel nicht blind, sondern er plädiere seit 40 Jahren für das Ende der Besetzung und die „Zwei-Staaten-Lösung“.

Die 144 Seiten zählende Schrift birgt weitere interessante Aufklärungsbezüge aus dem Leben Finkelkrauts. Er setzt sich auch mit den Gedanken und Anregungen seiner geistigen Wegbegleiter auseinander, als da sind: Martin Heidegger, Emmanuel Levinas, Charles Peguy, Michel Foucault und – vor allem – Milan Kundera, dem er sein Buch gewidmet hat. Warum Kundera? Vielleicht wegen dieser Finkelkraut prägenden beiden Sätze: „Europa oder Nation, sagte ich, bevor ich Kundera gelesen hatte. Als ich ihn las, begriff ich, dass es bei Europa und der Nation um ein und dieselbe Sache gehen konnte.“



Alain Finkelkraut, „Ich schweige nicht. Philosophische Anmerkungen zur Zeit“, LMV-Verlag, ein Imprint des Langen-Müller Verlags, München 2021, gebunden, 144 Seiten, 22 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Ein intensiver Blick auf Berlin

Martin Otto, Jurist und Wissenschaftler an der Fernuniversität Hagen, führt mit seiner Biographie des Rechtsanwalts Ulrich Biel (1907–1996) in die Berliner Nachkriegsgeschichte. Nach dem Studium in Genf, Bonn und Berlin musste dieser 1934 als Jude in die USA emigrieren. Mutter, Großmutter und andere Verwandte wurden von den Nationalsozialisten ermordet. 1942 trat Biel – damals noch als Bielschowsky – in die amerikanische Armee ein und kam 1945 als Captain nach Deutschland.

Im April besuchte er Konrad Adenauer in Rhöndorf. In seinem Bericht an seinen Vorgesetzten schrieb er: „Adenauer ist ein Mann mit bedeutender Vergangenheit und vielversprechender Zukunft.“ Biel begann mit diesem Gespräch, in der deutschen Politik mitzumischen. Später pflegte er in seiner Heimatstadt Berlin enge Beziehungen zu Kurt Schumacher und hielt es sich zugute, dass Ernst Reuter Regierender Bürgermeister von Berlin wurde.

Otto, der vor diesem Buch schon zwei kürzere Arbeiten über Biel veröffentlicht hat, beschreibt detailliert, wie Biel als rechte Hand des amerikanischen Stadtkommandanten Howley, später als CDU-Mitglied, die Kommunalpolitik beeinflusst und – wenn das nicht übertrieben ist – das Zusammenwachsen der drei westalliierten Stadtteile vorangetrieben hat.

Norbert Matern



Martin Otto: „Ich hab die Stadt Berlin regiert“, Ulrich Biel, ein stiller Stratege auf der Weltbühne“, be.bra Verlag, Berlin 2022, gebunden, 224 Seiten, 22 Euro

PFINGSTEN IN OSTPREUSSEN

Von Maien, Alwieteschaukel und Kalmus

Zum Fest der Erneuerung pflegten die Ostpreußen neben altbekannten auch ganz eigene Bräuche

VON BÄRBEL BEUTNER

In Ostpreußen gab es besondere Pfingstbräuche, die Hedwig von Lölhöfel-Tharau in dem Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen „Vom Festefeiern in Ostpreußen“ festgehalten hat. Zu Pfingsten wurde das Haus mit Birkenzweigen geschmückt, genannt „die Maien“, die einen frischen Duft verströmten. Noch intensiver duftete der Kalmus, der auf den Dielen des Fußbodens ausgestreut wurde. Diese Pflanze stammt aus Asien, ein „Aronstabgewächs mit sumpfgrasähnlichen Blättern und einem Zapfen grüner Blütchen, der einem blattähnlichen Schaft seitlich entragt. Die Pflanze, die aus Asien stammt, wird in der Brockhaus-Enzyklopädie beschrieben. Aus dem Kalmus gewannen schon die Babylonier und Ägypter Medizin und Parfüm. In Ostpreußen fand diese Schilfpflanze gute Bedingungen vor und kam, kleingehackt und Duft verströmend, an Pfingsten zu hohen Ehren.

Aus Weiden und Birken geflochten

„Maibaum“ und „Pfingstochse“ sind allgemein bekannt, aber die „Alwieteschaukel“ traf man nur in Ostpreußen und wohl auch in Litauen an. „Alwieten sind ein weidenartiges Gebüsch mit recht schmalen Blättern, dessen Triebe von ungeheurer Widerstandsfähigkeit sind“, berichtet ein Landsmann aus der Tilsiter Gegend. Zwei junge Birkenbäume von etwa vier Metern Länge mit guten Baumkronen wurden herbeigeschafft und die Kronen mit den Alwieten zu Kränzen verflochten. Durch diese Kränze schob man ein Rundholz, etwa 2,5 Meter lang. Die Stämme waren die Stangen der Schaukel, die nun zwischen zwei kräftigen Kiefernstämmen in dem



Hoch hinaus: Die Jugend versammelte sich gern an der Alwieteschaukel

Foto: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Kronengehölz befestigt wurde. Am unteren Ende der Birkenstangen brachte ein Sitzbrett an.

Auf dieser Schaukel nahmen vor allem Liebespaare Platz. Das Mädchen setzte sich hin, der Bursche stellte sich dahinter und versuchte, seine Auserwählte möglichst hoch zu schwingen. Sogar ein Überschlag wurde mitunter angestrebt. Die Weidengerte (litauisch „alwite“) soll lebensspendende Kraft haben – für junge Paare ein wichtiger Punkt.

In Agnes Miegels Ballade „Das Märchen von der schönen Mete“ vollzieht sich an Pfingsten eine tiefe Erneuerung. Die schöne Mete ist ein Findelkind, das nackt vor der Tür des Schulzen gelegen hat. Der Sohn des Schulzen liebt die herangewachsene Schönheit und nimmt sie zur Frau. Ihre Herkunft bleibt dunkel. „Und würde deine Mutter eine Hexe sein,/ Du wunderschöne Mete, Dich nur will ich frein!“ An Pfingsten trägt die schöne Mete ihr Kind zur Taufe, als der „Großknecht

am Tore die Maien anschlug“. Da bricht die Geisterwelt oder das Heidentum über Mete herein. Sie kommt aus dem Elfenland, bereut bitter ihre Liebe zu einem Sterblichen und will zurück zu ihren Schwestern mit den „grünfunkelnden Augen“. Doch ihr Mann hält sie fest und besiegt den Zauber mit der Kraft seiner Liebe. Mete lässt das „Elfenland“ endgültig zurück und gehört nun zu ihrem „liebsten Mann“ und zu ihrem Kind. „Wie läuten die Glocken lieblich im Heimatland!“

POLENJAHRBUCH

Wie sich in Polen allmählich eine Mittelschicht bildet

17 Autoren setzen sich mit der gegenwärtigen Entwicklung in unserem Nachbarland auseinander und decken Widersprüche auf

Seit 2006 wird das Jahrbuch Polen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten herausgegeben. Der diesjährige Schwerpunkt bezieht sich auf das Land Polen, und zwar in allen denkbaren Lebensbereichen, in denen Menschen wirken. Das versuchen 17 Autoren, unter ihnen der deutsche Journalist Reinhold Vetter, jeweils aus ihrer Sicht und Erfahrung zu beschreiben. Es sind Hochschullehrer, Soziologen, Journalisten, Kunsthistoriker, Slawisten und Philosophen. Die Autoren stammen ausschließlich aus dem universitären Milieu, nicht aber aus den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk oder Industrie. Fachleute aus diesen Bereichen hätten mit Sicherheit wichtige zusätzliche Aspekte eingebracht.

Betrachtungen aus dem Nicht-universitären Milieu fehlen

Der deutsche Bürger, soweit er sich überhaupt für Polen interessiert, hat häufig die Vorstellung von einer Zweiteilung der polnischen Gesellschaft: die große Masse der Landbevölkerung mit erheblichen Defiziten in der regionalen Infrastruktur und die städtische Bevölkerung in den Ballungszentren Warschau, Danzig oder Krakau und Breslau; hier sind die Chancen für den Einzelnen ungleich größer und breiter, was zu einer Landflucht auch in der Republik Polen führt.

Politisch ist das Land Domäne der National-Konservativen Partei des Jaroslaw

Kaczynski (PIS), die urbanen Regionen sind mehrheitlich für die liberal demokratische Bürgerplattform des Donald Tusk. Diese Annahme einer Zweiteilung der polnischen Gesellschaft entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen, sie ist zu einfach – so gezeigt in dem Kapitel „Klassenspiele“.

Die Republik Polen hat sich aus der adlig-gutsherrschaftlichen Welt mit einer breiten bäuerlichen Unterschicht in die Phase einer industrialisierten und sich urbanisierenden Gesellschaft entwickelt. Dieser Prozess hält an. Dabei haben sich auch die Eigentumsverhältnisse geändert. Ein erheblicher Teil des Produktionsvermögens – vornehmlich in der Industrie – befindet sich im Eigentum internationaler Konzerne und des Staates. Private Großvermögen gibt es nicht viele, aber zahlreiche wohlhabende Familien. Viele dieser Reichen sind Arbeitnehmer, beispielsweise Manager der staatlichen Unternehmen oder der Großbanken, aber auch Ärzte, Juristen, Lehrer oder akademische Mitarbeiter.

Hier wird der Begriff Mittelschicht eingeführt mit fließendem Übergang zur Unterschicht, also der Menschen, die nicht in führenden Positionen in Staatsbetrieben oder Familienunternehmen arbeiten. Der kleine, noch selbstständige Landwirt zählt zu dieser Klassifikation.

Zur Wirklichkeit gehört auch die Tatsache, dass sich Frauen, Homosexuelle

und Juden aus der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen und lieber nach Wien oder Berlin emigrieren möchten, so der Soziologe Tomasz Zarycki von der Universität Warschau. Allerdings ist das eine Frage des Geldes, wer es besitzt, gehört nach seiner Meinung zur Elite. Zu dieser zählt die politische Führung mit ihren Verflechtungen aus den Jahrzehnten seit der Revolution 1989 und gegenwärtig mit der Wirtschaft und der Intelligenz aus den Hochschulen. Es ist eine für den deutschen Leser verwirrende Szenerie.

Deutsche haben oft falsche Vorstellungen

Die Polen sind ein geschichtsbewusstes Volk, Staatsfeiertag ist der 11. November 1918. An diesem Tag wurde nach den Teilungen die eigene Staatlichkeit wiedergewonnen. Alljährlich findet an diesem Tag ein Unabhängigkeitsmarsch statt, der von verschiedenen rechten Organisationen getragen wird. Konservative Werte wie Patriotismus, Familie und Katholizismus sind die Ziele. Das rechte Spektrum bietet allerdings kein einheitliches Bild. Die gegenwärtige PIS-Regierung vertritt konsequent das klassisch konservative Wertesystem, das sie im Verbund mit der katholischen Kirche als tragendes und identitätsstiftendes Bewusstsein in der polnischen Bevölkerung verankert sehen möchte. Als Hebel wird der Geschichtsunterricht beziehungsweise der Lehrplan des

Faches genannt, allerdings ohne konkrete Inhalte zu benennen. Weder die jahrzehntelangen Diskussionen um die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, die für das politische Polen einen hohen Stellenwert besaßen, noch das gemeinsame deutsch-polnische Geschichtsbuch werden erwähnt.

Es muss vermutet werden, dass in dem jetzt geltenden Lehrplan für das Fach Geschichte deutschfeindliche Ressentiments eingebaut sind, die auch die offizielle polnische Politik bestimmen. Die Kürzung der Mittel für den deutschsprachigen Unterricht können ein Beweis sein. Von großer Bedeutung für das Geschichtsbild der Polen ist der Zweite Weltkrieg mit durchaus unterschiedlichen Interpretationen der Autoren. Als Beispiel wird das Massaker von Jedwabne 1941 angeführt. Hier geht es um die grundsätzliche Position der Polen zum Judentum. Die Republik Polen gilt als ein zutiefst katholisches Land. Diese Ansicht ist in Deutschland weit verbreitet, wird aber von der Chefredakteurin der Katholischen Zeitung ZNAK relativiert. Es sind Fragen der Abtreibung, der Behandlung von Flüchtlingen aus nicht-europäischen Regionen, die Aufdeckung von sexuellem Missbrauch durch Kirchenvertreter, die vornehmlich jüngere Generationen überwiegend in den Ballungszentren protestieren lassen.

Einige Beiträge thematisieren sehr kritisch die aktuelle Lage der Flüchtlinge an

Das Heidentum brach sich auch in der Johannisnacht in Ostpreußen Bahn. Die heidnische Sonnenwendfeier in der Mittsommernacht bekam bei der Christianisierung den Bezug zu Johannes dem Täufer. Seit dem 12. Jahrhundert sind die Johannisfeuer in Europa bezeugt, aber auch Wasser spielte eine Rolle ähnlich wie zu Ostern. Reinigung und Erneuerung ergeben sich durch Wasser und durch Feuer.

Zwischen Heiden- und Christentum

Das Wissen um die Heilkraft der Natur vererbten die alten Prußen an ihre christlichen Nachfolger. Heilkräuter sollten vor der Sommersonnenwende geerntet werden, weil die Wirkung sich später abschwächt. „So sammelte man in Natangen und im Samland neuerlei Kräuter und flocht sie in der Johannisnacht zum Kranz“, schildert Hedwig von Lölhöfel. Schafgarbe, Johanniskraut, Kamille, Labkraut, Schachtelhalm waren dabei. Man legte sie, zum Kranz geflochten, unter das Kopfkissen. Der Traum in der Johannisnacht ging dann in Erfüllung.

In der frühen Ballade „Elfkönig“ (1900) erwähnt Agnes Miegel diesen Brauch. „Johannisabend im Vollmondschein,/Neunerlei Kräuter sucht ich am Rain“.

Das Johannisfeuer wurde auf verschiedene Weise abgebrannt. Im Kreis Darkehmen wurde ein Wagenrad mit Teer bestrichen und mit Tannenästen umwunden. In der Tilsiter Gegend steckte man Hafer und Stroh in ein großes Fass, goss Teer hinein und befestigte das Fass an einem Pfahl. Der wurde in die Erde gegraben, und die Leute tanzten um das lodernde Feuer. Das Johannisfeuer sollte Unwetter vom ganzen Land abhalten.

an der weißrussisch-polnischen Grenze. An dieser Stelle muss für die Herausgeber und Verfasser aller Beiträge festgestellt werden, dass sie vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine fertiggestellt wurden. Hier wären in diesem Themenheft mit Sicherheit veränderte Akzente gesetzt worden, etwa was die Bereiche Außen-, Bündnis- oder Flüchtlingspolitik angeht. Die neue Situation hat auch für Polen als unmittelbarer Nachbar der Ukraine innergesellschaftliche Prozesse in Bewegung gesetzt.

Das Jahrbuch bietet interessante und wichtige Informationen über die Republik Polen, man erfährt spannende Hintergründe der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes seit der Befreiung vom Kommunismus. Dass das keine Einbahnstraße war und ist, sondern oft ein Weg voller Widersprüche, ist völlig klar. Ein deutscher Leser muss Grundkenntnisse in polnischer Geschichte und Gegenwart mitbringen, um alle Inhalte nachzuvollziehen.

Karlheinz Lau



Deutsches Polen-Institut (Hg.): „Jahrbuch Polen 2022 – Widersprüche“, Verlag Harrassowitz, Wiesbaden 2022, gebunden, 230 Seiten, 19,80 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Das Leben als Politiker ist auch nicht mehr das, was es einmal war. Zumindest für künftige Grünen-Parlamentarier im „Großen Rat“ des Schweizer Kantons Genf. Im Mai erging ein Parteibeschluss, wonach sich die Kandidaten zur vegetarischen Ernährung verpflichten müssen – bei Plenarsitzungen, Arbeitssitzungen, offiziellen Essen und anderen Veranstaltungen, die sie als Abgeordnete aufsuchen. Auch Bewerber für den Schweizer Ständerat sind dem unterworfen. Sophie Desbiolles, die bereits im „Großen Rat“ sitzt, erklärte, die Parteimitglieder „haben sich dazu entschieden, angesichts des Klimanotstands und des Zusammenbruchs der Artenvielfalt verantwortungsvoll zu handeln“, sie sei „sehr stolz darauf, grün zu sein“. Nach Kritik aus den eigenen Reihen, so bezeichnete ein Abgeordneter die Initiative als „religiöse Anordnung“, wird über das Ganze im Juni noch einmal abgestimmt. Unstrittig war hingegen die Alkoholfrage für die Mandatsträger – hier wurde ein Verbot klar abgelehnt.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Robert Halver tritt im „Focus“ (29. Mai) der Behauptung entgegen, ein international schwacher Euro sei gut für die Bewohner der Euro-Zone, weil er Exporte verbillige und damit Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand fördere. Halver kontert mit einem historischen Beispiel:

„Länder wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal haben in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts permanent gegenüber dem Hartwährungsland Deutschland abgewertet. Und haben sie sich zu exportgetriebenen Wachstumstempeln entwickelt? Oder ist Deutschland mit seiner legendär starken D-Mark zum Armenhaus des Außenhandels geworden? Das Gegenteil war der Fall.“

Ramin Peymani nimmt in seinem Blog „Liberales Warte“ (30. Mai) die Generation der „Millennials“, der 1981 bis 1995 Geborenen, unter die Lupe:

„Diese Generation weiß zwar alles über das fehlerfreie Gendern, die kultursensible Ansprache und den politisch korrekten Umgang mit queeren Menschen, aber offenkundig nur noch wenig über Wirtschaftskausalitäten, geschichtliche Zusammenhänge oder die Grundsätze der Physik.“

Klaus Wittmann, Brigadegeneral a.D., ärgert sich in der „Welt“ (25. Mai) über die schleppenden deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine:

„Hätte man die entsprechenden Entscheidungen im März getroffen, dann wären Leopard, Marder, Panzerhaubitzen 2000, Gepard alle instandgesetzt, mit Munition versorgt, die Mannschaften wären ausgebildet und diese sehr wirksamen Waffensysteme wären im Einsatz in der Ukraine. ... Wenn man etwas wirklich will, dann kann man es zustande bringen. Und wenn man etwas nicht will, dann findet man ewig Ausflüchte, Vorbehalte, bürokratische Hemmnisse und dergleichen.“

Annette Heinisch liefert auf „vera-lengsfeld.de“ (28. Mai) eine plausible Erklärung für das diffuse Vorgehen von Kanzler Scholz in der Waffenfrage:

„Bei derzeitiger Lage hat sich Habeck – wieder mit Hilfe der Presse – in die Rolle des Filmhelden manövriert. Den politischen Schaden für die fatalen Folgen eines Gasstopps würde Scholz tragen müssen. Das will er nicht, ergo versucht er, Deutschland klein zu machen, um Putin bei Laune zu halten, damit er hübsch weiter liefert ... Das Gemeinwohl scheint bei den Herren wenig zu interessieren.“

● WORT DER WOCHE

„Eine Ministerin des Innern und für Heimat, die mit dem Begriff Heimat etwas Negatives verbindet. Eine Ministerin der Verteidigung, der die Bundeswehr unangenehm ist ... Da stellt sich doch zwangsläufig die Frage: Wann wird Arno Dübel Arbeitsminister?“

Claudio Casula auf „Achgut“, 31. Mai

DER WOCHENRÜCKBLICK

Thema verfehlt

Wie Olaf Scholz Maßstäbe setzt, und wo Danebenliegen schon zur allgemeinen Methode geworden ist

VON HANS HECKEL

Olaf Scholz ist das Schwarze Loch der deutschen Politik. Jedwede Klarheit, die dem Kanzler zu nahe rückt, wird von ihm verschluckt und geschreddert. Ganz so, wie das kosmische Vorbild ganze Planeten vertilgt und zermalmte. Bei Scholz bleibt nur ein grauer Brei aus Sprüchen und Widersprüchen übrig, mit dem niemand etwas anfangen kann.

Dabei segelt unser Regierungschef durchaus auf der Höhe der Zeit, denn es ist geradezu zur Maxime des politischen Alltags in dieser Republik geworden, sich am eigentlichen Thema vorbei zu manövrieren. Mal, um sich gezielt um Antworten zu mogeln, wie bei Scholz. Mal, um sich eingebildeten oder selbst gemachten Problemen zu widmen, die einem ideologisch viel besser in den Kram passen als die blöde Wirklichkeit.

Neulich hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, per Twitter kurz über die jüngste Sitzung des militärischen Führungsrats informiert. Man habe über den Ukrainekrieg, den deutschen Beitrag an der NATO-Ostflanke und bevorstehende Manöver gesprochen, so der General.

Worüber haben die geredet? Über Krieg, deutsche Truppenpräsenz und militärische Übungen? Für die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, offenbar die komplett falschen Themen: „Das ist nicht mehr zeitgemäß“, donnerte sie in einem kurzen Kommentar unter Zorns Tweet, denn: „Wir sind im Jahr 2022 in Berlin in der Mitte Europas.“ Und was haben militärische Führungskräfte 2022 in Berlin in der Mitte Europas gefälligst an die erste Stelle zu setzen? Högl: „Da müssen mal mehr Frauen rein.“ Aha, die Quote also: Der Krieg muss weiblicher werden! Sonst ist er nicht mehr „zeitgemäß“ und wir gehen da am besten gar nicht mehr hin, dann sollt ihr mal sehen!

Um diese für Sie vielleicht nicht recht nachvollziehbare Schwerpunktsetzung zu verstehen, müssen Sie wissen, dass Frau Högl in der SPD ist. Dort legt man die Prioritäten eben anders, so auch in Frankfurt am Main. Dass der dortige SPD-Oberbürgermeister unter einem handfesten Korruptionsverdacht steht, fanden seine Genossen nicht weiter wild und wiesen Rücktrittsforderungen schroff zurück.

Bis Feldmann auf dem Flug nach Sevilla den Spruch abließ, die Stewardessen hätten

ihn „hormonell am Anfang erst mal außer Gefecht gesetzt“. Da hat's geknallt. „Die sexistische Äußerung des Oberbürgermeisters auf dem Flug nach Sevilla ist kein Kavaliärsdelikt, sondern eine zu verurteilende Entgleisung“, schimpft Frankfurts SPD-Vizechef Kolja Müller und fordert im Namen seiner Genossen Feldmanns Rücktritt. Ein glitschiger Spruch kostet die Karriere, nicht aber ein dringender Korruptionsverdacht.

Mittlerweile steht Feldmann wegen der Sache vor Gericht. Allerdings wegen des Korruptionsverdachts, nicht wegen des Sevilla-Fluges, was zu der Frage führt: Sind die Richter eigentlich noch „zeitgemäß“? In Frankfurt, im Jahr 2022, in der Mitte Europas? Dazu hätten wir gern eine Stellungnahme vom „Arbeitskreis Kritischer Jurist*innen“.

Wenn der Täter nichts zur Sache tut

Auch nicht so wichtig war bis vor Kurzem das Berliner Wahldebakel, wo bei den Landtags- und Bundestagswahlen, die dort im September zusammenfielen, derart geschlampt und mutmaßlich manipuliert wurde, dass es selbst jedem Drittweltvolk die Scham- (oder die Wut-)Röte ins Gesicht trieb. In der deutschen Hauptstadt schlug das dagegen kaum Wellen. Erst getrieben durch private Investigatoren von „Tichys Einblick“ und durch die Aktivitäten des Freie-Wähler-Politikers Marcel Luthe (siehe Interview Seite 5) ist Druck in den Kessel gelangt. Aber zurücktreten muss der politisch verantwortliche SPD-Innensenator Andreas Geisel natürlich trotzdem nicht – solange er keine schlüpfrigen Witze macht.

Die Hauptstadt marschiert ja ohnehin voran, auch wenn es darum geht, echte Themen mittels Ersatzthemen aus dem Blickfeld zu räumen. Ende Mai haben in Pankow „Aktivisten“ eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses des Todes einer 31-jährigen afghanischen Mutter gedacht, die dort am 29. April von ihrem Mann erstochen wurde.

Die Familie, zu der auch sechs Kinder gehören, stammt nicht aus Afghanistan, sondern zählt zur afghanischen Minderheit im Iran. Von hier siedelte sie erst in die Türkei um, dann nach Griechenland und schließlich nach Deutschland. Bei uns angekommen wurde die junge Frau immer selbstbewusster, lernte Lesen, Schreiben und Deutsch und fing an, ein eigenes Leben zu führen – was zu wachsenden Konflikten mit dem Mann führte, der sich weigerte, Deutsch zu lernen.

Der Korruption verdächtig zu sein, ist kein Grund zum Rücktritt. Ein glitschiger Witz schon



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de